

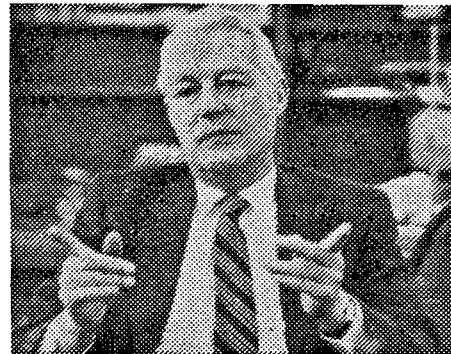
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



15. Dezember 1984
Jg. 5 Nr. 25

G 7756 D Preis:
2,50



Bundshaushalt: Regierung fest im Sattel — Finanzkapital gibt Kredit

Seite 8



17. Palästinensischer Nationalrat: Die PLO ist kein Marionettentheater

Seite 17



HVV-Fahrpreiserhöhung: Wohin geht das Geld — Stellung der politischen Kräfte dazu

Seite 21

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Änderung Betriebsverfassungsgesetz: Gesetzliche Begleitmusik zu den betrieblichen Auseinandersetzungen wegen 38,5-Stunden-Woche.....	4
Katholische Kirche: Unterstützung für BRD-Ausländerpolitik	7
RAF-Gefangene: Hungerstreik gegen Isolationshaft	7
Bundshaushalt: Bundesregierung stabil im Sattel – Finanzkapital gibt Kredit	8
GRÜNE: Bundesversammlung ermöglicht eine "Zusammenarbeit" mit der CDU/CSU.....	10
Deutschlandpolitik: Alles möglich.	10
Blüms Arbeitszeitgesetz (III): Gewerkschaften in komplizierter Lage – Gegenwehr aufgrund Beschußblage möglich.....	11
Dokumentiert: Gewerkschaften zu den Entwürfen Blüms	12
Auslandsberichterstattung	
PaSoK-Regierung in Griechenland: Die Regierungstätigkeit erleichtert die Kampfbedingungen der Arbeiter	14
Kohl für ein "freies Land".....	15
Jugoslawien: Kapitalimport erleichtert.....	15
Neukaledonien: Republik von Kanaky gegründet.....	16
Großbritannien: Wer unterstützt die Bergarbeiter?.....	16
Bolivien: Streik weist IWF-Forderung zurück	17
17. Palästinensischer Nationalrat: Die PLO ist kein Marionettentheater	17
Internationale Meldungen.....	18
Reportagen und Berichte regional	
Regionale Nachrichten.....	20
Hamburg/Fahrpreiserhöhung: Wohin geht das Geld – Stellung der politischen Kräfte dazu ..	21
Bayerisches Personalvertretungsgesetz: ÖTV-Gliederungen diskutieren Forderungen für einen Novellierungsentwurf.....	22
HBV/Buchhandel-Verlage: Rationalisierungsschutz ist nötig .	22

NEUES BANKENGESETZ FÜR WELTWEITE GESCHÄFTE

Am 6.12. hat der Bundestag das neue Kreditwesengesetz verabschiedet. Das Gesetz war von der Bundesregierung u.a. eingebracht worden, weil kürzlich die SMH-Bank wegen riskanter Kreditgeschäfte ihrer Auslandsstochter beinahe zusammengebrochen wäre und die BRD-Banken nur durch Intervention der Bundesbank an einem zweiten "Fall Herstatt" vorbeikamen. Künftig müssen die Banken die Kreditgeschäfte ihrer ausländischen Filialen "sichern". Zu dieser "Sicherung" gehört, daß alle Kredite das 18-fache der "Eigenmittel" nicht überschreiten. Für Großkredite und Kredite an nur einen Schuldner sind die Grenzen noch enger gefaßt. Nach Aussagen Stoltenbergs werden die Banken verpflichtet, für Auslandskredite von 70 Mrd. DM "Eigenmittel" bereitzustellen – immerhin ca. 4 Mrd. DM, die die betroffenen Banken als "Eigenkapital" zurücklegen müssen. Das Gesetz wird die Konzentration unter den Banken beschleunigen. Ein weiterer Effekt: die großen Banken werden ihre internationalen Geschäfte besser abstimmen können. Denn zu der "Sicherung" der Auslandsgeschäfte gehört auch, daß alle internationalen "Großkredite" dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gemeldet werden. Das erlaubt den westdeutschen Banken künftig eine bessere "Feinabstimmung" bei der Plünderung ausländischer Schuldner. – (rül)

IMB GEGEN NORDDEUTSCHE AFFINERIE IN SÜDAFRIKA

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) hat gegen den westdeutschen Metallkonzern Norddeutsche Affinerie wegen Mißhandlung schwarzer Arbeiter im südafrikanischen Zweigwerk des Konzerns Klage bei der Internationalen Arbeitsorganisation erhoben. Der IMB erklärt: "Leitende Angestellte schlagen z.B. Beschäftigte mit einem "Sjambock" – einer Peitsche aus dicker Elefantenhaut ... Die Beschuldigungen gegen die deutsche Firma, die in ihrer hundertprozentigen Tochtergesellschaft Transvaal Alloys in Wapadslook, Ost-Transvaal, Tagebau und ein Vanadium-Schmelzwerk betreibt, sind in einer der Internationalen Arbeitsorganisation vom IMB unterbreiteten formellen Anklage enthalten. Der IMB handelt im Namen seines südafrikanischen Mitgliedsverbandes Metal and Allied Workers' Union (Gewerkschaft der Metallarbeiter und Angeschlossene, Mitglied des Gewerkschaftsbundes Fosatu; d. Red.) Im Betrieb sind 250 Arbeitnehmer in Protest gegen Lohnsätze weit unter dem akzeptablen Existenzminimum und gegen die Anerkennungsverweigerung ihrer Gewerkschaft in den Streik getreten ...

Die Arbeitnehmer hatten die Wahl, sich zu unterwerfen oder Entlassung zu riskieren. Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen bestehen kaum, und das Unternehmen hat sich geweigert, bei Verletzungen und Todesfällen Entschädigungen zu zahlen. Als die Arbeitnehmer schließlich in den Streik traten, wurden sie entlassen und von der örtlichen Polizei vom Werksgelände vertrieben. Während der Auseinandersetzung erklärte die örtliche Geschäftsleitung ausdrücklich, das Unternehmen sei eine deutsche Tochtergesellschaft und erhalte



Gewöhnliche Polizeiüberwachung am Fabrikeingang.

seine Anweisungen vom Hauptsitz in Hamburg." Die Arbeiter sind inzwischen fristlos entlassen.

Der vom IMB aufgegriffene Fall ist kein exotischer Einzelfall. Mißhandlungen und Hungerlöhne sind ebenso Bestandteil der Unterdrückung der afrikanischen Arbeitern wie die Unterdrückung der Gewerkschaften. Vor zwei Wochen hat die Regierung die Vorsitzenden von unabhängigen Gewerkschaften, darunter auch der CUSA und FOSATU, wegen Beteiligung am Generalstreik in Haft genommen. – (uld)

EG STREITET, BRD BESORG'T "UMS GANZE"

Wegen des Parteitags der spanischen Sozialisten am 18.12. und der dort anstehenden Entscheidung über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens habe man den Beitrittstermin für Spanien und Portugal auf dem 1.1.86 belassen, weiß das "Handelsblatt" von den Ergebnissen des EG-Gipfels in Dublin letzte Woche zu berichten. Und die Forderung des griechischen Ministerpräsidenten, das schon vor 18 Monaten zugesagte "Mittelmeerprogramm" der EG nun endlich in Kraft zu setzen, ist für die "FAZ" glatte "Erpressung" und eine Fortsetzung der "Extravaganzen" und der "abenteuerlichen Verhaltensweisen" Papandreas. Die westdeutschen Imperialisten, schon lange entschiedenste Befürworter des raschen EG-Beitritts Spaniens und Portugals, drängen auf einen raschen Abschluß der Beitrittsverhandlungen. Noch

während die Verhandlungen weitergehen, wollen sie zugleich die "politischen Strukturen" der EG einer Überprüfung unterziehen— sprich: Die Unterdrückung von Ländern wie Griechenland verstärken— und die Zusammenarbeit bei der "Inneren Sicherheit" festigen. Ihr entsprechender Antrag auf baldige Vorlage zweier "Expertenberichte" wurde auf dem Dubliner Gipfeltreffen gebilligt. Spätestens im Juni in Rom will Kohl dann zusammen mit der französischen Regierung auf weitere Fortschritte bei der "Politischen Union" der EG drängen. Der Ausbau der EG als Völkergefängnis soll die geeigneten "Voraussetzungen" schaffen, um den Widerstand der spanischen und portugiesischen Arbeiter und Bauern gegen Verelendung und halbkoloniale Unterwerfung zu brechen und bei der Gelegenheit auch die griechischen Arbeiter und Bauern zu unterwerfen. Die BRD als Vollstreckerin des "europäischen Gesamtinteresses" und Zimmermann als Chef der "europäischen Sicherheit"— Kohls Zufriedenheit nach dem Dubliner Gipfel ist beunruhigend. — (rül)

NATO-TAGUNG BESCHLIESST AUFRÜSTUNGSPROGRAMM

Am 7. und 8. Januar treffen sich der US-amerikanische Außenminister Shultz und der sowjetische Außenminister Gromyko in Genf, um erneute Abrüstungsverhandlungen zu vereinbaren. Um den Erpressungsdruck während der Verhandlungen sowie um die militärstrategischen Drohungen zu verstärken, haben die Verteidigungsminister der NATO-Staaten auf ihrer Wintertagung in Brüssel am 4. und 5. Dezember ein gigantisches Aufrüstungsprogramm beschlossen.

Die Tagung war sowohl durch den Besuch von Bundeskanzler Kohl beim amerikanischen Präsidenten in

Washington als auch durch die EUROGROUP-Ministerkonferenz vorbereitet worden. In beiden Vorbereitungstreffen hatten sich die Vertreter der Bundesregierung mit ihrem ganzen Einfluß dafür eingesetzt, daß sowohl atomare wie auch konventionelle Ausrüstung beschlossen wird. Trotz Vorbehalt der Vertreter Dänemarks wie Griechenlands wurde dies vollständig durchgesetzt. Die Ministertagung beschloß:

1. Die Anzahl der zu stationierenden atomaren Mittelstreckenraketen planmäßig zu erhöhen und vor diesem Hintergrund erneut mit dem Ersteinsatz von Nuklearwaffen zu drohen.

2. Wollen die Minister die konventionellen Kräfte der NATO "insbesondere auf dem Gebiet der Gerätemodernisierung" stärken. Dabei seien Fortschritte bei der Koordinierung der Forschung, Entwicklung und Beschaffung militärisch wichtiger Technologie anzustreben.

3. Zur Verbesserung der "militärischen Infrastruktur" wurde ein 22-Milliarden-DM-Programm verabschiedet. Damit sollen vor allem die "Luftverstärkungskräfte im Alliierten Befehlsbereich Europa" unterstützt werden.

4. Wurden die Maßnahmen der Bundeswehr zur Verstärkung der Personalstärke ausdrücklich hervorgehoben und die Feststellung getroffen: "Das Vorhandensein ausreichender Mannschaftsstärken von Längerdienstenden und Reservisten ist ein wichtiges Element der Durchhaltefähigkeit und leistet einen entscheidenden Beitrag zur gesamten konventionellen Kampfkraft."

Bis zur nächsten Ministerratstagung soll ein umfassendes Konzept für eine militärische Planung etwa entsprechend der Bundeswehrplanung bis zum Jahre 2000 vorgelegt werden. — (clm)

Druckindustrie: Umsetzung der Lohnstruktur 23

Krankenhauskostendämpfung: Konzertierte Aktion gegen Beschäftigte 23

Boehringer Mannheim: Gute Geschäfte mit billiger Leiharbeit 24

Landwirtschaft: Aktionen gegen Milch-Quoten 25

Jugend: Aktionen gegen HRG-Novelle 25

Brandanschlag: Faschistische Ausländerrückführung — die Staatsanwaltschaft sagt Nein 26
SPD-Landesregierung duldet Neonazis 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Kapitalisten zum MTV Metall: Flexibilisierung und konstante Betriebsnutzungszeiten ... 29

Sozialstatistik

Krankenhausfinanzierungsgesetz: Instrumente gegen Versicherte und Krankenhausbelegschaften geschärft 30
Erklärung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen 30
Stellungnahmen zu den Plänen, die Gesundheitsversorgung zu verschlechtern 31

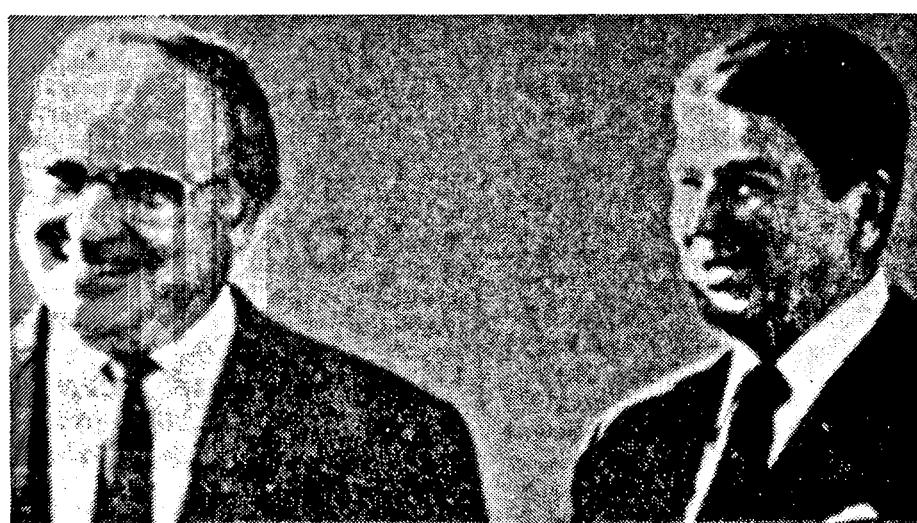
Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kino- und Fernsehfilme
Es war einmal in Amerika: Die Gang als Verkörperung des amerikanischen Traums 32
Die Germanen: Völkisches Geschichtsbild vom "freien Germanentum" 32
Ein Kriegsende: Ein Offenhalten der Debatte um das Unrechtsbewußtsein 32
Afrika-Konferenz: Vorurteile über die Absichten der Imperialisten 33

Ladenschlußgesetz: Nach 25 Jahren kleiner Gesetzesänderungen jetzt sturmreif? 33

Spezialberichte

Westeuropäische Rüstungskooperation: "Größtes Projekt seit Christi Geburt" und andere Kleinigkeiten 35



Am 30.11. waren Kohl und Genscher zu Besuch in Washington. Zum Abschluß betonten Kohl und Reagan in einer gemeinsamen Erklärung "die Notwendigkeit einer Stärkung der Streitkräfte des Bündnisses", "daß die NATO die Stationierung (der Mittelstreckenraketen, d. Verf.)... fortsetzt" und bekräftigten: "... nehmen wir die Teilung Europas nicht als dauerhaft hin". — (rül)

Aenderung des Betriebsverfassungsgesetzes

GESETZLICHE BEGLEITMUSIK ZU DEN BETRIEBLICHEN AUSEINANDERSETZUNGEN WEGEN 38,5-STUNDEN WOCHE

Wenn auch das Ergebnis des Kampfes um die 35-Stunden-Woche nicht befriedigend sei, so werde die weitere Auseinandersetzung durch den Abschluß wenigstens auf die betriebliche Ebene verlagert. Dort gehöre sie hin, dort erzeuge sie eine Polarisierung zwischen Lohnarbeit und Kapital und führe der Arbeiterbewegung Kräfte zu. So argumentierten linke Sozialdemokraten wie z.B. Franz Steinkühler in den letzten Monaten. Inzwischen ist die Auseinandersetzung auf der betrieblichen Ebene angekommen, und so dumm wird dann doch niemand sein, die kreuz-und-quer Spaltungen, die bereits jetzt in den Belegschaften, in den Betriebräten, zwischen Betriebsräten und Belegschaftsteilen auftreten, als Polarisierung zu bezeichnen. Die Schwierigkeiten sind, nach unserem Überblick, hauptsächlich die folgenden: Wahrscheinlich seit langem aufgeschobene und jetzt unaufschiebbare Anschaffungen haben in vielen Arbeiterhaushalten einen akuten Geldbedarf erzeugt, der Widerstand gegen die Überstunden und Sonder schichten der sog. "Aufholjagd" fast überall hat illusorisch werden lassen. In der Folge wurde in den meisten Betrieben nach dem Abschluß einer 38,5-Stunden Woche viele Stunden mehr gearbeitet als in den Vorwochen, eine von vielen als absurd empfundene Situation, die die Mitglieder der IGM oft dem Spott der Reaktionäre ausgesetzt hat. Ferner bestehen "flexible" Angebote der Kapitalisten, die den dürftigen Abschluß den besonderen Arbeitsumständen verschiedener Belegschaften

schaftsteile anpassen, um zu spalten. Es ist ja auf den ersten Moment nicht leicht zu erklären, warum z.B. die Arbeit in der Gießerei nicht nach 37 Stunden vorbei sein soll, wenn das Kapital so etwas anbietet. Ohne Schnörkel: Die Gefahr ist groß, daß hart verhandelnde Betriebsräte in den Belegschaften im Kampf um 38,5-Stunden-Wochen-Betriebsvereinbarungen den Rückhalt verlieren, gerade so, wie sie ihn in den letzten Monaten vielfach im Versuch, Überstunden und Sonder schichten abzuwehren, bereits verloren haben.

Auf eine Situation zunehmender Zerwürfnisse in den Betrieben und in der Folge unvermeidlich auch in den Gewerkschaften, auf eine solche Si-



Christliche Gewerkschaftsfaktion: "Betriebsgemeinschaftsfördernd"

tuation der Schwäche also, spekulieren die Gesetzesinitiativen, die gegenwärtig in Koalitionskreisen gekocht werden. Bemerkenswert ist, daß die Texte gegenwärtig noch nicht zu haben sind, sondern, obwohl sie bereits im Januar eingebracht werden sollen, unter Verschluß bleiben. Einges ist auch so zu erkennen.

Sonderstellung der "Leitenden ..."

Man sollte meinen, die Stellung der "Leitenden" im Betrieb und gegenüber der Belegschaft sei klar genug bestimmt: eben dadurch, daß diese Menschen den anderen Beschäftigten von den Kapitalisten vorgesetzt werden. Die Weisungsbefugnis der "Leitenden" gegenüber den Beschäftigten ist absolut, aber auf den Arbeitsablauf eingegrenzt. Dennoch konnten die Gewerkschaften stets argumentieren, es sei nicht zumutbar, mit jemandem über Probleme der Interessenvertretung zu diskutieren, der nach der Sitzung einem das Arbeitsleben zum Ekel gestalten kann; stillschweigende Erpressung würde da normal. Durch die beträchtliche Ausweitung der wissenschaftlich-technischen AT-An gestellten hat nun dieses Argument nicht mehr die erprobte Wirkung. Es könnte in den Betriebsräten, so meint die DAG im Handelsblatt, "etwa ein Ausschuß für diejenigen leitenden Angestellten gebildet werden, die in Wahrheit keine Arbeitgeber- bzw. Unternehmerfunktionen ausüben und folglich unter den Schutz des Betriebsverfassungsgesetzes gehören".

"3sat" – FERNSEHEN PANGERMANISCH

Seit dem 1.12. senden das ZDF, der Österreichische Rundfunk (ORF) und die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) "das erste Satellitentfernsehen des deutschen Sprachraums" (so das "Institut der deutschen Wirtschaft" des BDI). Die Programmverantwortung liegt beim ZDF. Das Programm – es wird u.a. in der Bild-Zeitung täglich vorgestellt – ist streng großdeutsch: "Bilder aus Österreich" wechseln sich ab mit Berichten über "Emigrantenschicksalen", "Aspekte Literatur" (Thema: "Deutsch, die geteilte Sprache") mit den "Wiener Philharmonikern". Sechs Stunden täglich wird ausgestrahlt, in der Schweiz können vorerst 38000 Haushalte, in Wien 100000 Haushalte den großdeutschen Sender empfangen, vornehmlich besser verdienende Haushalte, die über einen Kabelan-

schluß verfügen. Das ZDF und die das ZDF kontrollierenden Bundesländer lassen sich diese erste Satellitenausstrahlung zur Pflege großdeutschen "Gemeinschaftsbewußtseins" in Mitteleuropa auch was kosten. Allein in den ersten drei Jahren rechnet das ZDF für das Projekt "3sat" mit Kosten von insgesamt 110 Mio. DM – (rül)

ARBEITSLOSENGELED WIRD ALTERSABHÄNGIG

Der Bundestag hat am 7.12. Änderungen bei der Arbeitslosenversicherung beschlossen, die zum 1. Januar in Kraft treten. Danach hängt künftig die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld vom Alter sowie der vorangegangenen Beitragsszahlung ab. Für einen Arbeitslosen über 50 Jahre verlängert sich die Zahlung von Arbeitslosengeld bis auf 18 Monate (derzeit höchstens zwölf Monate), wenn er in den letzten sieben Jahren mindestens sechs Jahre Beiträge gezahlt hat. Die

von Blüm als soziale Entlastung für die besonders hart von den Kürzungen in den vorigen Jahren betroffenen älteren Arbeitslosen gepriesene Reform leitet tatsächlich eine weitgehende Zerstörung der Versicherung ein: Ob die Leistung gezahlt wird, soll nicht mehr daran gemessen werden, daß der Versicherungsfall eingetreten ist, sondern wird an Bedingungen wie besondere Betroffenheit geknüpft. Der Unterschied zur Sozialhilfe schwundet. – (alk)

GESETZENTWURF GEGEN 129 UND 129a VORGELEGT

Mit dem nun eingebrachten Entwurf für ein 22. Strafrechtsänderungsgesetz will die Bundestagsfraktion der Grünen die Streichung der §§ 129 und 129a erreichen. Beseitigt würden damit die strafrechtlichen Bestimmungen über die "kriminelle" und die "terroristische Vereinigung". Außerdem verlangen die Grünen die Beseitigung



Kommt Regierungsabsichten entgegen: Die Klage des BDA vor dem Verfassungsgericht gegen Warnstreiks. Bild: Kohl mit Esser auf der BDA-Jahrestagung

Durch die Zugehörigkeit von besonders qualifizierten Arbeitnehmern zum Betriebsrat würde auch die Einheit und Schlagkraft des Betriebsrates nicht gestört." Das meint die DAG. Was ist aber die Absicht?

Die Schaffung von Sonderrechten für die Gruppe der "Leitenden" bezieht sich auf Kräfte hörbar zu machen, bei denen Laufbahnaussichten und meist auch Gehaltseinkommen direkt mit der Konkurrenzposition des Unternehmens verbunden sind. Die "Leitenden", selbst solche, die im politischen Bereich liberal, sozial, oft sogar fortschrittlich denken, sind deswegen der feste Garant für eine Diskussion, in der übelster Betriebschauvinismus den Grundton angibt. Weil sie außerdem eine Verbesserung von Einkommen und Stellung wesentlich nur erreichen können, wenn sie bereit sind, ihre Kollegen auszustechen, kommt

auch die Propaganda des Leistungsgedankens nicht zu kurz. Die arbeitsrechtliche Gestaltung zu einer besonderen Gruppe dient dazu, diese Menschen im leitenden Mief zu halten und in der innerbetrieblichen Diskussion als Rammböcke für Unternehmeransichten zu gebrauchen. Hoffentlich treten die GRÜNEN, die in Kreisen der wissenschaftlich-technischen Angestellten, eben den von der DAG charakterisierten halbleitenden, einigen Anhang haben, scharf gegen diese Tendenz zur Absonderung auf und unterstützen diejenige Richtung, die Anschluß an die Arbeiterbewegung sucht.

Neues BR-Wahlrecht: Kapitalist wird Sponsor

Die Wahlordnung für die Betriebsräte verlangt gegenwärtig umfangreiche Unterschriftensammlungen zur Be-

gründung einer Kandidatur. Das will die Bundesregierung aufheben. Jede "Gewerkschaft" soll künftig schon mit zwei Unterschriften von Bevollmächtigten eine eigene Liste aufstellen können. Wer erlebt hat, welchen Schindluder Sozialdemokraten oft und oft bei der Aufstellung von BR-Listen getrieben haben, wird sich spontan nicht über so ein Vorhaben aufregen und auch nicht über den Plan, im Betrieb vertretene Gewerkschaften zur Zulassung von mehreren Listen zu zwingen. Aber in welche Situation trifft das Projekt denn wirklich? Bei den jetzt gewesenen Betriebsratswahlen hat sich vielfach gezeigt, daß die SPD ihr Aufstellungsmonopol nicht mehr verwirklichen kann. Ferner konnte in nicht wenigen Betrieben die Aufstellung von offen reaktionären Listen verhindert werden, indem die nötigen Unterschriften nicht aufkamen. Und außerdem haben sich in den Fällen, in denen nur eine Liste vorlag und demzufolge Persönlichkeitswahl stattfand, oft interessante Listenverschiebungen ergeben. Das Wahlrecht kommt also unter Beschuß, gerade so weit es die Zersplitterung der Belegschaft, die Unterdrückung der Linken und die Anhangbildung der Rechten nicht begünstigt.

Spield es denn wirklich eine Rolle, ob z.B. 100 Arbeiter unterschreiben müssen für einen Wahlvorschlag oder bloß fünf? Das tut es. Eine Unterschrift unter die Liste einer bekannten Speichelleckers müßte man rechtfertigen. Aber ausreichend Stimmen, um in einen BR hineinzukommen, kann ein einmal aufgestellter Kandidat, der dann vom Kapitalisten eindeutig gefördert wird, durchaus haben. Da gibt's ja viele Mittel, Versprechungen machen, mit Entlassungen drohen usw. usf. Für Kapitalisten ist es aber sehr interessant, Vertrauenspersonen,

aller Bestimmungen aus Strafprozeßordnung und Strafvollzugsgesetz, die in die Rechte der Verteidigung eingreifen, wenn Häftlinge wegen Verstoß gegen die §§ 129 oder 129a angeklagt oder verurteilt sind. (BT-Drucksache 10/2396 – uld)

BLACK WOMEN UNITE: ERFOLGREICHE RUNDREISE

Am 11. Dezember endet die Rundreise von Magauta Molife, der Vertreterin der azanischen Frauenorganisation Black Women Unite (Schwarze Frauen, vereinigt Euch), die die Azania-Koordination durchführte. Die Azania-Koordination ist ein Zusammenschluß mehrerer Gruppen, die in verschiedenen Bereichen zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Südafrika/Azania zusammenarbeiten. Vom 3. November bis zum 9. Dezember haben über 28 Veranstaltungen in der BRD zur Unterstützung von Black Women Unite stattgefunden, die ört-

lich von Frauengruppen, Dritte-Welt-Gruppen, anderen Organisationen, darunter dem BWK, und Gewerkschaften getragen wurden. An den Veranstaltungen nahmen zwischen 20 und 140 Besucher teil. Zur Unterstützung für Projekte von Black Women Unite wurden bisher während der Rundreise 9000 DM gesammelt. Spenden für Black Women Unite oder/und die während der Rundreise entstandenen Unkosten können überwiesen werden auf: Postscheckkonto AKAFRIK Münster, Kontonr. 8090460, PSA Dortmund, Bankleitzahl 440146; Stichwort BWU – (uld)

GRÜNE GEGEN KOHLE- IMPORTE AUS SÜDAFRIKA

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat Ende November einen Beschußantrag in den Bundestag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, "schnellstmöglich die Einfuhr südafrikanischer Steinkohle ...

generell zu untersagen". In der Begründung kritisieren die Grünen die wirtschaftlichen Beziehungen den BRD zu Südafrika und stellen fest, daß diese Beziehungen "eine wesentliche Stütze des südafrikanischen Apartheidregimes" bedeuten. Die Kohleimporte der BRD aus Südafrika sind zwischen 1973 und 1983 um das Sechsfache gestiegen. Mit 2,5 Mio. t bezogen die BRD-Kapitalisten 1983 knapp ein Viertel ihrer Importkohle aus Südafrika. Auf der Grundlage niedriger Löhne und der Unterlassung jeglicher Sicherheitsmaßnahmen können die westdeutschen Kapitalisten die Kohle zu billigen Preisen beziehen. Die Kohle-Bergarbeiter gehören mit ca. 1,90 Rand (4,00 DM) pro Stunde zu den schlechtest bezahlten Arbeitern. 8000 Bergarbeiter sind im südafrikanischen Bergbau in den letzten zehn Jahren zu Tode gekommen, das ist die weltweit höchste Todesrate im Bergbau. (BT-Drucksache 10/2417 – uld)

d.h. Leute, die von Gunst und Geld der Firma abhängen, im BR sitzen zu haben. Aus diesem Zweck ergibt sich ganz zwangsläufig die Forderung, daß die "Gruppen", die bei der Wahl angetreten waren, nicht bei der Besetzung der Ausschüsse und der "Freigestelltenposten" übergegangen werden dürften. Der DAG schwebt ein Zwang zum Listenproporz bei den Freistellungen vor.

Staatliche Streikaufsicht

Die gesetzliche Gestaltung eines Arbeitskampfrechtes ist ein alter Plan. Die Belebung durch die Koalitionsparteien zum jetzigen Zeitpunkt ist jedoch ernst zu nehmen. Angeblich geht es bei dem gesetzlichen Vorhaben in der Hauptsache um die Teilnahme von Unorganisierten an den Urabstimmungen. Die Folge wäre dann ganz natürlich, daß nicht mehr z.B. die IGM zur Urabstimmung rufen, diese durchführen und auszählen würde, sondern die Firma. Das ist schwer vorstellbar. Ohne jeden Zweifel würden Streiks dann eben ohne solch eine Urabstimmung entstehen und geführt werden. Wie die Kapitalisten solche Probleme lösbar gestalten wollen? Eine, wenn auch nebelhafte Vorstellung davon erhält man aus der Verfassungsbeschwerde, die Gesamtmetall wegen des Urteils über die Warnstreiktaktik der IGM beim Bundesverfassungsgericht eingeleitet hat. Die Kapitalisten argumentieren darin, sie seien außerstande, auf die Taktik der "neuen Beweglichkeit" mit "koalitionsähnlichen" Mitteln zu antworten. Solange ein Arbeitgeberverband mit der Tarifgegenseite über einen neuen Tarifvertrag verhandle, sei eine Aussperrung durch einzelne Verbandsmitglieder praktisch nicht in Betracht zu ziehen. Solange noch eine Chance der Einigung vor dem Scheitern der Verhandlungen bestehe, sei

nicht zu erwarten, daß die unter Umständen weitgehenden Nachteile und Schäden, die aus einer Aussperrung entstehen könnten, von einzelnen Arbeitgebern in Kauf genommen würden. Das nur theoretisch mögliche Mittel der Warnaussperrung sei demnach nicht als ein geeignetes Mittel zur Gegenwehr im Rahmen des Tarifvertrages anzusehen. So weit die Kapitalisten.

Die Verfassungsbeschwerde will eine Rechtsprechung, die den Staat ver-

macht. Dann nämlich, wenn alle anders zustandegekommenen Streikaktionen rechtswidrig sind.

Nun ja, es wird viel geredet, die hier erwähnten Pläne von Reaktionären sind nicht Gesetz und werden's vielleicht nie. Jedoch nimmt die öffentliche Diskussion eine äußerst unangenehme Richtung. Der DGB wird zu einer Staatsanstalt stilisiert, die nicht schlüssig da ist, um Arbeiterinteressen zu verwirklichen, sondern um unter Anleitung und Aufsicht des Staates



Die Gewerkschaften konnten bisher häufig die Aufstellung rechter Betriebsratslisten verhindern.

pflichtet, den Kapitalisten die Mühe der Koalition zu sparen. Wenn die Kapitalisten sich nicht im Stand sehen, auf Warnstreiks mit Warnaussperrungen zu antworten, so soll diese "Störung der Arbeitskampfparität" durch das Verbot von Warnstreiks ausgeglichen werden. Das ist der Zusammenhang, in dem der oben erwähnte Urabstimmungs-Plan einen Sinn

das in der Verfassung erwähnte Koalitionsrecht zu verkörpern. Die bekannte Staats- und Rechtsgläubigkeit der Sozialdemokratie kann sich da als Achillesferse der Arbeiterbewegung auswirken, die Abwehr solcher Gesetze wird nicht leicht sein.

Quellenhinweis: Handelsblatt; Welt der Arbeit; Urteil des BuVerfG. — (maf)

EUOPARAT IN "SORGE" UM "RUMÄNIENDEUTSCHE"
Nachdem sie im vorigen Jahr bereits eine Entschließung zur Lage der "Rußlanddeutschen" verabschiedet hat, hat sich die Parlamentarische Versammlung des Europarats auf ihrer letzten Sitzung Ende September/Anfang Oktober auch mit der "Lage der Minderheiten in Rumänien" befaßt. Die Entschließung des Europarats ist jetzt als Bundestagsdrucksache 10/2225 veröffentlicht. Danach äußert sich der Europarat auf Wunsch der BRD besorgt über "die beunruhigenden Berichte, denen zufolge Angehörige von ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten in Rumänien das Recht vorenthalten wird, ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen", und "stellt fest, daß die Politik der rumänischen Regierung in all diesen Ange-

legenheiten eine offenkundige Verletzung der Abkommen von Helsinki darstellt". Berichterstatter des Europarats war neuerlich ein westdeutscher Abgeordneter, der Abgeordnete Wilfried Böhm (CDU/CSU). Die aggressive Kampagne der Bundesregierung für "deutsches Volkstum" in Osteuropa macht offenbar rasche Fortschritte. — (rül)

HABSBURG: ÖSTERREICH IN DIE EG

Am 25.11. führte die Pan-Europa-Union (PEU) eine Kundgebung in Linz (Österreich) unter der Losung "Österreich in die Europäische Gemeinschaft" durch. Als Hauptredner war neben einem Landeshauptmann, einem Bundesobmann und einem Nationalratsabgeordneten ein BRD-Politiker angekündigt: Otto von Habsburg, Präsident der PEU, CSU-Mitglied und für diese Partei ins Europaparlament gewählt. Habsburg, österreichischer

Thronprätendent und als "Otto ohne Land" dort unerwünscht, wurde 1978 auf Betreiben von Strauß im Schnellverfahren "eingedeutscht". Die PEU will "die Linie, die 1945 in Jalta von Nicht-Europäern durch unseren Erdteil gezogen wurde", revidieren. Daß die SPÖ für einen Anschluß an die EG Stimmung macht, ist bekannt, daß BRD-Politiker für diese Zwecke eintreten, eine neue Entwicklung. Auf westdeutscher Seite wurde für diese Veranstaltung geworben. — (ola)

KELLY FÜR EINMISCHUNG DER BRD IN JUGOSLAWIEN

Anfang November hatten Petra Kelly, Gert Bastian und weitere Abgeordnete der GRÜNEN persönlich in Belgrad dagegen protestiert, daß gegen sechs Jugoslawen ein Prozeß wegen konterrevolutionärer Tätigkeit geführt wird. Zurück in der BRD stellten Kelly und die Bundestagsfraktion der GRÜNEN am 22.11. folgende Anfrage an die

Katholische Kirche UNTERSTÜTZUNG FÜR BRD-AUSLÄNDERPOLITIK

Die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) haben sich Ende November auf eine gemeinsame Position zur Ausländerpolitik der Bundesregierung und zu den von Bundesinnenminister Zimmermann vorbereiteten Gesetzesvorhaben geeinigt. Der Ständige Rat der Bischofskonferenz veröffentlichte einen Tag vor der Tagung des Zentralkomitees seine Stellungnahme und gab damit den Weg frei für das Zentralkomitee, sich den Auffassungen der Bischöfe anzuschließen.

Die Bischofskonferenz folgt in ihrer Erklärung den Änderungsvorhaben der Bundesregierung und unterstützt sie. In der Erklärung heißt es:

Der Staat habe das Recht und die Pflicht, "den Zuzug von Ausländern auf sein Hoheitsgebiet sozial verantwortlich zu steuern". Damit wird die von der katholischen Kirche lange geübte Kritik an Beschränkungen des Nachzugs für Ehegatten, Kinder und nahe Verwandte, die die Bischöfe in ihrer Stellungnahme aufrechterhalten, vollends zum Deckmantelchen, das die grundsätzliche Übereinstimmung verdecken soll. Zumal die Bischöfe betonen, daß zur Zeit sowieso – wie von Bundesinnenminister Zimmermann im Bundestag hervorgehoben – kein Bedarf nach einer anderen als der geltenden Regelung besteht.

Zweitens billigen die Bischöfe grundsätzlich die besonderen gesetzlichen Regelungen zur Verfolgung, Unterdrückung und Ausweisung staatlich mißliebiger Ausländer. Sie erklären, daß es die Aufgabe des Staates

sei, "die Einhaltung der Rechtsordnung zu sichern, Mißbräuchen zu wehren und Notständen vorzubeugen oder sie zu beseitigen". Damit hat die Bischofskonferenz aber nicht nur die bestehenden Sondergesetze für Ausländer, sondern auch die von Zimmermann geplanten Verschärfungen genehmigt. Lediglich die "Verhältnismäßigkeit der Mittel" bei der staatlichen Verfolgung dieser Aufgaben müsse gewahrt bleiben. Ob aber die Bischöfe z.B. die Ausweisung von Ausländern wegen Sozialhilfebezug oder Arbeitslosigkeit unverhältnismäßig finden, bleibt zu bezweifeln, denn irgendwelche "Notstände" werden schon gefunden werden, und sei es der demagogische Verweis auf die Belastung der Sozialversicherungen.

Nirgends in ihrer Stellungnahme hat die Bischofskonferenz ihre Zustimmung zur Ausländerpolitik etwa dadurch abgeschwächt, daß sie sich gegen neue Gesetzesvorhaben der Bundesregierung ausspricht. Hier üben die Bischöfe christliches Schweigen und bieten im Gegenteil der Regierung die Mitarbeit der katholischen Kirche in der Durchsetzung der Ausländergesetze an. Ausdrücklich erklären die Bischöfe ihre Bereitschaft "zu verstärkten Anstrengungen und zu enger Zusammenarbeit mit den Behörden und freien Kräften der Gesellschaft" in allen Fragen der Ausländerpolitik.

Diese Stellungnahme der Bischöfe erleichterte es dem Vorsitzenden des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, dem bayerischen Kultusminister Maier, eine im Zentralkomitee umstrittene Erklärung zur Ausländerpolitik dort mit Mehrheit als Entwurf verabschieden zu lassen. Im Zentralkomitee waren insbesondere Vertreter der ausländischen Katholiken in der BRD, v.a. Italiener, Spanier und Portugiesen, gegen die Erklärung auf-

getreten, weil Maier zunächst die volle Unterstützung des Zentralkomitees für die Politik der Bundesregierung verabschieden lassen wollte.

Nach den Pressemitteilungen des Zentralkomitees ist zu vermuten, daß das ZdK wesentliche Auffassungen der Bischöfe übernommen hat und hinzugefügt hat, daß eine "Neukonzeption der Ausländerpolitik" notwendig sei. Das ZdK erklärt, daß "christliche Verantwortung von uns Deutschen verlangt, ausländerfeindlichen Tendenzen entgegenzutreten, den zu uns Gekommenen mit Verständnis und Hilfe zu begegnen, aber auch die Schwierigkeiten der politisch Verantwortlichen ernst zu nehmen."

Die Feststellung zielt auf all jene Kirchenmitglieder, nicht zuletzt die Ausländer, die der Regierungspolitik Widerstand leisten. Zur Ausrichtung ihrer Mitgliedschaft plant das ZdK, im Februar gemeinsam mit der evangelischen Kirche eine Konferenz zur Ausländerpolitik durchzuführen.

Quellenhinweis: Pressemitteilung der Bischofskonferenz v. 25.11.84; Mitteilungen des ZdK v. 26.11.84 – (uld)

RAF-Gefangene HUNGERSTREIK GEGEN ISOLATIONSHAFT

Am 4. Dezember erläuterten die Gefangenen aus der RAF, Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt, in der Verhandlung vor dem Staatschutzsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart in Stammheim in längeren Erklärungen die politischen Ziele und Absichten der RAF während und nach der Entführung von Hanns Martin Schleyer. Ihre Erklärung steht im Zusammenhang mit einem Antrag auf Einstel-

Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sich hier um einen politischen Schauprozess handelt, der schon an sich eine Verletzung elementarer Menschenrechte darstellt?
2. Was hat die Bundesregierung getan, um sich einen unmittelbaren Eindruck von der Stichhaltigkeit der Anklagen und von der Art und Weise der Prozeßführung zu verschaffen?
3. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die jugoslawische Regierung zur strikten Einhaltung der sich aus der Unterzeichnung der KSZE-Schlüsselebene ergebenden Verpflichtung, Menschenrechte nicht zu verletzen, zu verlassen, sollte sich der Eindruck verdichten, daß mit dem o.g. Prozeß Menschenrechte verletzt werden?"

Ist den GRÜNEN klar, daß sie damit die BRD zur Intervention in Jugoslawien, das schon von deutschen Truppen besetzt war, auffordern? – (clm)



Die ab 1.1.1985 in Brüssel amtierende neue EG-Kommission beim Pressefoto. In der westdeutschen Presse wird der Eindruck verbreitet, in der neuen Kommission hätten die "kleinen Länder" mehr Einfluß. Diese Behauptung ist falsch. Der CDU-Mann Karl-Heinz Narjes etwa ist nun "Industriekommissar" und damit u.a. für die "Neuordnung" der Stahlindustrie zuständig. Leider hat auch der DGB einen "Kommissar" gestellt. Das frühere DGB-Vorstandsmitglied Pfeiffer wurde verantwortlich für "Wirtschaft und Beschäftigung". – (rül)

lung des Verfahrens auf Grund des Völkerrechts, den die Rechtsanwälte der beiden Angeklagten am 13. Dezember in der Verhandlung vorbringen wollen. Bundesanwaltschaft und Gericht haben im bisherigen Verfahren versucht, jede Auseinandersetzung über die politischen Absichten der Angeklagten zu verhindern.

Zum Abschluß ihrer Erklärung gab Brigitte Mohnhaupt bekannt, daß sie und Christian Klar ab sofort in den Hungerstreik treten und führt zur Begründung aus:

"Wir kämpfen im Bewußtsein der Einheit der Gefangenen aus Guerilla und Widerstand jetzt mit dem Hungerstreik für die Zusammenlegung in große Gruppen. Wir fordern die Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention. Gegen die Institutionalisierung von Folter und Kriminalisierung in den Nato-Demokratien ist das die politische Forderung, für die die Kriegsgefangenen gemeinsam kämpfen, und der mögliche Schutz."

Die meisten politischen Gefangenen unterliegen seit einigen Monaten noch schärferen Haftbedingungen als vorher. Zellendurchsuchungen und Weckaktionen werden immer häufiger. Selbst der Kontakt mit Angehörigen ist nur hinter Trennscheiben möglich, Briefe der Gefangenen gelangen kaum aus den Gefängnissen nach außen.

Inzwischen ist von mindestens 26 weiteren Gefangenen und Untersuchungsgefangenen bekannt geworden, daß sie sich ebenfalls im Hungerstreik gegen die Isolationshaft befinden, nach Berichten der "tageszeitung" u.a. Adelheid Schulz, Sieglinde Hoffmann (beide Ossendorf); Günter Sonnenberg, Roland Mayer (beide Bruchsal); Christa Eckes, Helga Roos (beide Aichach); Rolf Heißler (Straubing), Rolf-Clemens Wagner (Düsseldorf); Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Lutz Taufer, Andreas Vogel (alle Celje); Gisela Dutzi, Inge Krobs (beide Preungesheim). Der größte Teil der westdeutschen Presse schweigt über den Hungerstreik und die Haftbedingungen, gegen die die Gefangenen kämpfen, und unterstützt so die Isolationspolitik von Bundesregierung und Bundesanwaltschaft gegen die politischen Gefangenen.

In einigen Orten haben verschiedene Organisationen Beratungen über Unterstützung der Gefangenen im Kampf gegen die Isolationshaft durch Unterrichtung der Öffentlichkeit aufgenommen. In Freiburg beteiligten sich an den Beratungen auch Vertreter der Grünen. Die Angehörigen der Gefangenen haben sich am 9.12. erneut gegen die Isolationshaft und die Beispitzelung und Unterdrückung von Besuchern, Anwälten und Verwandten ausgesprochen und die Ziele des Hungerstreiks unterstützt.

Quellenhinweis: taz v. 9.12.84; Erklärung von B. Mohnhaupt vor Gericht – (uld)

Bundesaushalt

BUNDESREGIERUNG STABIL IM SATTEL – FINANZKAPITAL GIBT KREDIT

Der Bundeshaushalt für 1985 und die mittelfristige Finanzplanung 1985 – 1988 ist am 30.11. im Bundestag verabschiedet worden. Der Etat ist der Kern des bürgerlichen Staatsgeschäfts, und an den Auseinandersetzungen um den Etat ist abzulesen, in welcher Position die aktuelle Regierungsmannschaft des Kapitals ist. Der Etat und die dafür nötige Mittelaufnahme auf dem Kapitalmarkt liefern zugleich Indizien dafür, wie weit diese Regierungsmannschaft noch den Kapitalinteressen zu genügen verspricht und deswegen Kredit hat oder eben keinen. Die Kritik an der CDU/CSU/FDP-Koalition ist seit Monaten geprägt von Schlagworten wie Pannenregierung, Aussitzen, Skandalregierung etc. Manche Linke sind auf die Idee verfallen, auf den bevorstehenden Sturz der Regierung zu spekulieren, und sehen eine tiefgehende Krise des bürgerlichen Parlamentarismus. Der Etat 1985, die Debatte darum und seine Finanzierung sollten diese jedoch eines anderen belehren. Die Regierungskoalition ist stabil, sie ge-

Jahren. Seit 1978 ist es das erste Mal, daß eine Bundesanleihe mit zehn Jahren Laufzeit zu solch einem niedrigen Zinssatz aufgelegt wird. Das spricht dafür, daß das Finanzkapital diese Regierung nach wie vor für in der Lage hält, seine Interessen auch durchzusetzen. Sonst hätte das Bundesanleihe-Konsortium entweder den Kredit gesperrt bis zur Erfüllung bestimmter Auflagen oder zumindest die Zinsbelastung höher geschnaubt.

Es ist auch nicht einfach der behauptete Rückgang der Neuverschuldung im Haushaltsjahr 85 auf knapp 25 Mrd. DM, der die Banken geneigter stimmt. Denn die Neuverschuldung konnte überhaupt nur auf diesen Wert begrenzt werden, weil auf der Einnahmeseite Bundesbankgewinne von über 10 Mrd. DM in 1985 erwartet werden. Zu Zeiten der sozialliberalen Koalition wurde bekanntlich die Verplanung der Bundesbankgewinne im Bundeshaushalt von der Reaktion als Zeichen unsolider Haushaltsführung angegriffen. Das ist jetzt vergessen. D.h. für das Finanzkapital zählt, daß



Mit Milliardensubventionen fördert die Bundesregierung die Modernisierung der bundesdeutschen Stahlindustrie, die weitere zehntausende Stahlarbeiter brotlos machen wird.

nießt nach wie vor das Vertrauen des Finanzkapitals, das sich über die Haushaltspolitik die Hände reiben kann. Die Opposition ist schwach.

Die Börse

Die Regierung hat Kredit beim Finanzkapital. Ende November beschloß das Bundesanleihe-Konsortium, in dem Vertreter der Bundesbank und aller Großbanken sitzen, die Emissionsbedingungen einer neuen 2 Mrd. DM-Bundesanleihe: Der Zinssatz beträgt 7% bei einer Laufzeit von zehn

diese Regierung stabil ist und die Programme gegen die Werktagen durchführen kann, daß andererseits die Opposition diese Regierung nicht wesentlich stören kann (und will).

Der Haushalt und die Steuerpolitik

Im Rahmen der für 1985 angesetzten Ausgaben, die gegenüber 1984 um insgesamt 3 Mrd. DM steigen, verzeichnet der Rüstungssetat mit 1,6 Mrd. DM den größten Anstieg. Enthalten sind darin auch die Mittel für die

anlaufende Entwicklung des Jagdflugzeuges 90. Aufgrund der neuen Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme sowie des Stationierungsprogramms für ausländische Streitkräfte wird der Rüstungsetat in den kommenden Jahren weiter erheblich wachsen. Die Etats des Familienministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung und damit die Sozialausgaben insgesamt werden gegenüber 1984 um fast 2 Mrd. DM gekürzt. Die Hauptposten für Einsparungen: Kindergeld, Mutterschutz und vor allem die Zahlungen aus der Bundeskasse für Arbeitslosenhilfe (-400 Mio. DM). Hier schlagen auch die Kürzungen der Versicherungsleistungen und der Bundeszuschüsse an die Versicherungen zu Buche.

Für die Expansion des BRD-Imperialismus von zentralem Interesse sind die vom Bund finanzierten Förderprogramme für Mikroelektronik, die bis 1988 ein direkt ausgewiesenes Volumen von über 1 Mrd. DM haben und wohl in erster Linie Siemens zufließen, die Bundesfinanzierung für die Entwicklung des Airbus 320, die bis 1988 1,04 Mrd. DM beträgt, die weitere Förderung der Reaktorentwicklung und damit wiederum des Hauses Siemens mit 730 Mio. DM, die Sicherung des Auftragsbestandes der Werften als Teil der Kriegsindustrie mit 2 Mrd. DM in 1985. Daneben laufen die diversen Programme zur Förderung des Steinkohleabsatzes und der Kohleverflüssigung weiter und kassiert die Stahlindustrie bis 1988 weitere Milliarden über den Bundesanteil am EG-Haushalt. Für die BRD-Kapitalisten direkt zu Buche schlagen soll eine Umschichtung der Mittel im Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Verschiedene Posten, vor allem Zahlungen an den Europäischen Entwicklungsfonds (Lomé-Abkommen) und die Beteiligung am Kapital der Internationalen Entwicklungsorganisation IDA, sollen gesenkt werden zwecks weiterer Aufstockung der sog. bilateralen finanziellen Zusammenarbeit und damit der unmittelbaren Einflußnahme der BRD auf die Regierungen von einzelnen Entwicklungsländern.

Die Schelte der Bourgeoisepresse für die Koalitionsquerelen um die Steuerreform verdeckt das Wesentliche: Die Belastung der Besitzlosen und die Entlastung der Besitzenden nimmt immer schärfere Ausmaße an. Zwar wachsen auch die Einnahmen aus Kapitalerträgen aufgrund sprudelnder Gewinne, aber die Steuerplünderei der Werkstätigen nimmt in den nächsten Jahren gewaltige Dimensionen an: In 1985 ist ein Anstieg des Lohnsteueraufkommens um fast 10% von 137,8 auf 150 Mrd. DM vorgesehen. Die veranlagte Einkommensteuer wächst von 28,2 auf 31,6 Mrd. DM, der Ertrag aus Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer um 6 Mrd. DM auf zusammen 110 Mrd. DM. Im

Jahre 1988 sollen laut mittelfristiger Finanzplanung die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer zusammen 216 Mrd. DM abwerfen, 35 Mrd. DM mehr als 1985. Die Hauptsteigerung soll dabei aus der Lohnsteuer kommen. In diesen Zahlen sind die Mindereinnahmen aufgrund der wie immer im Detail beschaffenen sog. Steuerreform schon enthalten. Ange-sichts der enormen und weiter wachsenden Belastung aus direkten und indirekten Steuern für die Masse der Lohnarbeiter ist es nachgerade absurd, wenn der DGB nach dem Scheitern der Investitionshilfeabgabe die Regierung zur Belastung der "Besserverdienenden" auffordert und dabei rauskommt, daß die Stoltenbergsche Reform in zwei Stufen – erst 1988 Änderung des oberen Progressionsbereichs und damit spätere Entlastung der "Besserverdienenden" – Gesetz wird. Stattdessen muß die Forderung der Gewerkschaften sein, den steuerlichen Grundfreibetrag so anzuheben, daß Niedriglöhne unter 1200 oder 1500 DM überhaupt nicht besteuert werden.

Die Opposition gegen die Regierungspolitik

In der Bourgeoisepresse herrscht Einigkeit, daß die SPD-Opposition unfähig ist, die Regierung in die Defensive zu drängen und aus den "Pannen" und Skandalen der Regierung politisches Kapital zu schlagen. "Gewisse Spannung mochte der Schlagabtausch zwischen Kanzler und Oppositionsführer zu vermitteln, bei dem die Fetzen flogen und Vogel schließlich trotz seiner Verdammungsurteile, die in der Forderung nach Kohls Rücktritt gipfelten, schlechter abschnitt als erwartet. Die Gegenfrage, warum die SPD bei einer so unfähigen Regierung nicht Wahlsieg an Wahlsieg reihe, traf exakt den wunden Punkt des SPD-Fraktionschefs" (Neue Osnabrücker, 27.11., zitiert nach SWF-Presseeschau vom gleichen Tag) "Die Pannenliste der Kohl-Regierung, gekoppelt mit Aussitzen und Wegschieben von Problemen sollte im Normalfall ausreichen, um der Opposition ohne viel eigene Anstrengung die baldige Regierungsübernahme zu verheißen. Daß die SPD heute aber ferner denn je von dem Regierungswechsel in Bonn scheint, stellt der Opposition ein denkbar schlechtes Zwischenzeugnis aus" (Hannoversche Neue Presse, 27.11., ebenda)

Die Sozialdemokratie ist nicht willens, dem Kurs der Reaktion, der sich im Bundeshaushalt in Mark und Pfennig manifestiert, auch nur Ansätze eines Programms zur reformistischen Vertretung der Interessen der Mehrheit der Werkstätigen und gerade der schlechtest Bezahlten entgegenzusetzen. Ihre Kritik am Bundeshaushalt ist im Kern genauso reaktionär wie die Regierungspositionen, die wesentli-



Die Zahlung von Arbeitslosengeld für Arbeitslose, die älter als 50 Jahre sind, ist auf 18 Monate verlängert. Die Operation erlaubt, den Bundeszuschuß an die Arbeitslosenversicherung zu senken.

che Differenz ist die Forderung nach einem Investitionsprogramm für Arbeitsplätze und Umwelt. "Als Sparkommissar ist Stoltenberg der richtige Mann am richtigen Platz. Im Prinzip stimmen dieser Politik auch die Sozialdemokraten zu, wie sich am Beispiel Nordrhein-Westfalen ablesen läßt. Der Bundeshaushalt einer SPD geführten Regierung würde sich vor allem vom Stoltenberg-Etat unterscheiden, daß er ein Beschäftigungsprogramm enthielte." (WAZ, 30.11.)

Die laute Polemik der SPD in Sachen Ergänzungsabgabe erschöpft sich darin, daß die Haushaltskürzungen "nicht einseitig sein sollen" (Apel). Das von den GRÜNEN vorgeschlagene Sonderprogramm zur Eindämmung der Armut, das zumindest einige wichtige Forderungen bezüglich Mindeststandards enthält, wurde mit den Stimmen der SPD vom Tisch gefegt. In Sachen Steuerplünderei ist die SPD-Position unverändert: Die Steuerlast der Lohnabhängigen soll nicht gemindert werden. Zahllos sind die Angebote zu einer großen Koalition zwecks Sanierung der Versicherungen, in der Rüstungspolitik, in der Forschungs- und Umweltpolitik etc.

Diese Regierung sitzt fest im Sattel, auch wenn sich aus der Berichterstattung der Medien vielleicht ein anderes Bild ergibt. Der Kurs der Reaktion ist unangetastet, lediglich die GRÜNEN stellen sich dem im Parlament zumindest teilweise entgegen. Nur die Gewerkschaften sind in der Lage, das Programm der Reaktion zu durchkreuzen, wenn sie dem Programm der Reaktion zur Steuerplünderei, zur Zerstörung der Sozialversicherungen ein Programm entgegensetzen, statt Bündnisangebote mit der Reaktion über ein Beschäftigungsprogramm oder eine Zwangsabgabe für Besserverdienende zu machen. Quellenhinweis: Protokolle des Dt. Bundestages, 103.–106. Sitzung; Bundestagsdrucksachen 10/1800 und 10/2329; Handelsblatt, div. Ausgaben; WAZ, div. Ausgaben – (wom)

GRÜNE**BUNDESVERSAMMLUNG ERMÖGLICHT EINE
"ZUSAMMENARBEIT" MIT DER CDU/CSU**

Der Bundesparteitag der GRÜNEN hat über die Bildung von Koalitionen folgende Festlegungen getroffen:

1. Die verschiedenen Papiere zur gegenwärtigen politischen Situation sind eine Bereicherung für die Diskussion über die zukünftige Haltung der Grünen gegenüber den etablierten Parteien.

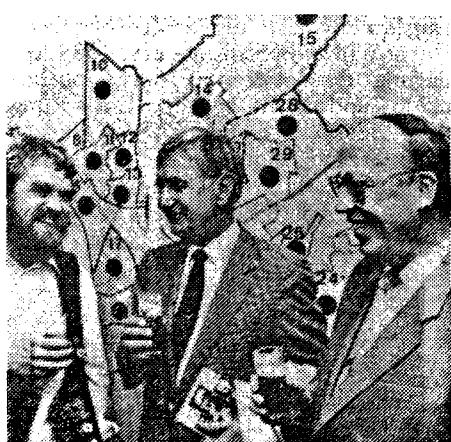
2. Aufgrund der jetzigen inhaltlichen Position der SPD und der anderen etablierten Parteien sehen die Grünen zur Zeit keine Möglichkeit der Koalition oder einer anderen Art von Regierungsunterstützung auf Bundesebene.

3. (Entfiel bei Schlußabstimmung)

4. Die Entscheidung über eine mögliche Zusammenarbeit mit anderen Parteien liegt alleine bei den betroffenen Orts-, Kreis- oder Landesverbänden.

5. Für die Bundesebene besteht gegenwärtig kein Entscheidungsbedarf. Eine Entscheidung muß im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen stattfinden und Ausdruck der gemachten Erfahrungen und eines basisdemokratischen Diskussionsprozesses sein." (1)

Die "Zusammenarbeit" im Beschuß bezieht sich nicht nur auf die SPD. Die Überlegungen bedeuten eine Öffnung in Sachen "Zusammenarbeit" auch mit der CDU. Diese Zusammenarbeit mit der CDU waren die GRÜNEN nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen in Leverkusen und Wuppertal zumindestens indirekt eingegangen. Sie trafen dort mit CDU und SPD Verein-



Bürgermeister von SPD, CDU und der GRÜNEN in Leverkusen

barungen über die Ämter der Bürgermeister. Beide Male erhielt die SPD das Amt des Oberbürgermeisters. 1. Bürgermeister wurden CDUler und erst 2. Bürgermeister GRÜNE. Diese Vorfälle wurden in der Presse berichtet. Die Delegierten des Bundesparteitages wußten davon. Sie bestätigten diese Öffnung zur Zusammenarbeit mit der CDU.

Die Bundesversammlung hat eine Öffnung zur CDU dadurch erleichtert, daß sie keine inhaltlichen Festlegungen für die Zusammenarbeit getroffen hat. Das Antragsmaterial grenzt sich nicht gegen reaktionäre Positionen der CDU/CSU ab, sondern ist offen. Teilweise finden die Reaktionäre direkt Ankünftepunkte. So fordert ein Antrag die Abschaffung der allgemeinen Schulpflicht: "Schulpflicht Nein Danke!" Die Schulpflicht aufzulockern, vor allem bei der Hauptschule, ist ein altes Ziel der Reaktion.

Der Leitantrag des Bundesvorstandes, den die Bundesversammlung nicht verabschiedete und als "Bereicherung für die Diskussion" bezeichnete, ließ keine Abgrenzung gegen reaktionäre Positionen. Der Leitantrag befaßte sich mit der Frage, ob eine gemeinsame Kritik mit der SPD an der Reaktion möglich ist:

"Es besteht vielmehr die Gefahr, daß DIE GRÜNEN mit einer Politik 'Gemeinsam gegen rechts' die gering-

**DEUTSCHLANDPOLITIK:
ALLES MÖGLICH**

Beschluß der Bundestagsfraktion zur Auflösung des innerdeutschen Ministeriums – Auszug:

"Die GRÜNEN im Bundestag sind der Auffassung, daß ein Ministerium für 'innerdeutsche' Beziehungen historisch überholt und Ausdruck einer falschen Politik ist. Das Ministerium symbolisiert nur noch ein Anspruchssdenken gegenüber der DDR ... 35 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten steht sowohl der juristische Anspruch der Bundesregierung, alle Deutschen im Rahmen der Grenzen von 1937 vertreten zu müssen, als auch die politische Auffassung, daß die DDR nur ein "Gebilde" sei, das überwunden werden müsse, der Entwicklung weitergehender Beziehungen im deutsch-deutschen Verhältnis entgegen."

"Vorschlag eines Friedensvertrages", den die GRÜNEN auf dem Kongreß "Frieden für die Deutschen" am 16.–18.11.84 vorlegten:

"2. Die BRD und die DDR ... können insbesondere gemeinsame Staatsorgane und konföderative Einrichtungen schaffen sowie eine Zoll- und Währungsunion beschließen.

3. Die Grenzen Deutschlands nach außen sind mit den Staatsgrenzen

der DDR ... sowie der BRD ... identisch ...

15. Der Sitz des Parlaments der Europäischen Gemeinschaft (EG) wird – im Einvernehmen mit den EG-Mitgliedsstaaten, die nicht Unterzeichner des Friedensvertrages sind – von Straßburg nach Westberlin verlegt. Die deutsche Verwaltung stellt dem Europa-Parlament das alte Reichstagsgebäude als Tagungsort zur Verfügung.

Antrag des Kreisverbandes Bonn an die 7. ordentliche Bundesversammlung der GRÜNEN – Friedensvertrag:

"Der Bundesvorstand wird beauftragt ... mit den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der Deutschen Demokratischen Republik in einen Gesprächsaustausch über die aktuellen politischen und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen eines Friedensvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches) mit den vier Siegermächten einzutreten ...

Es müssen politische und rechtliche Wege gefunden werden, die eine Eingliederung von Emigranten in den jeweiligen deutschen Nachbarstaat ermöglichen, ohne auf geltendes Asyl-

recht zurückgreifen zu müssen. Wir gehen davon aus, daß auch für die besondere Situation Berlins eine (konföderative) Lösung gefunden werden kann und muß ...

Im einzelnen verfolgen die GRÜNEN mit dieser Initiative:

1. eine Anerkennung der politischen Realitäten; das bedeutet für uns, daß wir die Existenz der beiden deutschen Staaten und der zwei Staatsbürgerschaften als Fakten zur Kenntnis nehmen und sie zum Ausgangspunkt unserer Friedens- und Deutschlandpolitik machen;

2. Das Tabuthema Wiedervereinigung in unserem Sinne zu brechen und dazu beizutragen, daß der Friedensvertragsvorbehalt und das Offenhalten der deutschen Frage nicht weiterhin zur totalen Blockierung einer Friedens-, Europa- und Deutschlandpolitik führt, die die Wahrung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Ziel hat ...

4. allen revanchistischen Tendenzen energisch entgegenzutreten und die bestehenden Staatsgrenzen zu einem unverrückbaren Bestandteil unserer Politik zu erklären..."

Quellenhinweis: Pressemitteilung der Bundestagsfraktion vom 17.9.84; Die Grünen, Nr. 47/84; Antragsmaterialien für den Bundeskongreß

fügenden Angebote der SPD, die an ihrem Grundzug nichts ändern, hochjubeln und so zur Pflege eines in 16 Jahren Regierungsarbeit arg lädierten Images beitragen... Dann würden wir der Bevölkerung Sand in die Augen streuen." (2)

Daraus ziehen die Antragsteller nicht die Konsequenz, daß nur die GRÜNEN alleine diese Kritik an der Reaktion führen können. Nein, sie sprechen von "grundsätzlicher Systemopposition" mit verschwommenen Positionen. Delegierte mit ganz unterschiedlichen Zielen und Ausführungen, die der Reaktion entliehen sind, sprachen daraufhin auch für den Antrag. Bahro etwa erklärte: "Die GRÜNEN steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazi-Partei".

Fehlende inhaltliche Festlegungen der Bundesversammlung für die Politik der Abgeordneten auf Orts-, Kreis- und Landesebene gegenüber den Zielen der reaktionären Kräfte ermöglichen eine Öffnung zu einer ganz absurd, reaktionären Politik. In Westberlin betreibt der CDU-Senat "alternative Wirtschaftsprojekte" mit den GRÜNEN und Alternativen. Mit gemeinsamen politischen Grundlagen, u.a. dem "Subsidiaritätsprinzip", befaßte sich der CDU-Senator Ulf Fink in seinem Buch: "Keine Angst vor Alternativen". In Köln verhinderten die GRÜNEN zusammen mit der CDU die Senkung der Müllgebühren und kündigten ein "Müllvermeidungskonzept" an. Der Beschuß der Bundesversammlung hat eine solche "Zusammenarbeit" legalisiert.

Die Bundesversammlung hat auch der Bundestagsfraktion die Öffnung zu reaktionären Positionen ermöglicht. Viele unterstützende Gesetzesinitiativen hat die Fraktion in den letzten Wochen eingebracht:

Programm gegen Luftbelastung und Waldsterben; Änderung der Wasserversorgung; Stilllegung von vier Kohlekraftwerken; Förderung der Windenergie; Vorläufiger Stopp aller Atomtransporte; Ersatzlose Streichung der "Anti-Terrorismus-Gesetze"; Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes; Schutz der Gesundheit vor chemischen Stoffen; Aufrechterhaltung des Sportboykotts gegen Südafrika und Stopp der Kohleimporte aus Südafrika.

Zu diesen zahlreichen Gesetzesinitiativen hat sich die Bundesversammlung nicht verhalten. Die Bundestagsfraktion ist auf nichts festgelegt, und ob sie die Politik der Bundesregierung angreift, ist nicht gewiß. So sind z.B. zur "Deutschlandpolitik" Kräfte in den GRÜNEN mit direkt chauvinistischen Positionen auf der Suche nach parlamentarischen Einflußmöglichkeiten und Bündnissen mit der Reaktion.

Quellenhinweise: (1) taz, 10.12.; (2) Antragsmaterial der GRÜNEN. — (jöd, uld)

Blüms Arbeitszeit- und Beschäftigungsförderungsgesetz (III)

GEWERKSCHAFTEN IN KOMPLIZIERTER LAGE GEGENWEHR AUFGRUND BESCHLUSSLAGE MÖGLICH

Zynische Zungen meinen ja, die stärkste Waffe des DGB auf politischem Felde sei immer noch die Presseerklärung. In der Tat, die vorfindbare Beschußlage des DGB und auch der Einzelgewerkschaften zur Arbeitszeit würde mühelos ausreichen, eine kräftige Kampagne gegen Blümsche AZO- und Beschäftigungsförderungszumutungen auszurichten, und zwar eine, die auch Wirkung hätte.

Bereits der DGB-Bundeskongreß 1969 forderte, "die 1938 in Kraft getretene Arbeitszeitordnung endlich abzuändern und ... den heutigen Gegebenheiten anzupassen". In ergänzenden Anträgen wurde die Beschränkung der gesetzlichen Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich für notwendig erachtet. Dieses wurde auf den Kon-

nur als unverschämten Angriff auf Arbeitnehmer- und Betriebsratsrechte und als Ermunterung für Unternehmer ansehen, noch rücksichtsloser als bisher Betriebe stillzulegen und Arbeitnehmer rauszuschmeißen. Die IG Metall lehnt eine solche Politik ab." Als "unverblümten Sozialabbau" greift er die Aushebelung des Kündigungsschutzrechtes durch Ausweitung befristeter Arbeitsverträge, die Begünstigung variabler Arbeitszeiten, die Erleichterung der Leiharbeit als "moderner Form des Sklavenhandels" an. (3) Der 10. ÖTV-Gewerkschaftstag verwahrt sich insbesondere gegen die Unterlaufung tarifvertraglicher Regelungsbestimmungen. (4) Und der Gewerkschaftstag der HBV spricht von der bisher deutlichsten "Kampfansage der Bundesregierung an die Ar-



Teilzeit im Handel gilt bereits als "normal", schon 12% der Beschäftigten in der BRD haben z.Zt. untertarifliche Arbeitszeiten.

gressen 1972 und 1978 bestätigt, 1971 legte der DGB dem zuständigen Ministerium einen eigenen Entwurf für ein Arbeitszeitgesetz vor. Zuletzt sprach sich der 12. Bundeskongreß 1982 für folgendes aus: "Der Gesetzgeber muß die gewerkschaftlich erkämpfte 40-Stunden-Woche festschreiben. Die Mehrarbeit muß auf ein Mindestmaß beschränkt werden." Hinzu kommen Forderungen nach bezahlten Pausen bei Wechselschicht, Verkürzung der Arbeitszeit für Schichtarbeiter, Zulässigkeit von Nacht- und Schichtarbeit nur in Ausnahmefällen u.a.m. (1) Für die Einzelgewerkschaften findet sich entsprechendes (2).

Auch in der Bewertung der "Beschäftigungsförderungs"- und AZO-Gesetzentwürfe mangelt es durchaus nicht an eindeutig ablehnender Haltung. Karl-Heinz Janzen vom IG Metall-Vorstand schreibt: "Man kann dieses 'Beschäftigungsförderungsgesetz'

beitnehmer im privaten Dienstleistungsgewerbe". (5)

Eine Handlungsempfehlung gegen die Gesetzestätigkeit ist allerdings nur von der HBV bekannt, diese will "durch zügige und systematische Aufklärung in den Betrieben und öffentlich wirksame Proteste der Verabschiedung entgegentreten". (6) Ansonsten hat das einfache Gewerkschaftsmitglied schon beträchtliche Mühe, etwas über die Auswirkungen der Gesetzestätigkeit der Bundesregierung zu erfahren, geschweige denn liegt ein Konzept zur Gegenwehr vor. Dieser auffällige Widerspruch zwischen Wort und Tat bedarf einer Erklärung.

Die DGB-Funktionärszeitschrift "Quelle" wirft dem Regierungsentwurf zur Arbeitszeit vor, eine jahrzehntelange tarifpolitische Entwicklung zu ignorieren, "die dazu geführt hat, daß heute eine regelmäßige Wochenarbeitszeit von 40 Stunden und

Dokumentiert**GEWERKSCHAFTEN ZU DEN ENTWÜRFEN BLÜMS****Viele Zugeständnisse**

DGB-Bundesvorstand: Erste Kurzbeurteilung des Entwurfs eines Beschäftigungsförderungsgesetzes an die Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften, 6. Sept. 1984

"... ist es unverständlich, inwiefern die mit der beabsichtigten Neuregelung eingeleitete Ausweitung befristeter Arbeitsverträge eine 'besondere beschäftigungspolitische Schubwirkung' auslösen sollte. Nach den bisherigen Erfahrungen ist eher davon auszugehen, daß durch die erweiterte Zulassung befristeter Arbeitsverträge verbunden mit der ebenfalls vorgesehenen Ausweitung der Leiharbeit sowie dem Bestreben, Teilzeitarbeit zu fördern, den Unternehmen zusätzliche Instrumente zur systematischen und verschärften Ausdünnung der Stammbelegschaften und zur Ersatzung der Dauerbeschäftigte durch unständig Beschäftigte an die Hand gegeben werden..."

Der Anpassung von Arbeitszeiten an individuelle Wünsche des einzelnen Arbeitnehmers sind nach gelgendem Recht ebenfalls keinerlei Grenzen gesetzt ... Für die Arbeitnehmer besteht deshalb unter dem Gesichtspunkt der Arbeitszeitflexibilisierung keinerlei Regelungsbedürfnis...

Erleichterung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: . Der DGB kann dies unterstützen. Er hat immer wieder deutlich gemacht, daß insbesondere vor dem Hintergrund der stark ansteigenden Langfristarbeitslosigkeit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgeweitet werden müssen. Dies ist allerdings nur unter der Bedingung zu akzeptieren, daß durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht eine Substitution der von den Kommunen durchzuführenden öffentlichen Aufgaben stattfindet."

DGB-Vorsitzender Ernst Breit, Hans-Böckler-Forum, 17.10.84, Diskussionsrunde des DGB mit H. Geißler (CDU) und P. Glotz (SPD)

"Ich erzähle Ihnen mal etwas von der Bundespost. Da gibt es weit über 100000 Teilzeitbeschäftigte, tarifvertraglich anständig behandelt und und. Anlaß dafür ist nicht etwa das Vorhandensein von Menschen, die da unbedingt Teilzeitarbeit gewollt hätten, sondern weil das die rationellste Methode ist, die Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte an den unterschiedlichen Arbeitsanfall im Lauf von 24 Stunden anzupassen. Das ist ein typischer Fall von Rationalisierung. Das ist eigentlich gar nichts Böses. Nur soll keiner auf die Idee

kommen und uns weis machen wollen, das wäre das Verfahren, die Arbeitslosigkeit abzubauen ... Ich habe keinen Tarifvertrag gefunden, der Teilzeitarbeit verbietet in irgendeinem Gewerkschaftsbereich. Was die Gewerkschaften nicht wollen, das sind Teilzeitarbeitsverhältnisse unter einem halben Wochenleistungsmaß, weil diese Menschen so total unsicher sind und dann am Ende vor der Gemeindekasse stehen im Alter und betteln gehen müssen ... Ich glaube zum job-sharing muß ich nichts sagen, das fällt im Grunde genommen unter den Begriff Teilzeitarbeit. Dabei ist alles, was man dabei regeln möchte, durchaus regelbar ... Was uns bewegt bei mehr Leiharbeit, bei Verträgen, die mit längerer Befristung möglich sein sollen nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz, ist die damit verbundene Gefahr, die Arbeitnehmer in einem Betrieb in zwei verschiedene Gruppen aufzuteilen, nämlich die, die relativ gesichert ist und die, die die vollen Risiken der betrieblichen Entwicklung auf sich nehmen muß. Das ist gewerkschaftspolitisch ein absolut unerwünschter Zustand. Wir gehen ja nicht soweit zu sagen, es darf keine befristeten Arbeitsverträge mehr geben ... aber wir haben nicht den Eindruck, daß uns mehr befristete Arbeitsverträge wirklich von der Arbeitslosigkeit abhelfen würden."

Stellvertretender DGB-Vorsitzender Gerhard Muhr, Interview in der "Welt der Arbeit", 22.11.84

"WdA: Bundesarbeitsminister Blüm hat in dem geplanten Beschäftigungsförderungsgesetz stark auf 'Flexibilisierung' abgestellt. Ist es eigentlich so falsch, wenn Blüm sagt, besser befristet arbeiten als unbefristet arbeitslos? Muhr: Wenn dies eine Alternative wäre, hätte der Arbeitsminister recht. Aber es ist keine Alternative. Blüm will die befristete Arbeit fördern und dazu bedarf es keines Gesetzes. Teilzeitarbeit ist zum Beispiel ohne jede Einschränkung möglich. Sie wird nur nicht genügend angeboten ... Blüm hat mit der Flexibilisierung im Sinn, die 'Arbeit auf Abruf' saloppfähig zu machen. Da setzt unser Widerspruch ein."

Haltepunkte jedoch erkennbar

"Muhr: Das Arbeitszeitgesetz geht davon aus, daß 48 Stunden die normale Arbeitszeit sind und darauf Überstunden geleistet werden können. Damit wird jede beschäftigungsfördernde Initiative zunächte gemacht. WdA: Arbeitsminister Blüm verweist aber immer darauf, daß er nur die Rahmenbedingungen schafft, die Ausstattung

aber den Tarifparteien überläßt. Muhr: Er hat da sehr schöne Formulierungen parat. Aber warum, so frage ich, schreibt er nicht die 40-Stunden-Woche fest, die ohnehin schon für 99 Prozent aller Arbeitnehmer tarifvertraglich geregelt bzw. sogar schon unterschritten ist? Das ignoriert Blüm völlig."

Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Hauptvorstand, 15.11.84

"Mit aller Entschiedenheit hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) die Bestrebungen des Bundesrates zurückgewiesen, das Arbeitsverbot an Sonn- und Feiertagen zu lockern. Wenn die Vorschläge des Bundesrats, die offensichtlich auf Drängen der Unternehmerverbände der Textilindustrie zustande gekommen sind, verwirklicht würden, wäre in fast allen Produktionsbereichen dieser Branche Sonn- und Feiertagsarbeit möglich. Das müsse unbedingt verhindert werden. Der Bundesrat hat vorgeschlagen, daß Sonn- und Feiertagsarbeit dann zugelassen werden soll, wenn 'für den Betrieb von hochmechanisierten oder automatisierten Produktionsanlagen, bei denen infolge der Mechanisierung oder Automatisierung ein erheblicher Anteil wartender, steuernder und überwachender Tätigkeit vorliegt' ... Nach Auffassung der Gewerkschaft ist Sonn- und Feiertagsarbeit in der Textilindustrie aus produktionstechnischen Gründen keineswegs notwendig. Der Textilindustrie stünden noch genügend Reserven für eine Verlängerung der Maschinenlaufzeiten zur Verfügung, die bisher nicht annähernd genutzt würden ... Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil-Bekleidung will alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, damit das Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit gesichert bleibt. Gleichzeitig wird der DGB aufgefordert, die Bemühungen gegen eine Lockerung des Sonn- und Feiertagsverbots zu unterstützen, denn die vom Bundesrat vorgesehene Öffnung betreffe nicht nur die Textilindustrie, sondern auch andere Industriebereiche mit hohem technischen Standard."

Beschlüsse zum Beschäftigungsförderungs- und Arbeitszeitgesetzentwurf liegen außerdem vor vom 11. Gewerkschaftstag der HBV (dokumentiert in Politische Berichte 23/84, S. 29) und vom 10. Gewerkschaftstags der ÖTV (dokumentiert in Pol. Berichte 23/84, S. 30).

Quellenhinweis: Hans-Böckler-Stiftung, Text des Mitschnitts vom Hans-Böckler-Forum; Welt der Arbeit, 22.11.84; GTB, Pressenachrichten, 15.11.84

weniger bereits für 99 Prozent der Beschäftigten gilt". (7) Diese Kritik zu parieren, hätte ein beliebiger Staatssekretär des Arbeitsministeriums kaum Mühe. Die tatsächliche Entwicklung der Arbeitszeit schafft seit langem bereits faktische Einfallstore, die jetzt gesetzlich abgesichert und weiter geöffnet werden sollen. Etwas: Jeder zweite Beschäftigte der Bremer Metallindustrie leistet Überstunden, in Klein- und Mittelbetrieben sogar 60 Prozent. Für mehr als ein Drittel von diesen verlängert sich die tarifliche Arbeitszeit im Monat um mehr als 20 Stunden, für ein Viertel um 20 bis 40 Stunden. Und fast die Hälfte muß entweder regelmäßig oder öfter samstags arbeiten. In dem 17-jährigen Untersuchungszeitraum der Bremer Studie von 1965 bis 1981 sinkt die Mehrarbeit in keinem Jahr unter den Wert von 111 Jahresüberstunden pro Arbeiter. Jährlich wurden in der bremischen Metallindustrie so mehr als 4,5 Mio. Überstunden verfahren. Die Zahl von 2 Mrd. geleisteten Überstunden 1982 in der BRD dokumentiert, daß die Ergebnisse aus Bremen nicht einzeln stehen. (8)

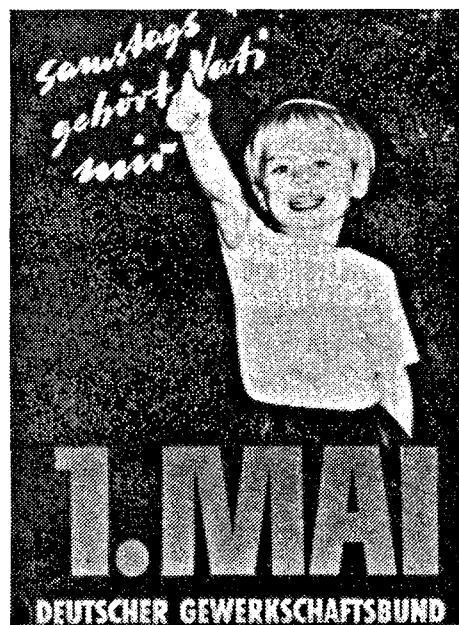
Absolute Verlängerung des Arbeitstages einerseits, gelingt es den Kapitalisten zunehmend, Beschäftigungsverhältnisse mit untertariflichen Arbeitszeiten zu installieren. Die HBV führt im Mai 1984 eine repräsentative Befragung für Handelsbetriebe durch: 30 verschiedene Arbeitszeitregelungen in einem einzigen Unternehmen sind keine Seltenheit, fest standardisierte Arbeitszeitrahmen gelten nur für eine Minderheit, nur 27 Prozent der Vollzeitbeschäftigte arbeiten regelmäßig von Montag bis Freitag, für einen Teil der Beschäftigten ist nicht einmal Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit fest vereinbart, in Supermärkten und SB-Warenhäusern arbeitet jede/r dritte Beschäftigte in Teilzeit, in Verbrauchermärkten schon 50 Prozent, ein Drittel der Beschäftigten arbeitet jeden Samstag ... (9) Aber auch im produzierendem Gewerbe befinden sich bereits 20 Prozent der Arbeiterinnen und 22 Prozent der weiblichen Angestellten in Teilzeit. Der Anteil der männlichen Teilzeitbeschäftigt wächst, im Einzelhandel bei männlichen Hilfsarbeitern sind es bereits 14 Prozent, im Versicherungsgewerbe 11 Prozent. (10) Ähnliche Zustände lassen sich genauso betreffend Ausweitung von Wechsel- und Nachschicht, Beseitigung des freien Wochenendes usw. beschreiben.

Die Arbeitsplatzbeschaffung erstmal zum Angelpunkt gewerkschaftlicher Politik gemacht, wurde dem Unterlauf der tarifvertraglichen Mindestnormen kein Einhalt geboten. Mitte der 60er Jahre wurde die Ausdehnung der Teilzeitarbeit mehrheitlich von den Gewerkschaften begrüßt, als Möglichkeit, Frauen in das Erwerbsleben zu integrieren. Erst als zuneh-

mend Vollzeitarbeitsplätze bei schrumpfendem Arbeitsmarkt in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden, wird die Teilzeit als tarifpolitisches Problem behandelt. Das tariflich normierte Arbeitszeitsystem, in dem die vereinbarte regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit gleichzeitig ein Mindesteinkommen und Anspruch auf Einbindung in die übrigen tarifvertraglichen Normen beinhaltet, ist bereits unterminiert. Die parlamentarische Initiative des DGB zur Arbeitszeitordnung entfaltet keine Wirkung. Der Nachweis, daß Öffnen des normierten Arbeitszeitgefüges ganz gut mit der aufkommenden Lösung der Sozialdemokratie "Arbeit für alle" zusammenpaßt, wird dabei seine Rolle gespielt haben. Bedenklich dabei ist, daß diese Probleme keineswegs der Vergangenheit angehören. Wenn etwa der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr schreibt, daß es zur Förde-

men verbunden sein muß, wird aufgegeben. Die absehbare Ausdehnung flexibler Arbeitszeiten in verschiedensten Ausprägungen kommt hinzu.

So stehen der DGB und die Einzelgewerkschaften vor einer äußerst komplizierten Situation, wenn sie die Reaktion an diesem zentralen Punkt zum Stehen bringen wollen. In den Betrieben und auf der Ebene des Tarifvertrages wird für eine ganze Weile Erhebliches notwendig sein, um den Anspruch auf einen Normalarbeitstag zur Geltung zu bringen. Gegen die einreißende Flexibilisierung, zunehmende Schichtarbeit usw. könnte vielleicht eine Taktik, die besondere Belastungen kollektivvertraglich mit kürzeren Arbeitszeiten ausgleicht, wirken. Die Gesetzentwürfe der GRÜNEN und der SPD zur Arbeitszeit geben die Möglichkeit, gewerkschaftlicher Kritik gegen die Blümschen Vorhaben in der öffentlichen Meinung



Kampfziele freies Wochenende und Normalarbeitstag – praktisch bereits unterhöhlt, droht jetzt die Beseitigung selbst des Anspruchs darauf.

lung der befristeten Arbeit eigentlich keines Gesetzes bedarf, statt auf Unterbindung solcher Arbeitsverträge zu dringen, oder wenn Ernst Breit "eigentlich gar nichts Böses" bei Rationalisierung durch Teilzeitkräfte entdecken kann (s. nebenstehende Dokumente), wird sich darüber eine Abwehrfront gegen die Angriffe von Kapital und Regierung nicht entwickeln lassen. Ebenfalls erschwerend kommen die Auswirkungen des Tarifvertrags zur Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie hinzu. Hier wurde sogar das Prinzip der Teilzeitarbeit tarifiert. Die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung mit proportionaler Lohnkürzung wurde vereinbart, wenn auch in engen Grenzen noch, doch der Anspruch, daß mit der tariflich normierten Arbeitszeit ein zum Leben ausreichendes Mindesteinkom-

Geltung zu verschaffen. Stellungnahmen aus Gewerkschaftskörperschaften etwa an die beiden Fraktionen, was noch zu verbessern und ob nicht Vereinheitlichung auf einen gemeinsamen Entwurf möglich sei, wären da nützlich.

Quellenhinweis: (1) WSI – Infopaket "Flexible Arbeitszeiten", Pkt. o.4, S. 6; (2) für die IGM s. Entschließung 17, 14. o. Gewerkschaftstag, gewerkschafter 12/83, S. 38; (3) metall 16, 3.8.84, S. 4; (4) Pol. Ber. 23, 17.11.84, S. 30; (5) ebenda S. 29; (6) ebenda; (7) Nr. 10/84, S. 41; (8) R. Moll u.a., Arbeitszeit und Mehrarbeit, Bremen 1983, metall 19/81, S. 4, Handelsblatt 3.5.83; (9) WSI – Infodienst zur Humanisierung, 3/84, S. 4, WSI – Arbeitszeitverkürzung, 1983, S. 139; (10) WSI – Arbeitszeit im Umbruch, 1984, S. 40 – (gka, alk)

PaSoK-Regierung in Griechenland

DIE REGIERUNGSTÄTIGKEIT ERLEICHTERT DIE KAMPFBEDINGUNGEN DER ARBEITER

Die griechische Regierung strebe den Sozialismus an, warf das "Handelsblatt" am 20.9. der Regierung der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PaSoK) vor. Anfang Oktober führte das "Handelsblatt" Klage über mangelndes Eingreifen der EG in die Tätigkeiten der griechischen Regierung und forderte verstärktes Eingreifen der EG: "Zahlreiche Vertragsverstöße/Die EG wehrt sich zögernd gegen Athens Alleingänge." EG-Kommission und Regierungen von EG-Staaten, darunter wiederholt die Bundesregierung, haben seit dem Regierungsantritt der PaSoK versucht, Druck auszuüben, um Änderung von Gesetzesvorhaben zu erzwingen. Im November forderte Bundeskanzler Kohl die konservative Partei Neue Demokratie (ND) dann direkt zum Sturz der PaSoK-Regierung auf.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der Klagen und Tätigkeiten der westdeutschen Reaktion gegen die PaSoK-Regierung in Griechenland. Die Beunruhigung unter den Kräften der Reaktion in der EG entsteht nicht, weil die griechische Regierung die Banken und einige Industriebetriebe verstaatlicht hat bzw. nicht privatisiert. Das haben auch die konservativen und reaktionären Regierungen in den Jahrzehnten zuvor nicht anders gehandhabt. Sonder die Kritik am "Sozialismus" in Griechenland und die reaktionären Umtriebe gegen die griechische Regierung richten sich gegen die Fortschritte, die die Arbeiter und Bauern unter der PaSoK-Regierung erringen konnten. Das sind insbesondere die im folgenden dargestellten Änderungen in der Gewerkschafts-, Steuer- und Arbeitsgesetzgebung.

– Die PaSoK hat die von den Obristen und der konservativen Regierung der ND beschlossenen Gewerkschaftsgesetze aufgehoben und an deren Stelle ein Gewerkschaftsgesetz erlassen, das unter Mitarbeit des Allgemeinen Griechischen Gewerkschaftsbundes entstanden war. Damit wurden erstens die Eingriffsmöglichkeiten des Staates in das Gewerkschaftsleben, einschließlich der staatlichen Kontrolle des Gewerkschaftsvermögens, beseitigt. Zweitens haben die Gewerkschaften nunmehr auch legal die Möglichkeit, die von den reaktionären Regierungen in den vergangenen Jahrzehnten erzwungene Zersplitterung in betriebliche Einzelgewerkschaften zu überwinden. Drittens garantierte das Gesetz das Streikrecht und die Koitionsfreiheit für alle Arbeiter und beseitigte auch alle Beschränkungen dieser Rechte in Arbeits- und Tarifverträgen, z.B. das Streikverbot für

Tabakarbeiter während der Saison.

In einem Zusatzgesetz hob die PaSoK alle Beschränkungen für den Abschluß von Tarifverträgen auf, die die in- und ausländischen Kapitalisten für bestimmte Branchen durchgesetzt hatten. So durften z.B. alle Landarbeiter, einschließlich der Tabakarbeiter, keine Tarifverträge schließen, ihre Löhne wurden per Dekret von der Regierung festgelegt. Ähnliche Regelungen bestanden für Teile der Elektroindustrie, die Staatsbetriebe und die Polizei.

Der damalige Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff reiste im Juni 1982 eigens nach Athen, um gegen dieses Gesetz zu protestieren und das Interesse der westdeutschen Kapitalisten an niedrigen Löhnen, ausgedehnten Arbeitszeiten und kampfunfähigen Belegschaften zu wahren.

Im Jahr 1983, nach einigen heftigen Arbeitskämpfen vor allem im öffentlichen Dienst und im Bankbereich, gab die PaSoK dem Drängen der Reaktion nach und beschloß einige gesetzliche Beschränkungen. So müssen die Gewerkschaften künftig Urabstimmun-

setz von 1982 bedeutet. Mehr als die Hälfte der griechischen Lohnabhängigen fallen unter diese Regelung, da 90% der Banken und 30% der Industriebetriebe staatlich sind.

– Seit dem 1.1.82 betrug die wöchentliche gesetzliche Arbeitszeit 41 Stunden, seit dem 1.1.83 beträgt sie 40 Stunden pro Woche. Außerdem ist ein gesetzlicher Jahresurlaub für alle Lohnabhängigen von vier Wochen im Jahr eingeführt worden. Erstmals ist ein gesetzlicher Mutterschutz für lohnabhängige Frauen beschlossen, nach dem schwangere Frauen acht Wochen vor und nach der Geburt bezahlt beurlaubt sind.

– Die griechischen und die ausländischen Kapitalisten sind insbesondere gegen das seit 1982 bestehende gesetzliche Verbot der Aussperrung und gegen die jüngst beschlossenen Konkursregelungen Sturm gelaufen. Das Aussperrungsverbot gilt für alle, auch die staatlichen Betriebe. Die Konkursregelungen sehen vor, daß im Falle eines Konkurses zuerst alle Ansprüche der Lohnabhängigen befriedigt werden müssen, bevor andere Gläubiger ihre Forderungen geltend machen können. Die EG-Kommission hat bei der griechischen Regierung interveniert, um die Konkursregelung wieder zu Fall zu bringen.

– Die Gewerkschaften hatten seit dem Sturz der Obristen 1974 immer



Militärausstellung einer privaten griechischen Firma, unterstützt von der Armee, mit westdeutscher Beteiligung – die BRD-Regierung pflegt die Beziehungen zur griechischen Armee.

gen über Streiks durchführen, die mehr als einen Ort betreffen, und dürfen erst bei 51% Ja-Stimmen zum Streik aufrufen. Das Streikrecht der Beschäftigten in staatlichen Betrieben und im öffentlichen Dienst wurde empfindlich beschränkt. Sie dürfen künftig nur noch streiken, wenn nicht "lebenswichtige" Funktionen des Staates bedroht sind. Der griechische Gewerkschaftsbund hat gegen diese Regelung insbesondere protestiert, weil sie eine praktische Aufhebung des umfassenden Streikrechts im Ge-

wieder grundlegende Änderungen der Steuergesetzgebung verlangt und seit dem Jahr 1981 auch einschneidende Änderungen erreichen können. Erstmals seit Jahrzehnten werden die Kapitalisten und Großgrundbesitzer in größerem Umfang überhaupt besteuert. Die PaSoK hat eine Besitz- und Einkommenssteuerreform durchgeführt, die erstens die Steuerfreiheit von sogenanntem Industriegrundbesitz, worunter auch der Landbesitz kapitalistisch produzierender Großgrundbesitzer fiel, aufhob, und zweitens

tens Steuerfreiheit für kleinen Landbesitz einführt. Damit ist die bis dahin bestehende häufige Doppelbesteuerung von Arbeitern, die kleine Landwirtschaftsbetriebe haben, beseitigt und die übermäßige Besteuerung der armen Bauern gemildert. Zweitens ist seit 1982 der Einkommenssteuersatz an die Inflationsrate gekoppelt und der Steuerfreibetrag für die unteren Einkommen verdoppelt worden. Nach Schätzungen der griechischen Regierung hat sich durch beide Steueränderungen der Anteil der Kapitalisten und Großgrundbesitzer am Steueraufkommen von etwa 20% vor Regierungsantritt auf ca. 35% erhöht.

Der Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongreß Ende 1983 kritisiert, daß ein Teil der Erleichterungen, die die Steuerreformen für die Arbeiter bewirkt hatten, durch die Einführung von indirekten Steuern im Rahmen der EG-Harmonisierung wieder aufgehoben worden seien. Er verlangt, daß die Preiserhöhungen, die durch die Ein-

führung von Mehrwertsteuer und anderen indirekten Steuern entstanden sind, bei der Berechnung der Inflationszuschläge berücksichtigt werden.

— Der Inflationsausgleich ist gesetzlich geregelt, vorgesehen ist eine vierteljährliche Anpassung der Löhne und Gehälter in Höhe der amtlichen Inflationsrate. Die Steuerprogression verschiebt sich entsprechend. Gleich nach Regierungsantritt hatte die PaSoK eine Erhöhung der gesetzlichen Mindestlöhne um das Doppelte beschlossen. Nach Angaben des Gewerkschaftsbundes sind diese damit noch immer um ein Drittel niedriger als das von den Gewerkschaften errechnete Existenzminimum.

Nach Angaben der Regierung sind die Nettolöhne in den Jahren 1982 und 1983 durch tarifliche Erhöhungen und gesetzliche Regelungen real um durchschnittlich 20% gestiegen, die Steigerungsrate für 1984 soll real 4% betragen.

Die Arbeiter und Angestellten ha-



AEG-Griechenland: Die BRD-Kapitalisten wollen Niedriglöhne.

ben zur Durchsetzung solcher Lohnsteigerungen allerdings heftige Kämpfe führen müssen. 1983 war mit über 600 Streiks, an denen 500000 Lohnabhängige beteiligt waren, seit 20 Jahren das Jahr mit den meisten Streiks.

Quellenhinweis: Griechenland heute, Ausgaben 1982, 1983, 1984, hrsg. vom Generalsekretariat für Presse und Information der griechischen Regierung; Handelsblatt v. 20.9., 8.10., 9.10., 10.10. 1984; Archiv der Gegenwart, div. Ausgaben 1983 — (uld, gba)

KOHL FÜR EIN "FREIES LAND"

In seinem Glückwunsch-Brief Anfang November an die griechische konservative Partei "Neue Demokratie" (ND) zu deren zehnjährigem Bestehen sprach CDU-Kanzler Kohl die Erwartung aus, daß die Konservativen 1985 bei den Wahlen die "Panhellenische Sozialistische Bewegung" (PaSoK) aus der Regierung vertreiben. Er würde das mit allen Mitteln unterstützen. Die PaSoK verurteilte Kohls Ankündigung als "ungeheurelle Einmischung".

Kanzler Kohl wies in seinem Brief die ND an, "in naher Zukunft müßten wichtige innen-, außen- und wirtschaftspolitische Entscheidungen gefällt werden, um die Grundlagen für ein freies und demokratisches Griechenland zu sichern".

Der Vorsitzende der ND, Mitsotakis, hatte 1967 die damalige Regierungspartei, die Vorgängerin der jetzigen PaSoK, mitgespalten und den Weg zum Putsch der Faschistenjunta geebnet. Was Kanzler Kohl als "wichtige innenpolitische Entscheidung" auf jeden Fall auch erwartet, ist eine wirksame Gesetzgebung gegen die Gewerkschaftsbewegung. Gerade in diesem Punkt hatten die westdeutschen Imperialisten 1967 ihre zufriedene Zustimmung zum Faschistenputsch betont. Die Junta hatte im Befehl vom 21.4.67 Streiks und Gewerkschaften verboten: "Die Bildung irgendwie gearteter Vereinigungen, die gewerkschaftliche Ziele anstreben, ist verboten. Der Streik ist strengstens untersagt."

Unmittelbar nach dem Putsch schrieb das Kapitalistenorgan "Handelsblatt": Man erwarte eine "Ver-

besserung der technischen Abwicklung der Geschäfte", weil die Verzögerungen infolge "dauernder Streiks" durch "energisches Eingreifen der Regierung in aller Kürze beseitigt sein werden". Und der "Bayernkurier" der CSU begrüßte die Erklärung der Junta, sie hätte "das Ableiten in den Kommunismus" verhindert, und stellte fest: "Die Streiks haben aufgehört." Die westdeutschen Imperialisten stützten die Junta u.a. durch Militärhilfe. 1969 berichtete das "Handelsblatt" erfreut, die Löhne seien "weiter niedrig".

Als sich die Junta gegen den Widerstand der Werktätigen 1974 nicht mehr halten konnte, sorgte die westdeutsche SPD/FDP-Regierung über die Vermittlung ihres Botschafters in Athen mit dafür, daß Karamanlis, der als Ministerpräsident von 1957 bis 1963 einen Polizeistaat aufgebaut hatte, von der Junta als Nachfolger im Regierungsamt bestimmt wurde.

Karamanlis war Gründer der Partei "Neue Demokratie". Er erließ eine Arbeitsgesetzgebung, die das Werk der Junta fortsetzte und das Koalitions- und das Streikrecht wesentlich einschränkte.

Kohls Ankündigung, die griechische Reaktion zu unterstützen, ist ein offener Angriff auf die griechische Arbeiterbewegung. Die Faschisten wittern dabei Morgenluft. Die faschistischen Fraktionen des Europaparlaments trafen sich letzte Woche in Athen. Sie fordern die Freilassung der inhaftierten Mitglieder der Junta.

Quellenhinweis: G. Wallraff, E. Spoo, *Unser Faschismus nebenan. 1975; Griechenland 21. April 1967*, Verlag Studentenschaft, 1968

Jugoslawien

KAPITAL IMPORT ERLEICHTERT

Mit großer Zufriedenheit äußerten sich Staatssekretär von Würzen und der jugoslawische Wirtschaftsminister Baban über Ergebnisse des deutsch-jugoslawischen Handels, die auf der 16. Tagung der gemeinsamen Wirtschaftskommission im September bekanntgegeben wurden.

Dabei konnte die BRD, heute schon stärkste westliche Handelsmacht für Jugoslawien, den Export gegenüber 1983 um 5,6% steigern, während Jugoslawien im selben Zeitraum den Export in die BRD um 22,6% erhöhte. So wurde zwar die für Jugoslawien negative Handelsbilanz geringfügig abgebaut, auf Grund der starken Verschuldung Jugoslawiens konnten die Kapitalisten aber wesentliche Zugeständnisse erpressen.

Als besonders erfreulich wird von westdeutscher Seite die Entwicklung der deutsch-jugoslawischen Kooperation gewürdigt. Mit derzeit 50 joint ventures und ca. 275 längerfristigen Kooperationsverträgen im Bereich Elektro, Maschinenbau, Chemie und Fahrzeuge nehmen die westdeutschen Imperialisten auch hier Platz eins ein. Dem Trio Internationaler Wäh-

rungsfonds, EG und BRD ist es gelungen, die Bedingungen für uneingeschränkten Kapitalexport und Gewinnrücktransfer abzupressen. Im Juli wurde in erster Lesung im Parlament eine Änderung des Investitionsgesetzes behandelt, die Anfang 1985 in Kraft tritt. Sie gibt die Anteile an diesen gemischten Firmen, die für ausländische Investoren bisher auf maximal 49% begrenzt waren, frei, ebenso werden die Artikel ersetzt, die den Gewinnrücktransfer z.B. in die BRD bisher kontrollierten und begrenzten. Das reicht den Kapitalisten noch nicht. Im "Handelsblatt" heißt es dazu: "Der Gesetzentwurf ... sieht allerdings eine Reihe von Maßnahmen vor, die vom ausländischen Kapitalgeber akzeptiert werden müssen ... Der ausländische Investor müßte sich nicht nur an den Produktionskosten und Soziallasten sowie Steuerabgaben, sondern auch an evtl. Verlusten des jugoslawischen Partners beteiligen." Das Ziel ist klar: Billiglohnland Jugoslawien mit Auflastung aller sogenannten "Rahmenkosten" auf den jugoslawischen Staat.

Die jugoslawische Regierung versucht derzeit, mit einer internationalen Initiative der Schuldenschlinge der Imperialisten entgegenzutreten. Sie will sich mit den zehn am höchsten verschuldeten Ländern in der Welt zusammen, um den Imperialisten einen günstigeren Rückzahlungsmodus abzupressen. Bisher gehen 60% der eingenommenen Devisen allein für die jährliche Schuldenentlastung drauf.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 11.7. 84; mehrere Nummern von Danas — (lsc)

Neukaledonien

REPUBLIK VON KANAKY GEGRÜNDET

Das Territorium, auf das die französischen Imperialisten direkten Zugriff haben und das sie politisch beherrschen, wird, so wie es aussieht, in absehbarer Zeit wieder etwas schrumpfen. Am 1.12. ist auf einem von der kanakischen und sozialistischen Front der nationalen Befreiung (FLNKS) einberufenen Kongreß die Republik Kanaky proklamiert worden.

Das bisherige Neukaledonien befindet sich als Inselgruppe etwa 900 Kilometer östlich Australiens im Pazifik und zählt bisher zu den "überseeischen Territorien" Frankreichs. Die Bevölkerung setzt sich aus 62000 Melanesiern bzw. Kanaken – den Ureinwohnern –, 54000 Weißen (vorwiegend Franzosen) und 30000 Menschen anderer Rassen zusammen. Die Inseln sind 1853 von Napoleon III für Frankreich kolonisiert und in den folgenden Jahrzehnten mit Sträflingen der 'bagnos'

und politischen Gefangenen zwangsbesiedelt worden. Heute befindet sich faktisch die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche im Besitz der französischen Kolonialatoren, die Inselgruppe bildet einen strategischen Stützpunkt für die französische Flotte, v.a. aber ist sie mit dem zweitgrößten Nickelvorkommen der Welt (40% der Vorräte lagern hier) von erheblicher Profitträgertigkeit für das französische Kapital.

Damit sind auch die wesentlichen Interessen benannt, die bis heute die Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft bewirkt haben. Denn der Kampf der Kanaken – Kanake bedeutet Mensch in einer der vielen hawaiischen Sprachen – für Unabhängigkeit ist so alt wie die Kolonialisierung. Schon 1878 erstickte die Kolonialmacht einen großen Aufstand gegen die Landnahme. "Für die Weißen Land, für uns Dickicht – für sie Nickel, für uns Steine – für sie Bildung, für uns Analphabetismus und Alkohol" – aus dieser Erkenntnis heraus bildete sich seit Anfang der 60er Jahre eine starke Unabhängigkeitsbewegung.

Der Sieg der Linksregierung in Frankreich 1981 und ihre Absicht, den Melanesiern über einen Stufenplan bis 1989 das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren, schien kurzzeitig Verständigung zu ermöglichen. Ihr Schwanken und die Drohungen der Reaktion, nach einem Wahlsieg den Kolonialstatus zu zementieren, bewirkten dann das Gegenteil.

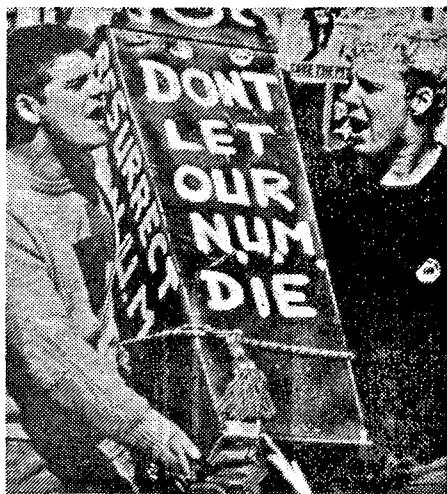
Den für November angesetzten Wahlen für eine Territorialversammlung trat die FLNKS mit der Forderung entgegen, allein die Melanesier über die politische Zukunft des Landes entscheiden zu lassen. Die Wahlen wurden gegen ihren Boykottaufruf und aktiven Widerstand mit starkem Polizei- und Militäraufgebot durchgedrückt, die Rechte siegte. 50% der Wahlberechtigten jedoch hatten die Stimmabgabe boykottiert und somit die Wahl zur Farce werden lassen.

Der Zusammentritt der weißen Territorialversammlung wurde von der FLNKS und dem kanakischen Volk mit der Ausrufung einer provisorischen Regierung und der Gründung der Republik beantwortet. Die imperialistische Staatsmacht reagierte zunächst mit Verhaftungen und Polizeieinsatz, sah sich aber unter dem Druck von Straßensperren und Angriffen auf besonders verhaftete Siedler zu Verhandlungen gezwungen. Ein Staatsskommissar ist von Paris zur Prüfung der Forderungen entsandt worden. Die FLNKS verlangt die politische Unabhängigkeit. Die politische Reaktion will den Kolonialstatus verteidigen und fordert Milizen. Von der baldigen Entscheidung der französischen Regierung wird es abhängen, wie rasch und mit welchen Mitteln das kanakische Volk die Unabhängigkeit erlangen wird. – (pel)

Großbritannien

WER UNTERSTÜTZT DIE BERGARBEITER?

Nach fast zehn Monaten Streik der britischen Bergleute hat sich die Hoffnung der Bourgeoisie, den Kampf durch eine zunehmende Zahl von individuell aufgebenden Arbeitern zum Zusammenbruch zu bringen, als Spekulation erwiesen. Zwar hatten unmittelbar nach Ankündigung einer Prämienzahlung von 1400 Pfund (etwa 5400 DM) siebentausend Arbeiter in einer Woche die Arbeit wieder aufgenommen, aber inzwischen beträgt die wöchentliche Zahl weit unter tausend, und selbst die "Financial Times"



"Laßt unsere Gewerkschaft nicht sterben". Streikende Bergleute demonstrieren.

spricht inzwischen von einem "Rinnalls" statt eines "Stroms zur Arbeit".

Es zeigt die Kampfentschlossenheit der Bergleute, daß sie nach neun Monaten ohne Streikgeld, angewiesen auf Sozialhilfe und Spenden, Gemeinschaftsverpflegung und Kleidersammlung durchhalten. Auf der anderen Seite zeigt die Dauer des Streiks, wie schwer es für die NUM ist, ihr Streikziel durchzusetzen.

Weil ein Drittel der Bergleute arbeitet und die Kohleimporte zu hohen Kosten für die Regierung gesteigert wurden, kann der Streik nur genug Druck ausüben und erfolgreich sein, wenn die NUM verstärkt die direkte Unterstützung anderer Gewerkschaften gewinnt. Damit sieht es dünn aus.

Der Gewerkschaftsbund TUC hat zwar im September Leitlinien beschlossen, nach denen Mitglieder der TUC-Gewerkschaften keinen Streikbruch begehen sollen.

Aber ist zum Beispiel der Betrieb von Kraftwerken mit importierter Kohle oder Öl Streikbruch? Als 1972 die Bergleute die Regierung Heath zu Fall brachten, war die Stromknapp-

heit ein wichtiges auslösendes Element. Heute fehlt die direkte Unterstützung in den Kraftwerken. Nur in zwei Kohlekraftwerken weigern sich die Belegschaften, Importkohle oder Öl zu verwenden.

Die solideste Unterstützung kommt von Eisenbahnern und Mitgliedern der Transportarbeitergewerkschaft in Häfen und Speditionen. Aber gerade in den Bezirken, in denen die Bergleute nicht streiken, ist es sehr schwer, andere Branchen zu Solidaritätsaktionen zu bewegen. Die Vorstände anderer Einzelgewerkschaften halten sich zurück, wozu die Drohung mit Be- schlagnahme des Gewerkschaftsvermögens bei "illegalen Solidaritätsstreiks" beiträgt.

Bei der bisher größten Solidaritätskonferenz Anfang Dezember in London mit 1600 Teilnehmern beklagten die Veranstalter vor allem das Fehlen von Gewerkschaftern aus den Industriegebieten Nordenglands. Versammelt war die Labour-Linie um Tony Benn, der den Streik "für schon gewonnen" erklärte, viele Linke aus den trotzkistischen Organisationen und Teilnehmer aus den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

Der Bergleutestreich wird von ihnen als politische Kampagne zum Sturz der Regierung Thatcher betrachtet, als Möglichkeit, mit dem "Kampf für Arbeitsplätze" dem Konservativismus eine entscheidende Niederlage beibringen zu können.

Uns scheint, die Hauptursache für die nicht ausreichende Unterstützung des Streiks ist Unsicherheit in der Gewerkschaftsbewegung darüber, ob dieser Streik ein erfolgversprechender Weg ist, Thatcher zu stürzen.

Die Führung der Labour-Partei nutzt diese Unsicherheit. Der Labour-Parlamentsfraktion ist der Streik suspekt. Labour-Chef Kinnock mußte zur Beteiligung an Solidaritätskundgebungen gezwungen werden.

Quellenhinweis: FT, Socialist Worker, Economist, div. Ausgaben – (hef)

Bolivien

STREIK WEIST IWF-FORDERUNGEN ZURÜCK

Der bolivianische Gewerkschaftsdachverband COB beendete den Generalstreik nach insgesamt drei Wochen Dauer. Im Verlauf des Kampfes hatte der COB den Streik für fünf Tage ausgesetzt. Der Vorsitzende des COB, Lechin, erklärte, daß "wichtige wirtschaftliche Verbesserungen durchgesetzt werden konnten".

Die Regierung hatte vor einem Monat unter dem Diktat der Imperialisten des Internationalen Währungsfonds (IWF) die staatlich festgelegten Preise für Lebensmittel, Dienstleistungen und Treibstoff zwischen 500%

und 600% erhöht, die staatliche Stützung der Preise reduziert und die Währung um 350% abgewertet. Die Mindestlöhne sollten aber nicht entsprechend angehoben werden. Die jährliche Inflationsrate beträgt nach Angaben des COB etwa 1500%. Schon im Mai hatte die Regierung die gleitende Anpassung der Mindestlöhne an die Preissteigerungsrate beseitigt. Der COB hatte die Anhebung der Mindestlöhne um 1100% und die Ankopplung der Mindestlöhne an die Inflationsrate gefordert.

Durch den Generalstreik konnte die Regierung gezwungen werden, die Mindestlöhne um 750% anzuheben. Die Preise für Grundnahrungsmittel werden für einen Monat nicht erhöht, die Lebensmittelversorgung soll gesichert werden.

Die bolivianischen Kapitalisten haben die jetzige Vereinbarung kritisiert und angekündigt, daß sie die Preise beschleunigt erhöhen wollen. Im Verlauf des Streiks hatten Sprecher des Militärs mit einem Putsch gedroht.

Da die Regierung mit den Preiserhöhungen des letzten Monats entscheidende Schritte getan hatte auf

dem Weg, den der IWF gegen die bolivianischen Werktagen verlangt, haben die Gewerkschaften mit ihrem Generalstreik – auch wenn sie die weitere Reallohnseinkung nur langsam konnten – zunächst verhindert, daß die Regierung auf diesem Kurs fortfahren kann und vom IWF geforderte weitere Maßnahmen willfährig verhängt. Der IWF hatte u.a. verlangt: drastische Verringerung der Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst, Abwertung des Pesos ohne eine notwendige Erhöhung der Löhne und Gehälter, Beseitigung der staatlichen Stützung der Lebensmittelpreise. Über die Frage, ob und wie die Regierung den Forderungen des IWF nachkommt, war es in der "Demokratischen Volksunion", die ein Bündnis verschiedener Parteien ist und die Regierung stellt, zu Auseinandersetzungen gekommen. In ihrem Verlauf hatte die kommunistische Partei die Regierung verlassen. Die Parlamentsparteien haben sich darauf geeinigt, die nächsten Wahlen auf Juni 1985 vorzuziehen.

Quellenhinweis: Lateinamerika-Nachrichten 132, Dez. 1984 – (gba)

17. Palästinensischer Nationalrat

DIE PLO IST KEIN MARIONETTENTHEATER

Vom 22. bis 27.11 fand in Amman die 17. Sitzungsperiode des Palästinensischen Nationalrats (PNR) statt. Haupttenor der Kommentare der bürgerlichen Medien war: Arafat konnte sich nur durch Abstimmungstricks, Rücktrittdrohung u.a. an der Macht halten; sowieso sei nur die Hälfte der Organisationen vertreten gewesen und die PLO damit faktisch zerbrochen. Eine neue antisyrische Allianz zwischen Jordanien, Ägypten und PLO bilde sich, Arafat sei beauftragt, mit König Hussein gemeinsame Strategien

für eine Verhandlungslösung auf der Grundlage einer internationalen Konferenz (UNO-Schirmherrschaft) auszuarbeiten, die "Gemäßigten" unter sich.

Die Informationsstelle Palästina in Bonn hat jetzt die politische Resolution und das Schlußkommuniqué des 17. PNR veröffentlicht. Diese Dokumente zeigen, welchen Schwierigkeiten der palästinensische Befreiungskampf gegenwärtig gegenübersteht.

– Zusammensetzung und Teilnahme am PNR:

Der PNR setzt sich zusammen aus Vertretern der acht Widerstandsorganisationen, von zehn Gewerkschafts- und Berufsverbänden und sozialen Organisationen, sowie unabhängigen Persönlichkeiten. Bis kurz vor Eröffnung des PNR war die Teilnahme von 2/3 der Mandatsträger und damit die Beschlüffähigkeit nicht gesichert. Die Gründe für das Nichterscheinen der Mitglieder waren Ausreiseverbote der israelischen Besatzungsmacht, ebenso hinderten syrische Organe einige Mitglieder an der Ausreise, politische Absagen kamen von PNR-Mitgliedern der Volksfront, der Demokratischen Front, Saika und Fatah-Abspaltungen. Das neu gewählte Exekutivkomitee hat von den 15 Sitzen 3 für diese Organisationen freigelassen. Schon einmal, 1972 bis 1978/79 wurde dies so gehabt, als Habasch ("Ableh-



Der Verlust des Zentrums in Beirut trifft die PLO hart.



Auf dem 14. Parteitag der italienischen neofaschistischen Partei MSI konnte Faschistenführer Almirante (rechts) am 1. Dezember den früheren christdemokratischen Parteipräsidenten Piccoli (links) begrüßen. Außer den Christdemokraten waren auch die Liberalen und die – ziemlich rechten – Sozialdemokraten auf dem Faschistentreff durch offizielle Delegationen vertreten. Die Neofaschisten, die bei den letzten Wahlen 6,8% der Stimmen erhalten haben, dienen sich den geschwächten Christdemokraten als mögliche Partner für eine Rechtskoalition gegen die Kommunisten an. Mit Demagogie gegen alles, was die verbreitete Steuerhinterziehung erschweren könnte, sammeln die Faschisten große und kleine Bourgeois. – (ulg)

CHILE: 734 VERBANNUNGEN

Seit der Verhängung des Belagerungszustandes und dem Beginn ihrer großangelegten Razzien insbesondere in den Armenvierteln der Hauptstadt Santiago hat die chilenische Militärjunta unter General Pinochet 734 Gegner ihrer Terrorherrschaft in entlegene Regionen des Landes verbannt. Das meldete am 6.12. die "UZ". Allein am 3. Dezember wurden elf Studenten der Universität von Santiago, die an den kürzlich durchgeführten Demonstrationen gegen die Militärjunta teilgenommen hatten, in entlegene Landesteile verbannt, am 4.12. weitere 58 Gegner der Militärjunta. 427 der Verbanneten werden von der Militärjunta

im Konzentrationslager Pisagua im Norden des Landes gefangengehalten. – (rül)

EG/AKP: LOME III-ABKOMMEN UNTERZEICHNET

Am 8. Dezember ist in Lomé (Togo) das 3. Abkommen zwischen der EG und 66 Entwicklungsländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP) unterzeichnet worden. Als Bedingung für 16,5 Mrd. DM "Entwicklungshilfe" mußten die AKP-Staaten einer "Menschenrechtsklausel" zustimmen, die der EG neue Möglichkeiten der Einmischung eröffnet. Erstmals haben auch Angola und Mosambik unterschrieben, die sich bisher geweigert hatten, die Einbeziehung Westberlins in den EG-Raum anzuerkennen. – (ulg)

nungsfront") aus dem PNR auszog.

Die PLO ist auch jetzt durch das Fernbleiben mehrerer Organisationen nicht gelähmt oder zerstört, trotzdem haben gerade diese Absagen Gewicht: Es geht um die Unabhängigkeit der Beschlußfassung der Palästinenser von arabischen Staaten, um die gegenseitige Nichteinmischung zwischen den arabischen Staaten und der PLO, darum, daß die Palästinenser nicht zur Trumpfkarte arabischer Staaten bei Verhandlungen mit Israel und den USA werden.

Diese Unabhängigkeit unterliegt jedoch immer weniger der freien Entscheidung der Palästinenser: Die finanzielle Abhängigkeit der PLO z.B. von Saudi-Arabien wird durch die Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen der PLO durch Israel im Libanonkrieg immer stärker; etwa 1/3 aller Palästinenser lebt in arabischen Ländern und ist dort je nach politischer Lage oft Repressionen ausgesetzt;

einige palästinensische Befreiungsorganisationen sind von den jeweiligen Gastländern aufgebaut worden. Die finanzielle, politische und militärische Unterstützung der einzelnen Organisationen innerhalb der PLO durch verschiedene Länder ist unterschiedlich stark und führt immer mehr zum gegenseitigen Ausspielen.

Umgekehrt ist die Frage der Einmischung der PLO in die Angelegenheiten der arabischen Staaten ebenfalls ein Streitpunkt zwischen den einzelnen palästinensischen Organisationen, besonders zwischen der Volksfront und der Demokratischen Front einerseits und der Fatah andererseits. Bei der Einschätzung der Massaker in Jordanien 1970, des libanesischen Bürgerkriegs 1975/76 und der Entwicklung im Libanon bis heute geht es darum: Waren die hohen Verluste vermeidbar gewesen durch eine stärkere Einmischung (z.B. durch den Sturz des haschemitischen Königshauses), oder

ÖSTERREICH: KEIN VERKAUF AN FEIERTAGEN!

Mariä Empfängnis ist in Österreich Feiertag. Laut Salzburgs Landeshauptmann Haslauer geben an diesem Tag kauflustige Österreicher 300 Mio. \$ in westdeutschen Kaufhäusern aus. Er fiel dieses Jahr auf den 2. Adventswochenstag. Handelsminister Steger (FPÖ) erteilte deshalb den Handelskapitalisten die Erlaubnis, am 8.12. ihre Geschäfte bis 18 Uhr zu öffnen. Die Gewerkschaft der Privatangestellten hat dagegen mit Flugblattaktionen und Zeitungsanzeigen (Bild) protestiert. Sie hat erreicht, daß in der Steiermark die Geschäfte geschlossen



blieben; in Tirol und Oberösterreich durften insgesamt nur 50 Geschäfte geöffnet sein, in diesen mußte der Verkauf von Angehörigen der Inhaber durchgeführt werden. – (rua)

wurden die Massaker erst durch die Einmischung heraufbeschworen? Auch dem Vorwurf der Kapitulation in Beirut liegt dieser Streit zugrunde. Angesichts der militärischen und politischen Lage der Palästinenser sind das existenzielle strategische Fragen. – **Die Ergebnisse des PNR:**

In der Politischen Resolution wird der bewaffnete Kampf im Widerstand gegen die zionistische Besatzung ausdrücklich肯定iert. Es gibt keinen Freibrief für Verhandlungslösungen etwa in Zusammenhang mit Ägypten oder mit alten jordanischen Plänen.

Unter der Überschrift "Die Grundlage politischer Arbeit auf internationaler Ebene" heißt es: "Der PNR ist der Meinung, daß eine gerechte Lösung der Palästina-Frage und des Nahost-Konflikts auf einer Grundlage beruhen muß, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, sein Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung des nationalen

MASSENSTREIKS IN BANGLADESH

Gegen die Militärregierung in Bangladesch unter General Ershad und das seit 1982 fortbestehende Kriegsrecht riefen Oppositionsparteien in Bangladesch am 6. Dezember zu einem mehrtägigen Streik auf. Massendemonstrationen während des Streiks wurden von der Polizei bewaffnet angegriffen. Die Opposition fordert die Aufhebung des Kriegsrechts und die Durchführung von Parlamentswahlen. Die Regierung machte "ausländische Kräfte" für die Protestaktionen verantwortlich. – (hef)

FASCHISTENTREFFEN IN ATHEN

Mit mehreren Demonstrationen, darunter einer am 4. Dezember mit 4000 Teilnehmern, protestierten griechische Gewerkschafter, Kommunisten, Anarchisten und Antifaschisten gegen eine provokative Tagung faschistischer und rassistischer Mitglieder des Europaparlaments in Athen. Die 14 aus Frankreich und Italien stammenden faschistischen Abgeordneten des Europaparlaments unter Führung des im Algerienkrieg als brutaler Folterer hervorgetretenen Le Pen aus Frankreich versammelten sich vom 4. bis 6.12. im Athener Hotel "Caravel", das seit seiner Eröffnung 1967 unter der griechischen Militärjunta als Treffpunkt von Faschisten in Europa fungiert, um eine "faschistische Internationale" zu bilden. Le Pen benutzte seinen Besuch, um bei der kürzlich gegründeten griechischen faschistischen Partei "Epen" als Ehrenmitglied aufzutreten und die Freilassung der Mitglieder der früheren griechischen Militärjunta zu fordern. Gleichzeitig kündigte er verstärkte Bestrebungen der faschistischen Mitglieder im Eu-

ropäischen Parlament an, faschistische Organisationen auch außerhalb Frankreichs und Italiens zu fördern, unter anderem durch öffentliche Zusammenkünfte in der BRD und in Großbritannien. – (rül)

GROSSBRITANNIEN: KEIN BAFÖG

Nach großen Studentendemonstrationen und Streiks (39000 allein in London) nahm die Regierung Thatcher Anfang Dezember ihre geplanten Änderungen der Studenten-Finanzierung zurück. Zur Zeit erhalten 385000 der 500000 Studenten eine "Grant", und

zwar 1775 Pfund im Jahr (etwa 6500 DM), wenn sie nicht bei ihren Eltern wohnen (in London 2100 Pfund), sonst 1435 Pfund. Erziehungsminister Joseph wollte ein System der "Bedürftigenhilfe" ähnlich dem BAFÖG einführen, bei dem je nach Einkommen die Eltern höhere Zahlungen leisten müssen. Außerdem wollte Joseph Studiengebühren von jährlich mindestens 520 Pfund (etwa 2000 DM) einführen, ebenfalls einkommensabhängig steigerbar bis 4000 Pfund. Die Veränderungen hatte Joseph ausdrücklich mit den Systemen in der Bundesrepublik und Japan begründet. – (hef)



Über 100000 beteiligten sich am 2.12. an der Anti-NATO-Demonstration in Madrid. Aufgerufen hatten zu dieser Demonstration die Vertreter der spanischen Friedensbewegung, der Anti-NATO-Komitees sowie kommunistischer und sozialistischer Organisationen. Die Demonstranten forderten den Austritt Spaniens aus der NATO. Diese bisher größte Anti-NATO-Demonstration fand einen Tag vor dem EG-Gipfel statt. Sie richtete sich damit auch gegen den Versuch der EG und der spanischen Regierung, die EG-Beitrittsverhandlungen als Druckmittel für den Verbleib Spaniens in der NATO einzusetzen. Januar 1986 ist der gegenwärtig geplante EG-Beitrittstermin Spaniens. Für Februar 1986 hat sich die Regierung Gonzales auf die Durchführung eines Referendums zum Verbleib in der NATO festlegen müssen. Alle Meinungsumfragen bescheinigen der spanischen Regierung gegenwärtig eine Niederlage in einem solchen Referendum. Mitte Dezember findet der Parteitag der regierenden spanischen Sozialdemokraten statt, auf dem die Regierung Gonzales diesen Kurs in der eigenen Partei durchsetzen will. – (chc)

palästinensischen Staates auf seinem nationalen palästinensischen Boden garantiert. Der PNR ist ferner der Meinung, daß der geeignete Rahmen zur Verwirklichung dieser Lösung die Einberufung einer internationalen Konferenz durch den UN-Sicherheitsrat unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ist, unter Beteiligung aller betroffenen Parteien auf gleichberechtigter Ebene einschließlich der PLO und auf der Grundlage der UN-Resolutionen zur Palästinafrage. Der PNR bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Ablehnung des Camp David-Abkommens, des Autonomie-Plans, der Initiative des amerikanischen Präsidenten Reagan und aller Pläne und Resolutionen, die unser Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung eines Staates nicht garantieren."

Das Stichwort für jahrelange Auseinandersetzung um dieses Problem heißt "Teilstaatenlösung", d.h. die

Gründung eines palästinensischen Staates auf dem Westjordanland und dem Gazastreifen neben Israel. Die sozialen Grundlagen für die radikale Ablehnung oder Befürwortung scheinen sich eher verschärft zu haben; sie bilden die Grundlage für die gegenwärtige Spaltung der PLO.

Befürwortet wird eine solche Lösung offen von den Bewohnern der seit 1967 von Israel besetzten Gebiete; dort leben ca. 1,2 Mio Palästinenser. Das alte projordanische Lager unter den Notablen (Familien von Großgrundbesitzern, reichen Händlern und wenigen Industriellen) des Westjordanlandes hat seinen politischen Einfluß verloren. Angesichts der israelischen Annektionsbestrebungen, der Landraub- und Siedlungspolitik und der wirtschaftlichen Anbindung an Israel ist für die Bewohner des Westjordanlandes die Beendigung der israelischen Besatzung ein dringendes Ziel. Abgelehnt wird die Gründung eines

palästinensischen Staates auf den seit 1967 besetzten Gebieten von den Palästinensern, deren Familien um 1948 aus dem heutigen Israel vertrieben wurden. Ungefähr 600000 dieser Palästinenser leben noch heute in Flüchtlingslagern vor allem in Syrien, Libanon und Jordanien. Ihnen muß eine solche Verhandlungslösung als Verrat an ihren Interessen erscheinen. Der Schritt zur Ablehnung jeglicher Verhandlungen ist von da nicht groß. Aber auch die Mehrheit derer, die den Sprung aus den Lagern geschafft haben, die sich in anderen Ländern eine eigene Existenz aufgebaut haben (ca. 1 Mio. in arabischen Staaten, 30000 in Europa, USA und Lateinamerika), deren Lebensumstände besser sind als in den Lagern, befürchten, zwangswise in den palästinensischen "Ministaat" abgeschoben und dort dem wirtschaftlichen Ruin ausgesetzt zu werden. Quellenhinweis: Palästina-Bulletin 47-49/84. – (bar)

UNI-VV LEHNT HRG-ENTWURF AB

Regensburg. Anlässlich der bundesweiten Protestwelle gegen die Hochschulrahmengesetz-Novellierung fanden in Regensburg zahlreiche Veranstaltungen statt. Am 28.11. fand eine Uni-VV der Studenten statt. Ein AStA-Referent stellte die geplanten Verschärfungen im Bereich des Hochschulbildungswesen vor, die in Bayern zum Teil schon im BHG enthalten sind (Professorenmehrheit in allen Gremien). Eine Vertreterin des Mittelbaus sprach über die angestrebten Veränderungen in der Personalstruktur (z.B. Doppelmandatsverbot). Sie forderte die Studenten auf, den vom AStA zu organisierenden Widerstand zu unterstützen. Von ca. 300 Studenten wurde eine Resolution an den Senat und Präsidenten verabschiedet, sich gegen die Novellierung auszusprechen und diese nicht an der Uni umzusetzen. In Nürnberg demonstrierten 200 Schüler, Studenten und Arbeiterjugendliche für "das Recht auf Arbeit und Bildung". Außerdem fand noch eine Veranstaltung zur "konservativen Bildungsiedologie" und eine Podiumsdiskussion mit Verttern der CSU, SPD, GEW und des stud. Sprecherrats statt. — (dax)

SOZIALHILFE: AKTIONEN GEGEN ZWANGSARBEIT

Köln. An Allerheiligen und Allerseelen protestierten Sozialhilfeempfänger auf dem größten Kölner Friedhof "Melaten" gegen die Zwangsarbeit, der sie durch die Stadt Köln unterworfen werden. Sie trugen Plakate und verteilten Flugblätter, mit denen sie auf ihre Lage aufmerksam machen. In Köln werden pro Jahr 2000 Sozialhilfeempfänger zu "Gemeinschaftsarbeiten" auf Friedhöfen, in Parks und den Verkehrsbetrieben verpflichtet. Ihr Stundenlohn beträgt 1,50 DM, sie sind weder sozial- noch krankenversichert. Verweigern sie den Arbeitseinsatz, kann die Sozialhilfe gestrichen werden. Die Initiative "Weg mit der Zwangsarbeit" fordert von der Stadt Köln die Beschäftigung der Sozialhilfeempfänger zu tariflichen Bedingungen. Sie wird vom Gesamtpersonalrat und der ÖTV unterstützt. Die Stadt Köln hat sich bisher nur bereiterklärt, auf 35 der 350 Stellen Sozialhilfeempfänger mit Ein-Jahres-Verträgen einzustellen. Die Kölner GRÜNEN haben sich in ihrem Kommunalwahlprogramm ebenfalls gegen die Zwangsarbeit ausgesprochen. Die GRÜNEN im Rat der Stadt Leverkusen haben am 29.11. einen Antrag vorgelegt, in dem sie sich für eine Neuregelung der Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern aussprechen: 1. soll die Beschäftigung bei voller Freiwilligkeit erfolgen; 2. bei vollem Tariflohn; 3. soll verhindert werden, daß so städtische Planstellen besetzt werden. — (rua)



Mit ca. 1000 Teilnehmern fand am 29.11. in Freiburg die nach Hamburg zweitgrößte Demonstration gegen die HRG-Novellierung statt. Zuvor nahmen etwa gleichviel Studenten an einem Hearing zum HRG im Audimax teil. Vertreter der GEW, des Bundes Demokratischer Wissenschaftler, der Landesastenkonferenz und des U-AStA sprachen sich dort gegen die Novellierung aus. — (beh)

BERUFSVERBOTE: SENAT GEGEN BEZIRKS-VV

Westberlin. Die Kreuzberger Bezirks-Verordneten-Versammlung hatte vor ein paar Wochen mit den Stimmen von SPD und Alternativer Liste beschlossen, daß bei Einstellungen in den öffentlichen Dienst in Zukunft kein anderes Beurteilungskriterium gelten sollte als das der fachlichen Qualifikation. Der Senat hob diesen Beschuß kraft Anordnung wieder auf. Senatssprecher Fest: "Wer den Senat bekämpft, gehört nicht in den öffentlichen Dienst." Die Praxis der Aufhebung von Bezirksbeschlüssen wird angewandt, seit der CDU-Senat im Amt ist. Der Senat hält sich Entscheidungen in Sachen Berufverbote in jedem Fall vor, wie auch der Fall einer Juristin zeigt, die vor einigen Wochen vom Justizsenat nicht als Anwältin zugelassen wurde, weil sie an der Besetzung eines leer stehenden Hauses teilgenommen hatte. Die Begründung in diesem Fall war laut Justizsenator Oxford "die Unwürdigkeit der Juristin" für den Beruf des Rechtsanwaltes. — (brr)

AStA-PROZESS GEPLATZT

Göttingen. Der Prozeß gegen vier AStA-Vorsitzende bzw. Finanzreferenten der Amtsperiode 81/83 wird nach sechs Verhandlungstagen wegen "geringer Schuld" eingestellt. Drei der vier Angeklagten haben eine Geldbuße von 600 DM an das (selbstverwaltete) Göttinger Frauenhaus zu zahlen. Das Gericht sah sich schon nicht in der Lage, den Unterschied zwischen "allgemeinpolitischem" und "hochschulpolitischem" Mandat zu definieren. Dazu kamen jede Menge Beweisschwierigkeiten, die die Staatsanwaltschaft der Universitätsverwaltung anlastet, da diese nur "sporadische Kontrollen" durchgeführt habe. Nach dem Prozeß kommt es zur öffentlichen Kontroverse.

se zwischen Universität und Staatsanwaltschaft. Aus der Lokalpresse: "Uni weist den Vorwurf der Staatsanwaltschaft hart zurück". Wenn der Ausgang des Prozesses auch ein Erfolg ist, bleibt doch übrig, daß dem AStA politische Äußerungen verboten wurden. — (job)

KEINEN ZWEITEN BAUERNVERBAND

Flensburg Am 24./25.11. fand in Schmallenberg, Sauerland die Bundesmitgliederversammlung der "Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - Bauernblatt" (ABL) statt. Eines der Hauptthemen war das Verhältnis zum Bauernverband. Viele waren dafür, die Arbeitsgemeinschaft in einen zweiten Berufsverband umzuwandeln, zum Teil auch ältere Bauern, die nach langjährigen Auseinandersetzungen schließlich aus dem Bauernverband ausgetreten sind. Die Mehrheit entschied sich dann aber dagegen, weil das die Organisation im Moment nicht weiter bringen würde. Die Gefahr wäre groß, daß dabei Kräfte in Auseinandersetzungen verschlissen würden, wo es gar nicht nötig ist. Im vergangenen Jahr war die Hauptaufgabe der ABL die Unterstützung beim Aufbau der "Schutzgemeinschaft gegen die Milchkontingentierung". An den Versammlungen der Schutzgemeinschaft nahmen bundesweit ca. 25000 Bauern teil. Im kommenden Jahr wird es vor allem darum gehen, die ABL im ganzen Bundesgebiet gleichmäßiger aufzubauen und Mitglieder zu werben. Ganz besonders bei der Gründung neuer Arbeitskreise soll die Betreuung verbessert werden. Neben der weiteren Ausarbeitung des Systems gestaffelter Preise auf dem Milchsektor wird in diesem Jahr auch verstärkt in den Bereichen Schweinehaltung und Ackerbau gearbeitet. — (hei)

HVV-Fahrpreiserhöhung**WOHIN GEHT DAS GELD –
STELLUNG DER POLITISCHEN KRÄFTE DAZU**

Hamburg. Am 19. Dezember wird in der Hamburger Bürgerschaft die SPD-Fraktion die Erhöhung der Fahrpreise für den Hamburger Verkehrsverbund (HVV) um durchschnittlich 4,4% ab 1. Januar 1985 beschließen. Der Senat begründet diese Erhöhung mit steigenden "Kosten" und mit dem sogenannten Kostendeckungsgrad. Grundsätzliche Auffassung des Senats ist, daß circa 65% der Kosten des HVVs gedeckt sein sollen – im wesentlichen durch die Fahrpreise, die zur Zeit ungefähr 85% der Einnahmen ausmachen. In 1984 erwartet er einen Kostendeckungsgrad von 61,8%, für 1985 mit Erhöhung 60,7%, bzw. ohne 58,8%.

Für den Senat ist der HVV im Kern ein "normales Wirtschaftsunternehmen", das "zum Nutzen der Bevölkerung eine möglichst zweckmäßige und wirtschaftliche Bedienung des öffentlichen Personennahverkehrs im Hamburger Verkehrsraum" verwirklichen und nach "unternehmerischen Grundsätzen" arbeiten soll. Daß bei solcher Auffassung des öffentlichen Personennahverkehrs (öPNV) die Interessen der Lohnabhängigen, die die Masse der Fahrgäste stellen, nach ausreichenden und billigen Transportmöglichkeiten auf der Strecke bleiben, ist genauso "natürlich". Die "anzustrebenden" 65% Kostendeckungsgrad stellen lediglich das vorläufige Ergebnis von politischen Auseinandersetzungen zwischen Kapitalisten und Lohnabhängigen dar. Sachliche, ökonomische Gründe für ausgerechnet diesen Kostendeckungsgrad gibt es nicht.

Das Argument der Kostendeckung soll immer nur dazu dienen, die Lohnabhängigen noch mehr an der Finanzierung des öPNV zu beteiligen. Eine Aufschlüsselung der Kosten des HVV ergibt:

1. Der Anteil der Stromkosten

wächst ständig, er beträgt z. Zt. 45,5 Mio. DM – bezahlt wird an die Stadt!

2. Auf die Einnahmen wird noch mal 7% Mehrwertsteuer gezahlt, 1984 34,5 Mio. DM. – Wohlgernekt bezieht sich der Kostendeckungsgrad auf die Einnahmen nach der Versteuerung.

3. Ein deutlich größerer Brocken ist der Kapitaldienst, d.h. Zinsen und Tilgung für die Banken, 1984 136,6 Mio. DM. Daß es den Banken überhaupt gestattet ist, den öPNV als Anlage- und Verwertungsbereich zu benutzen, ist überhaupt nicht selbstverständlich.

Vergleichen wir die Steigerungen dieser drei Kostenarten von 1983 auf 1984 (13,7 Mio. DM) mit den Mehreinnahmen durch die geplante Erhöhung (19,7 Mio. DM), so ergibt sich: 70% der geplanten Erhöhung werden gezahlt für Erhöhungen, die die Stadt Hamburg bzw. der Bundesstaat bzw. die Banken kassieren.

Mit der geplanten Erhöhung macht die Hamburger SPD ein gewisses "Zu-

geständnis" an die "aktuelle Marktlage" – hohe Arbeitslosigkeit und seit längerem sinkendes Realeinkommen der Lohnabhängigen: Mehr sei "am Markt" nicht "durchsetzbar". Zu Recht kritisiert die GAL-Fraktion diese Haltung ("Für den Senat habe ... leider die Kostendeckung erste Priorität." – Und nicht "der Mensch"). Sie lehnt die Erhöhung ab und hat dagegen einen eigenen Tarifvorschlag in die Bürgerschaft eingebracht, der wohl im Januar behandelt wird: Der öPNV ist "kurzfristig durch eine billige und einfache Tarifstruktur und mittelfristig durch einen Nulltarif attraktiver zu machen". Die geforderte "Umweltkarte" ist mit 50 DM bzw. 25 DM (500 DM / 250 DM im Jahr) für Kinder, Schüler usw. zwischen 16,5% und 75,7% billiger als die bestehenden Monatskarten und soll übertragbar sein. Cirka 71% aller Fahrgäste (1983) ständen sich damit besser. Leider hat sich der DGB oder eine Einzelgewerkschaft zu den geplanten Erhöhungen nicht geäußert. Es wäre nützlich, wenn sie das zu dem GAL-Vorschlag täten.

Quellenhinweis: Bürgerschaftsdrucksachen 11/3102, 11/3230, 11/3421; HVV-Geschäftsbericht 1983; GAL-Pressemitteilung, 22.11.84. – (how)



Busfahrer beim HVV: Harte Arbeit, wechselnde Schichten, Fahrplanfahren auch im Berufsverkehr – aber wenig Lohn.

**VERWEIGERUNGSTAGE
IN HESSEN**

Frankfurt. Die Verweigerungstage in Hessen im Rahmen der Kampagne "Verweigert jetzt!" hatten Schwerpunkte in Kassel und Wiesbaden; in Marburg und Gießen fanden kleinere Aktionen statt. In Kassel wurde die Besichtigung eines unterirdischen Hilfskrankenhauses durchgeführt. Ein Fackelzug sowie eine Mahnwache vor dem Kasseler Rathaus fanden statt. Die DFG/VK versucht in Zusammenarbeit mit den örtlichen Friedensinitiativen, die Stadtverordnetenversammlung zu Stellungnahmen gegen die Kriegsvorbereitungen auf kommunaler Ebene zu bewegen. Als

Schwerpunkt soll hier die Steuerboykottkampagne stärker verankert werden. In Wiesbaden wurde am 21.11. das airland-battle-Konzept angegriffen und im Rahmen einer Demonstration und Kundgebung dargelegt, daß die "lance"-Atomraketen, die in Wiesbaden gelagert sind, bei dem confident-enterprise-Manöver 1982 bereits im Zuge der Übung der atomaren Vernichtung des Vogelsbergs und Spessarts eingesetzt wurde. Diese Raketen samt Sprengköpfen lagern direkt neben einem Krankenhaus, was der Genfer Konvention widerspricht. Das wissen natürlich alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung und sind in den 70er Jahren während des

Krankenhausbaus neben der Kaserne zwar formal dagegen aufgetreten, haben den Standort aber nicht verhindert. Dies hatte der DGB-Kreisvorsitzende H. SCHNEIDER auf der Versammlung berichtet. Gegen die Lagerung dieser Raketen sowie den Einsatz von Kampfhubschraubern wurde versucht, die Einfahrt der Kasernenanlage symbolisch (mit Leuten und Sandwiches) zu vermauern, was unter Androhung eines massiven Polizeieinsatzes verhindert wurde. Jetzt richten die Träger der "Verweigert jetzt!"-Kampagne an die Stadtverordnetenversammlung die Forderung, darauf hinzuwirken, daß die Stationierung aller Atomwaffen in Wiesbaden rückgängig gemacht wird.

Bayerisches Personalvertretungsgesetz

ÖTV-GLIEDERUNGEN DISKUTIEREN FORDERUNGEN FÜR EINEN NOVELLIERUNGSENTWURF

München. Wie bereits gemeldet arbeiten verschiedene Gliederungen des bayerischen DGB an einem Novellierungsentwurf zum Bayerischen Personalvertretungsgesetz (s. Polit. Berichte 16/84). Gegenwärtig können wir uns in einer ersten Beurteilung auf Forderungen beziehen, die von einem ÖTV-Bezirksvorstand beschlossen wurden und nun auf Personalrätekonferenzen diskutiert werden sollen.

Gegenüber der besonders ausländerfeindlichen Ausgestaltung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes erhebt der ÖTV-Bezirksvorstand die Forderung "aktives und passives Wahlrecht für ausländische Arbeitnehmer". Diese Forderung ist richtig und muß unterstützt werden. Die ausländischen Arbeiter und Angestellten haben nicht das Recht, einen Personalrat aus ihren Reihen zu wählen und damit günstigere Bedingungen herzustellen in der betrieblichen Auseinandersetzung mit den Dienstherren.

Jedoch nicht diese Art der Interessenvertretung war für die Politiker des Bayerischen Landtags der Grund für diese Entrechtung, sondern "wegen des besonderen Sicherheitsbedürfnisses weiter Bereiche des öffentlichen Dienstes hat der Gesetzgeber den ausländischen Beschäftigten das passive Wahlrecht ... nicht eingeräumt", heißt die verbreitete Begründungsversion. Diese Art von Begründung verwenden die staatlichen Dienstherren allerdings auch bei Entlassungsverfahren gegenüber Leuten, die sich zum Sozialismus bekennen und die kapitalistische Gesellschaft nicht als ewigen Gesellschaftszustand anerkennen wollen. Mit dieser dienstherrlichen Argumentation stellen die ausländischen Arbeiter und Angestellten ein Sicherheitsrisiko dar, werden jedoch im Gegensatz zu Kommunisten nicht entlassen, sondern mit besonders dreckiger Arbeit ausgenutzt. Dies ist auch der Grund dafür, weshalb diese Arbeiter und Angestellten einen Personalrat aus ihren Reihen haben müssen und nicht vom Putzkolonnen-dienststellenleiter vertreten werden können.

Eine weitere diskriminierte Beschäftigtengruppe sind die Jugendlichen, die zwar über ihre Kräfte hinaus zupacken müssen, jedoch nicht die gleichen Personalvertretungsrechte besitzen wie ihre älteren Kollegen. Diese spalterische Schlechterstellung der Jugendlichen will der ÖTV-Bezirksvorstand beseitigt wissen und fordert deshalb: "Jugendliche sollen Wahlrecht für Personalrat bekommen" und "gesamte Jugendvertretung darf an Personalratssitzungen teil-

nehmen und abstimmen".

Der ÖTV-Bezirksvorstand hat in seinen Forderungskatalog aufgenommen, "das Verbot der parteipolitischen Betätigung ist zu streichen". Das galt bisher auch nicht für den einzelnen Personalrat als Beschäftigter der Dienststelle XY, sondern nur gegenüber der Dienststellenleitung und der Personalvertretung insgesamt. Seit die CDU/CSU/FDP-Regierung – ohne Frage "parteipolitisch" durchdrungen und geleitet – die Geschicke des öffentlichen Dienstes bestimmt, ist dem ÖTV-Bezirksvorstand deutlicher als bislang vor Augen geführt worden, wessen Kind dieses "Verbot der parteipolitischen Betätigung" tatsächlich ist. Mit diesem Verbot konfrontiert, müssen die Personalvertretungen politische Beschlüsse von Parlamenten und Regierungen erst-



Münchner Rathausverwalter: "Ob nach der Dienstzeit, an Samstagen, auch sonn- und feiertags ... das muß man doch einmal würdigen"

mal schlucken und auf besseres politisches Wetter warten. Erfreulicherweise haben diese geduckte Stellung nun einige ÖTV-Mitglieder satt und wollen daraus Konsequenzen ziehen.

Im Artikel 75 Absatz 4 steht geschrieben: "Soweit Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen üblicherweise durch Tarifvertrag geregelt werden, sind Dienstvereinbarungen nicht zulässig. Dies gilt nicht, wenn ein Tarifvertrag den Abschluß ergänzender Dienstvereinbarungen ausdrücklich zuläßt." Gegenüber dieser Verbotsklausel zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen will der ÖTV-Bezirksvorstand die Kräfte einzelner Personalvertretungen in die Waagschale werfen und stellt deshalb die Forderungen auf:

"Dienstvereinbarungen, die über

einen Tarifvertrag hinausgehen, sollen zulässig sein" und "Personalrat soll Arbeitsplätze ansehen und überwachen dürfen" sowie "Mitwirkung des Personalrates soll geändert werden in Mitbestimmung bei Ausgestaltung des Arbeitsvertrages, Versetzungen, Streichungen von Zulagen". Diese Forderungen sind ebenfalls richtig und müssen unterstützt werden.

Wie stehts nun mit den Erfolgsaussichten dieser Gesetzesnovellierung? Die Mehrheitsverhältnisse im Bayerischen Landtag zugunsten der CSU sind gegenwärtig stabil und die CSU für dieses Vorhaben nicht gewinnbar. Die SPD kann wahrscheinlich für diese Gesetzesnovellierung gewonnen werden, jedoch reicht dies nicht aus. Ohne Unterstützung durch die Grünen, die gegenwärtig nicht im Bayerischen Landtag vertreten sind, wird also nichts gehen. Die Konsequenz daraus kann nur darin bestehen, daß eine längerfristige Kampagne ins Auge gefaßt wird zur Popularisierung dieser Forderungen – insbesondere der Kampf gegen die Diskriminierung der ausländischen Arbeiter und Angestellten.

Quellenhinweis: Bayerisches Personalvertretungsgesetz 1974, Forderungen des ÖTV-Bezirksvorstandes München. – (dil)

HBV/Buchhandel-Verlage RATIONALISIERUNGSSCHUTZ IST NÖTIG

München. Bereits vor drei Jahren hatten die bayerischen Fachgruppen aus Buchhandel und Verlagen eine Forderung für ein Rationalisierungsschutzabkommen ausgearbeitet und dem Unternehmerverband vorgelegt. Es kam damals zu einer Verhandlung, die Kapitalisten äußerten ihr Desinteresse an einem solchen Tarifvertrag. Wegen der noch nicht weit fortgeschrittenen Rationalisierung in den Betrieben war es vor drei Jahren noch nicht möglich, genügend Kollegen zum aktiven Einsatz für Forderungen, etwa zum Gesundheitsschutz in der EDV, zu gewinnen. Drei Jahre lang hatten die Kapitalisten dadurch freie Hand bei der Einführung und Durchsetzung neuer Arbeitstechniken. In den Verlagen sind die Auslieferungsbereiche, aber auch schon Redaktionen und Lektorate, inzwischen auf EDV umgestellt. In den Buchhandlungen wurden einzelne Bereiche rationalisiert, es gibt aber auch Läden mit bis zu zwölf Bildschirmen und der Planung, diese an eine Datenkasse anzuschließen, wodurch der gesamte Bereich von Lagerhaltung, Verkauf und Bestellwesen wirkungsvoll zu rationalisieren ist.

In monatelangen Diskussionen ha-

ben die Fachgruppen nun einen neuen Forderungskatalog erarbeitet und beschlossen, den Kampf um ein Rationalisierungsschutzabkommen erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Man einigte sich auf folgende Schwerpunkte: frühzeitige und umfassende Information, keinerlei Maßnahmen während der Beratungen zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat. Mischarbeitsplätze, höchstens die Hälfte der täglichen Arbeitszeit darf an der EDV verbracht werden. Verbot von maschinellem Leistungs- und Verhaltenskontrolle. Verpflichtung des Kapitalisten zu Maßnahmen, die gesundheitliche Schäden durch räumliche Verhältnisse, Beleuchtung, mangelhafte Qualität des Sichtgeräts und ähnliches ausschließen. Vereinbarung eines Stellenplans, in dem Arbeitsleistung und Arbeitsplatzbesetzung festgelegt werden. Umschulungsmaßnahmen, notfalls Versetzung bei Erhalt der Tarifgruppe, im äußersten Fall hohe Entschädigungszahlungen bei Wegfall des Arbeitsplatzes durch Rationalisierung.

Im Januar beginnen die Verhandlungen. Sie haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn es gelingt, auch diejenigen Beschäftigten in die Aktionseinheit einzubeziehen, die persönlich noch keine negativen Erfahrungen mit Rationalisierung durch EDV haben. — (jur)

Druckindustrie UMSETZUNG DER LOHNSTRUKTUR

Speyer. In einem Aushang (20.11.84) gab der Betriebsrat bekannt, daß die Eingruppierungsverhandlungen nach dem neuen Lohnrahmentarifvertrag am 19.11.84 abgeschlossen wurden. Während den gesamten Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung fanden keine Betriebs- oder Abteilungsversammlungen statt.

Klambt ist eine Akzidenz-, Buch-, Tief- und Offsetdruckerei mit insgesamt ca. 500 Beschäftigten. Die Zahl der gewerblichen Arbeiter beträgt 340, davon 192 Facharbeiter und 148 Hilfskräfte. In der Abteilung Fertigmacherei (Endfertigung) arbeiten größtenteils Hilfskräfte, die auch als Maschinenführer arbeiten. Sie wurden in die neue Lohngruppe IV = 12,51 DM pro Std. und 90 % vom Facharbeiter-Ecklohn (vorher je zur Hälfte in LG IV = 11,96 DM/Std. und 85 % vom FA-Ecklohn, sowie in LG V = 12,37 DM/Std. und 90 % vom FA-Ecklohn) eingestuft, weil, so die Geschäftsleitung, jede Maschine nur eine Bearbeitungsstation darstelle. Alle anderen Hilfskräfte in der Abteilung wurden in die Lohngruppe III = 12,10 DM/Std. und 87 % vom FA-Ecklohn eingestuft (vorher in LG IV =

11,96 DM/Std. und 85 % vom FA-Ecklohn). Hier wurden die Möglichkeiten vom Betriebsrat nicht voll ausgeschöpft. Bei der Jäger-Druck GmbH wurden z.B. die angelernten Hilfskräfte der Buchbinderei alle in die Lohngruppe V (FA-Ecklohn mit 100 %, 13,90 DM/Std.) eingestuft.

Bei Klambt wurden 232 Arbeiter höhergruppiert, das sind 68,2 %. Ihre bisherige Lohngruppe behielten 93 Beschäftigte (27,3 %), d.h. wer in der alten Lohngruppe V mit 89 % vom Ecklohn war, ist jetzt in der neuen Lohngruppe IV mit 90 % vom Ecklohn. Alle Facharbeiter wurden im Durchschnitt höhergruppiert. Hilfskräfte an den Rotationen im Tief- und Offsetdruck sind in der Zwischenstufe mit 95 % vom Ecklohn eingruppiert. Die Übertarife wurden mit dem neuen Tarif verrechnet. In 15 Fällen konnte der bisherige Tarif nicht gesichert werden, es wurde abgruppiert. Der Betriebsrat schreibt in seinem Aushang, daß es für die 15 Betroffenen "aber keinen Effektivlohnverlust" bis zum 31. März 1986 gäbe. Inzwischen haben sich fünf von den 15 Arbeitern beim Betriebsrat beschwert und forderten ihn auf, für sie nochmals zu verhandeln. Der Betriebsrat will mit der Geschäftsleitung über diese fünf Fälle nochmal verhandeln und versuchen, diese höherzugruppieren.

Bei der Rheinpfalz in Ludwigshafen, einer Zeitungsdruckerei mit dem Verbreitungsgebiet Vorder- und Westpfalz, wurde bereits im Oktober abgeschlossen. Dort wurden alle Facharbeiter durchschnittlich eine Lohngruppe höher eingestuft, ausgenommen die ca. 15 Arbeiter in der Montage. Dort meinte der Betriebsrat, daß das Merkmal der Verantwortung für die Höhergruppierung fehle. Die Übertarife von bis zu 1,80 DM/Std. konnten hier abgesichert werden. Die Rotationsarbeiter wurden ebenfalls wie bei Klambt bei 95 % eingruppiert. Alle übrigen Hilfsarbeiter (Männer wie Frauen) wurden in die Lohngruppe IV mit 90 % des Ecklohnes eingestuft. — (urb)

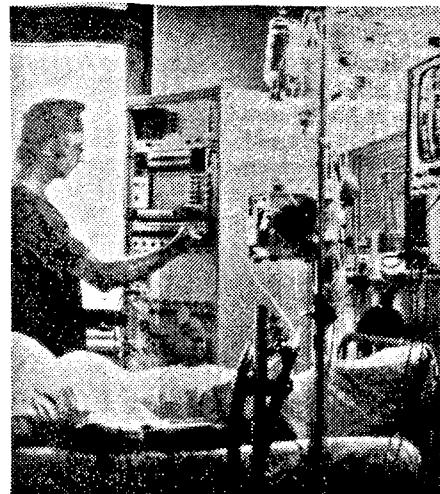
Krankenhauskostendämpfung KONZERTIERTE AKTION GEGEN BESCHÄFTIGTE

Mannheim. 1982 klagten die Mannheimer Krankenkassen unter Führung der AOK gegen den Pflegesatz des Klinikums der Stadt: 20 Mio. DM sollen jährlich im Klinikum eingespart werden. Das sind ca 10 % der Gesamtausgaben 1982. Die Klage wurde zurückgezogen, dafür ordnete das Regierungspräsidium eine Wirtschaftlichkeitsprüfung an. Diese wird seit nunmehr eineinhalb Jahren von der Firma Ernst & Whinney durchgeführt.

Als Grundlage werden Richtzahlen

für Krankenhausleistungen genommen, die die Landesregierung in Richtlinien vorgegeben hat, sowie die Anhaltszahlen von 1969 für den pflegerischen und ärztlichen Dienst.

Über den genauen Ablauf der Prüfung, die nicht abteilungsweise, sondern global je Klinik durchgeführt wurde, gab es für die Belegschaft nur wenige, meist allgemeine Informationen. Daß es überhaupt Informationen gab, ist der Initiative des Personalrats zu verdanken, der jedoch bei der Prüfung keinerlei Mitbestimmungsrechte hat. So wurde bekannt, daß Ernst &



Intensivstation Mannheim: massive Stellenstreichung wird befürchtet.

Whinney insgesamt 4-500 Stellen in Frage stellt. Im Reinigungsdienst handelt es sich etwa um 70 Planstellen (etwa 1/3 der jetzigen Stellen), im Pflege- und Funktionsdienst sollen es ca 230 sein (das wären knapp 20 % der Planstellen). Es ist klar, daß die Folgen solcher Einsparungen extremste Mehrarbeit bedeuten, mit einer massiven Verschlechterung der Hygiene, der medizinischen und der pflegerischen Versorgung verbunden.

Welche Positionen werden von den Beteiligten vertreten?

ÖTV und Personalrat sind grundsätzlich gegen jede Einsparung; Mitbestimmung oder andere rechtliche Möglichkeiten gibt es bei dieser Prüfung aber nicht.

Die Stadt, der Krankenhausträger, ist grundsätzlich für Einsparungen. Sie befürchtet aber, daß das Prüfergebnis nicht haltbar sein wird und spricht bereits jetzt von einem Gengutachten. Dabei wird nichts anderes herauskommen, weil dieselben Richtzahlen zugrundegelegt werden. Das propagandistische Versprechen der Stadt, es werde niemand entlassen, ist lächerlich. Bereits jetzt werden freiwerdende Stellen kaum wiederbesetzt. Sehr kompliziert wird die Auseinandersetzung durch die Haltung der Arbeitnehmervertreter in der AOK, die sich nicht gegen die Einsparungen stellen. — (kab)

Böhringer Mannheim GmbH

GUTE GESCHÄFTE MIT BILLIGER LEIHARBEIT

Mannheim. Die Boehringer Mannheim GmbH (BM) ist mit rund 4700 Beschäftigten im Hauptwerk Mannheim das größte Pharma-Unternehmen in Baden-Württemberg. Bundesweit sind es 1983 etwa 6500 Beschäftigte. Der Jahresumsatz betrug 1983 zusammen mit den inländischen Tochtergesellschaften 1,3 Mrd. DM. Das bedeutet eine Steigerung von 5,8% gegenüber 1982. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hat der Umsatz von relativ neuen Produkten der Boehringer Mannheim GmbH.

Es handelt sich dabei um Teststreifen, Reagenzien und Analysegeräte. Der Einsatz dieser Mittel bietet schärfste Rationalisierungsmöglichkeiten in den Arztpraxen und in den

pässe auftraten. In dem weltweit bedeutenden und nach wie vor expansiven Markt der Diabetes-Selbstkontrolle nimmt der Wettbewerb durch potente Konkurrenten rasch zu."

Wie wurde dieses Ergebnis beim Gesamtumsatz erzielt? Die Aussichten auf wachsende und hohe Profite und die Existenz schärfster Konkurrenz wie Kodak, Ames/Bayer und Fuji auf dem Weltmarkt veranlaßten die BM-Geschäftsführung im Bereich "Instrumente", d.h. in der Geräteproduktion und -entwicklung zu einer bei Boehringer Mannheim bis dahin unbekannt rigorosen Personalpolitik: mit Leasing- und Zeitverträgen wurde ein "Personalvorrat" geschaffen, der bei erhöhter Nachfrage beliebig einge-



"Reflocheck"-Montage im Werk Leasingarbeiterinnen und Aushilfen.

medizinischen Großlabors der Krankenhäuser. Durch die Kombination von Biochemie und Mikroprozessortechnik werden viele Zwischenschritte z.B. zur Bestimmung des Blutzuckergehaltes etwa bei der Zuckerkrankheit überflüssig gemacht. So wird ein Tropfen Vollblut auf den entsprechenden Teststreifen gegeben und in das Gerät "Reflocheck" eingeschoben. Nach ungefähr zwei Minuten wird die Auswertung am Gerät angezeigt.

Im Geschäftsbericht 1983 heißt es dazu: "Besonders erfolgreich waren 1983 die in den letzten Jahren eingeführten Blutteststreifen, insbesondere Haemo-Gluko-Test 20-800 für die Diabetes-Selbstkontrolle. Die neuen, bedienungssicheren Geräte 'Reflolux/Accucheck' und 'Reflocheck' verzeichneten 1983 eine so starke, die Erwartungen weit übertreffende Nachfrage, daß zeitweise Liefereng-

Mannheim/Rheinau: Hauptsächlich

setzt und bei rückläufigem Absatz "abgebaut" werden konnte.

So bestand die Fertigung Mitte 1983 aus ca. 20 Beschäftigten, von denen etwa die Hälfte Frauen und mit Montage- und Lötarbeiten im Autoclix- und Reflocheckbereich beschäftigt waren. Bis ins erste Quartal 1984 hinein wurden ständig Aushilfen mit Zeitverträgen zwischen vier Wochen und drei Monaten in allen Fertigungsabschnitten eingestellt. Bei den angelernten Arbeiterinnen wurden Leiharbeiterinnen der Firma Bartel, Ludwigshafen, eingestellt. Innerhalb von neun Monaten wurden ca. vierzig Frauen als Leasingkraft durch die Fertigung geschleust, ein Teil wurde zweimal oder sogar dreimal eingesetzt. Die Leasing-Frauen erhielten von Bartel einen Stundenlohn von 8 DM brutto. Die Kolleginnen mit BM-Vertrag, die die gleiche Arbeit mach-

ten, erhielten mindestens 11,03 DM brutto (Chemietarif, LG I, 1983).

Als im 1. Quartal 1984 das Nebeneinander von Überstunden, Aushilfen und Leiharbeit zum Dauerzustand in der Fertigung "Instrumente" wurde, widersprach der Betriebsrat der weiteren Beschäftigung von Leasingkräften: Es liege eine Benachteiligung vor; bei den Leasingkräften in der schlechteren Bezahlung, bei den Stammbeschäftigten dadurch, daß sie die Leiharbeiterinnen immer wieder neu einzarbeiten müssen.

— Nach der gültigen Rechtssprechung sind Leiharbeitnehmer im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) dem Betriebsrat des entliehenden Unternehmens zu melden. (Dies fällt unter § 99 BetrVG.: Personelle Einzelmaßnahmen). Der gleiche Paragraph verbietet eine personelle Einzelmaßnahme, z.B. Einstellung, wenn dadurch der Einzustellende oder die im Betrieb befindlichen Arbeitnehmer benachteiligt werden.

Leiharbeiter und Aushilfen wurden nur noch als Urlaubs-, Schwangerschafts- und Krankheitsvertretung genehmigt. Gleichzeitig wurde die Vorlage einer klaren Personalplanung im Bereich "Instrumente" beantragt. Dieses Vorgehen diffamierte die Abteilungsleitung als "Gefährdung der Stammarbeitsplätze durch den Betriebsrat". Der Betriebsrat forderte daraufhin eine Abteilungsversammlung zwecks Information der Belegschaft. Sie fand Ende Juni 1984 statt.

Das Vorgehen des Betriebsrats hat die Geschäftsführung gezwungen, mehrere Frauen aus dem Leiharbeitsverhältnis in unbefristete BM-Arbeitsverträge zu übernehmen. Aufgrund der bereits erfolgten Einarbeitung der Frauen während der Leasingzeit mußte sie außerdem statt Lohngruppe I die Lohngruppe II gewähren.

Bei Inkrafttreten des "Beschäftigungsförderungsgesetzes" ab 1.1.85, wonach Leiharbeitnehmer bis zu sechs Monaten ununterbrochen eingesetzt werden können und Zeitverträge in Kettenarbeitsverträge über mehrere Jahre hin umgewandelt werden können, werden Möglichkeiten der Betriebsräte, aufgrund des Betriebsverfassungsgesetzes einzuschreiten, erheblich eingeschränkt. Umso notwendiger wird die Aufklärung über die spalterische Wirkung derart unsicherer Arbeitsverhältnisse in den "Stammbelegschaften". Auf betrieblicher Ebene sollten die Möglichkeiten, Betriebsvereinbarungen zur Eindämmung derartiger Beschäftigungsverhältnisse abzuschließen, geprüft werden.

Wichtige und nützliche Hinweise hierfür liefert das Buch "Leiharbeit und betriebliche Interessenvertretung" aus der Reihe "Zur Sache", erschienen im "Bund-Verlag", 1981. — (ams)

Landwirtschaft**AKTIONEN GEGEN
MILCH-QUOTEN**

Wesermarsch/Bremen. In der Wesermarsch hat sich eine "Schutzgemeinschaft gegen die Milchkontingentierung" der Europäischen Gemeinschaft gebildet, der über 1000 Bauern angehören. Die Bauern in der Wesermarsch sind von der EG-Milchquotenregelung besonders betroffen, da sie fast ausschließlich über reine Milchbetriebe (Grünlandbetriebe) und nicht über Mischbetriebe verfügen. Protestversammlungen, die überfüllt waren, wurden durchgeführt, Straßen in der Umgegend mit Kühen blockiert und die Autofahrer informiert. Dabei wurde auch der Parlamentarische Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium von Geldern (CDU) "gekidnappt", er mußte eine Delegation nach Bonn zulassen, der er aber keinerlei Zusagen machte. Van Geldern selbst kommt aus der Wesermarsch, er hat dort seinen Wahlkreis, dies ist "seine Heimat", wie er sagt.

Anlässlich einer Rundfunksendung brachten mehrere Bauern Beispiele der Auswirkung der EG-Milchquotenregelung auf kleine und mittlere Bauern, so Gerd Koldewey, Mitglied der "Schutzgemeinschaft". Er hat 1983 mit der Wirtschaft angefangen und wird jetzt mit sieben bis acht Kühen "festgefroren". Als errechnetem Jahresverdienst bleiben ihm 150 DM; er müßte in einem halben Jahr aufgeben. Ein anderer Bauer hat vor einigen Jahren 200000 DM auf Kredit investiert, jetzt kann er nicht mehr ausreichend Kühe melken, aufgrund derer sich die Investitionen lohnen würden. Eine Bauernfamilie zog aus Ostfriesland zu und hat 14 Kühe im Bestand, nach der neuen Verordnung können nur noch vier Kühe gemolken werden. Weiter ist die Perspektive für neuangangende Bauern ungeklärt.

Der Vorschlag der "Schutzgemeinschaft gegen die EG-Milchkontingentierung" lautet: Grundsätzlich sind die Betroffenen nicht gegen den Abbau von Überschüssen, wenn Abbau, dann nicht zu Lasten der kleinen und mittleren Bauern. Die Milchquote soll 5000 kg/Liter je Hektar betragen. Der Vorteil wäre nach Feststellung der "Schutzgemeinschaft": Die Produktion ist bodengebunden, Pachtmarkt- und Härtefallregelungen entfallen ganz, der Boden würde ökologisch sinnvoll genutzt. Der Sprecher des örtlichen Bauernverbandes unterstützt den Vorschlag, lehnt aber die Höhe der Quote ab. Staatssekretär van Geldern lehnt die Forderung generell ab, da dies "wieder zu Überproduktion führen würde". Van Geldern drohte gleichzeitig mit einer Freigabe des Milchpreises, der dann rapide sinken würde.



Bauernprotest gegen die Europawahl, Bild: Eutin.

Zu den Wahlen der Landwirtschaftskammer Weser-Ems hatte die "Schutzgemeinschaft gegen die EG-Milchquotenkontingentierung" einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der eine große Anzahl von Stimmen bekam. Gerd Koldewey von der Schutzgemeinschaft betonte: "Entscheidend ist der tagtägliche Widerstand vor Ort." Zum Abschluß der Rundfunkreportage fragte der Reporter die anwesenden Landwirte, was sie von Geldern mit nach Bonn geben würden. Die Antworten lauteten u.a.: "Er soll zurücktreten", "den Vorschlag der Schutzgemeinschaft überprüfen", und "die CDU sollte wieder eine starke Opposition bilden". — (gef)

Jugend**AKTIONEN GEGEN
HRG-NOVELLE**

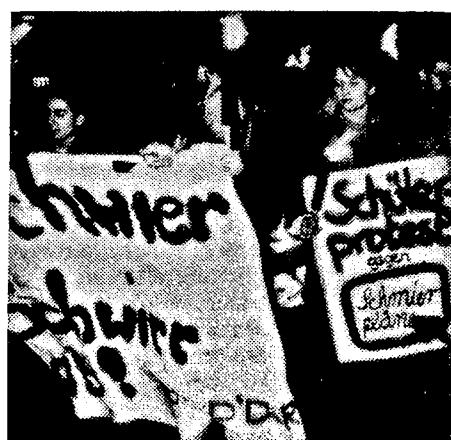
Dortmund. Bundesweit fanden in der letzten Novemberwoche Aktionen und Veranstaltungen für das Recht auf Bildung, gegen Jugendarbeitslosigkeit und den Abbau des Jugendarbeitsschutzes, gegen BaFG-Kürzungen und gegen die geplante HRG-Novellierung statt. Träger der Aktionen waren Schüler- und Studentenvertretungen und die Jugendausschüsse der Gewerkschaften. Die Aktionswoche ging mit Demonstrationen und/oder Kundgebungen in 20 Städten zuende, an denen sich nach Angaben der UZ insgesamt 30000 Lehrlinge, Schüler und Studenten beteiligten. In Nordrhein-Westfalen nahmen an den Demonstrationen in Münster und Dortmund jeweils 600 teil, in Gütersloh 200.

In den Aufrufen zur Aktionswoche wurde die Bildungs- und Jugendpolitik der Reaktion angegriffen. So heißt es in einem Flugblatt des Essener Aktionsbündnisses nach der Kritik an den Kriegsvorbereitungen der Reaktion: "In Essen fehlen mindestens 4384 Lehrstellen, 9026 Jugendliche unter

25 Jahren sind arbeitslos. Vom Jugendarbeitsschutz ist so gut wie nichts übrig geblieben. An den Schulen wütet der Rotstift. Kein BaFG mehr, zu große Klassen, erhöhte Leistungsanforderungen, erschwerte Versetzungsbedingungen: Das alles sind Bestandteile von Elitebildung! Qualifizierte Ausbildung soll es nur noch für Reiche geben. An den Hochschulen will die Rechtsregierung die Elitebildung durchsetzen. Chancengleichheit soll endgültig auf der Strecke bleiben ... Die Rechte von Frauen und Mädchen werden mit Füßen getreten. Wir werden zurückgedrängt an Heim und Herd oder sollen zur Bundeswehr. Frauen als Kanonenfutter— Nein Danke! Wir junge Ausländer werden diffamiert und diskriminiert. Neonazis treten immer häufiger und immer gewalttätiger gegen uns auf. Das wird von den Rechtskräften der Regierung geduldet ..."

Zwar ist in den Aufrufen oft das Postulat der Chancengleichheit der reaktionären Bildungspolitik entgegengehalten, werden mehr Gesamtschulen und mehr Lehrstellen gefordert, doch in den Aktionen standen Forderungen im Zentrum, die eine wirksame Kritik der Reaktion ermöglichen: Wiederherstellung des Jugendarbeitsschutzes, Rücknahme der BaFG-Streichung, keine Novellierung des HRG, existenzsicherndes Einkommen für alle arbeitslosen Jugendlichen, keine Frau zur Bundeswehr, keine Verlängerung des Wehr- und Zivildienstes, kein Wehrkundeunterricht, Rücknahme der neuen Versetzungsvorschrift NRW für die Sekundarstufe I. In zahlreichen Städten fanden Veranstaltungen gegen die Militarisierung der Schulen und gegen die Einziehung von Frauen in die Bundeswehr statt. In Essen wurde NRW-Kultusminister Schwier von demonstrierenden Studenten gestellt, als er das Rathaus Bredeney besuchen wollte.

Quellenhinweis: UZ, div. Ausgaben — (wom)



Fackelmarsch am 29.11. in Düsseldorf u.a. mit Parolen gegen die Pläne von NRW-Kultusminister Schwier, die Auslese an den Schulen zu verschärfen.

Brandanschlag

FASCHISTISCHE AUSLÄNDER RÜCKFÜHRUNG – DIE STAATSANWALTSCHAFT SAGT NEIN

Duisburg. Sieben türkische Staatsangehörige kamen in der Nacht vom 26. auf den 27.8. dieses Jahres bei einem Brand im Duisburger Stadtteil Wanheimerort um, 23 andere türkische und jugoslawische Bewohner wurden zum Teil schwer verletzt. Das Acht-Familien-Haus brannte vollständig aus.

Am 27.8. erklärte Polizeisprecher Liebing, die Polizei schließe die Möglichkeit eines gezielten Anschlages aus, vollständig ausgeschlossen sei eine Brandstiftung "aus Haß auf Ausländer". Liebing gab als mögliche Brandursache eine "achtlos weggeworfene Zigarettenkippe" an.

Drei Tage später ging die Staatsanwaltschaft dann doch von einer Brandstiftung aus, 10000 DM Belohnung wurden zur Ergreifung der Täter ausgesetzt. Konkrete Hinweise gibt es bis heute, fast vier Monate nach dem Brand, nicht. Die Staatsanwaltschaft hält es aber nach wie vor für ausgeschlossen, daß der Brand auf Grund von Ausländerfeindlichkeit gelegt worden sei.

So ist die Lage heute. Die Staatsanwaltschaft weiß zwar nicht, wer es war, sie weiß aber, wer es nicht war.

Warum kann sie da so sicher sein? Viele Antifaschisten in Duisburg sind da anderer Meinung. Sie gehen von einem gezielten Anschlag von Neofaschisten gegen die ausländischen Bewohner des Hauses aus. Ihre Gegenermittlungen und ihre Kenntnisse der faschistischen Szene in Duisburg ergeben ein völlig anderes Bild.

Entgegen den Behauptungen der Staatsanwaltschaft gibt es zahlreiche Aktivitäten der Neonazis in den südlichen Stadtteilen wie Wanheimerort oder Hüttenheim. Hier tummeln sich seit Jahren Faschisten unter wechselnden Bezeichnungen. Sie verteilen Flugblätter und kleben Aufkleber wie "Deutsche organisiert Euch! Wir von der Deutschen Nationalen Front geben dem Türken noch ein Jahr Zeit zum Verschwinden. Sollte nach diesem Jahr noch ein Türke auf deutschem Boden sein, werden wir ihm nachhelfen zu verschwinden, zur Not mit der Waffe in der Hand." Die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft zu diesem Flugblatt: "Dummes, unausgegorenes Zeug von Jugendlichen, längst abgetan." Erst kurz vor dem Brand waren Flugblätter aufgetaucht, auf denen gedroht wurde: "Türken raus bis September, sonst klinnen eure Fensterscheiben."

Bei Gesprächen mit Bewohnern aus der Gegend des Brandortes sind wir selbst sofort auf den Zusammenhang gestoßen worden. Ein junger Mann

meinte: "Natürlich gibt es Brass auf die Ausländer, sind ja so viele hier und wegen der Arbeitsplätze." Auch Neonazis waren ihm bekannt: "Klar gibt es Nationalsozialisten hier. Wie man das merkt? Na ja, im Stadion und überhaupt auch hier ...

Ist es da nicht naheliegend, zu dem Schluß zu kommen, daß hier einige dieser Kräfte Ernst gemacht haben mit ihren Ankündigungen und ein Stück "Ausländerrückführung" praktiziert haben? Das Ergebnis spricht dafür, in diesem Haus wohnen keine

sich, zur Polizei zu gehen und Hinweise auf bekannte Faschisten zu geben? Muß man doch befürchten, daß die Polizei einem keinen Glauben schenkt oder gar, daß die Polizei die Faschisten deckt.

Das verschärft noch das Klima der Angst, was unter den ausländischen Bewohnern des Viertels deutlich zu spüren ist. Auf Fragen nach den Brandursachen hieß es zunächst, man wisse nichts, sei in Urlaub gewesen. Als wir dann aber ins Gespräch kamen, stellte sich doch einiges heraus.



Diese Karikatur zeichnete ein türkischer Jugendlicher, dessen Vater im Februar nach 13 Jahren bei Mannesmann mit seiner Familie "freiwillig" zurückgekehrt ist. (Quelle: "Revier" 2/84)

Ausländer mehr. Ein Stück der Wanheimerstrasse ist "ausländerfrei".

Sechs Kilometer die Wanheimerstrasse runter im benachbarten Hüttenheim, einer Mannesmannsiedlung, wird legal die "Rückführung" praktiziert. Mannesmann hatte den türkischen Arbeitern ein Angebot nach Mafia-Manier gemacht: entweder Rückkehr oder Entlassung. Der Erfolg: 500 türkische Familien sind "freiwillig" in die Türkei zurückgegangen. Das sieht nach Arbeitsteilung aus, die einen operieren mit dem Rückkehrförderungsgesetz, die anderen stecken Häuser an.

Doch die Staatsanwaltschaft posaunt immer noch ihre Kippentheorie in die Welt. So ganz scheint sie's selbst nicht zu glauben. Junge vorbestrafte Männer wurden vorgeladen, auch Fotos von mutmaßlichen Tätern wurden den Anwohnern gezeigt. Ohne Erfolg.

Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft unterstützt, ob sie will oder nicht, die faschistische Propaganda der Gewalt. Wer traut sich dabei

Eine achtlos fortgeworfene Zigarettenkippe als Brandursache sei völlig ausgeschlossen, dazu habe sich das Feuer viel zu schnell ausgebreitet. "Es hat sich in Minuten schnelle vom Hauseingang bis zum Dachgeschoß durchgefressen." Über mögliche Täter konnten oder wollten sie nicht sprechen, sie wollen schließlich dort wohnen bleiben.

Auch unter den westdeutschen Anwohnern hat dieser Anschlag und die Propagandahetze, die allgemein gegen ausländische Arbeiter betrieben wird, nicht nur von den Faschisten, Wirkung gezeigt. Wirkung dergestalt, daß Menschen meinen, sich rechtfertigen zu müssen, weil sie türkischen Bewohnern geholfen haben, dem Feuer zu entkommen. "Das sind doch auch Menschen, einen Hund oder eine Katze würde ich auch nicht verbrennen lassen." Einer solchen Stimmung nachgeholfen haben sicher auch die Drohungen, die gegen hilfsbereite Anwohner ausgesprochen wurden. Dem Bäcker gegenüber wurde telefonisch gedroht, weil er in der Brandnacht

Opfer und Helfer bewirkt hatte. Da nutzen auch keine öffentlichen Belobigungen durch Ministerpräsident Rau und Stadt Duisburg, wenn andererseits beständig die Aktivitäten der Neonazis verharmlost, erlaubt oder gedeckt werden.

Dieses Klima wollen die Faschisten mit ihrem Terror erzeugen. Die Opfer zu treffen, sie zum Weichen zu zwingen mit der Alternative der Vernichtung; die anderen durch ihren Terror in Schach zu halten und durch Angst zu neutralisieren.

In anderen Städten haben auch Häuser gebrannt, in denen überwiegend Türken wohnten. Alles Zentren der "Bewegung". Am 28.10.84 brannte ein Haus in Nürnberg. Ein Unbekannter hatte eine brennbare Flüssigkeit angesteckt. "Nach Angaben der Polizei scheiden politische Motive oder Ausländerfeindlichkeit aus." Am 4.11.84 waren türkische Familien in Dortmund vom Feuertod bedroht. "Nach Angaben der Polizei legten spielende Kinder den Brand im Keller des Hauses." Auf jeden Fall verbreiten solche Ereignisse Angst, denn die Möglich-

keit faschistischer Anschläge besteht, solange die Faschisten ungehindert ihre Hetze entfalten können.

Doch es gibt auch die andere Seite in Wanheimerort. Viele Menschen sind empört über den Brand und haben spontan geholfen. Die Löscharbeiten wurden unterstützt, 4200 DM wurden in den Kneipen und Geschäften der Umgebung gesammelt, und Sachspenden für die obdachlosen Opfer des Brandes gingen zuhause bei der Arbeiterwohlfahrt ein.

Es haben auch vereinzelt Aktionen von antifaschistischen Gruppen stattgefunden, um den Zusammenhang zwischen dem Brand und den Faschisten deutlich zu machen. So führte die Ortsgruppe Süd der VVN zusammen mit anderen Initiativen am 20. Oktober im Rahmen der Aktivitäten der Friedensbewegung eine Mahnwache vor dem abgebrannten Haus durch und hat jetzt Strafanzeige gegen unbekannt gestellt, um die Staatsanwalt unter Druck zu setzen, die Ermittlungen weiter zu führen. Es kam bisher jedoch nicht zu einer Aktionseinheit aller antifaschistischen Initia-

tiven in Duisburg, um ein entschiedenes Vorgehen der Staatsanwaltschaft zu erzwingen und um solchen Anschlägen die Wirkung zu nehmen.

Der Wahlkampf der faschistischen "Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) anlässlich der Kommunalwahlen in NRW war begleitet von Aktionen zur Behinderung ihrer Propaganda, sei es durch das Antifaschistische Aktionsbündnis in Duisburg, durch die Eschhausheft-Initiative oder durch andere autonome Gruppen.

Gerade jetzt, wo alles danach aussieht, daß die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Sande verlaufen, ist es notwendig, die Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte in Duisburg zu fördern, um das gesammelte Material an die Öffentlichkeit zu bringen, damit die Staatsanwaltschaft genötigt wird, auch die Faschisten und ihren Anhang in den mutmaßlichen Täterkreis aufzunehmen.

Quellenhinweise: "Revier" 2/84; "Konkret" 10/84; "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" 29.8./14.9./29.10./1.11.; "Neue Ruhr Zeitung" 8.9.1984 – (rub/wof)

SPD-LANDESREGIERUNG DULDET NEONAZIS

Seit 1980 stellt die SPD in Nordrhein-Westfalen allein die Landesregierung. Obwohl gerade in dieser Zeit eine Zunahme von Aktivitäten faschistischer Organisationen zu verzeichnen ist, liefert die Landesregierung dem Kampf dagegen keine Anhaltspunkte. Im Gegenteil: Innenminister Schnoor hat sich wiederholt gegen ein Verbot der NPD ausgesprochen. Verbotsmaßnahmen gegen andere faschistische Gruppen wurden ebenfalls nicht ernsthaft erwogen.

1980 gründete die NPD in NRW die "Bürgerinitiative Ausländerstopp", die zeitweise einen wichtigen Sammelpunkt für die Aktivitäten faschistischer Kräfte bildete. Sie startete das "Volksbegehren für Ausländerstopp", das die Landesregierung lediglich mit der Begründung ablehnte, der Zweck des Volksbegehrens läge nicht in der Zuständigkeit des Landes. Derart ermutigt legte die "Bürgerinitiative" 1982 ein Volksbegehren für den "Erlaß eines Gesetzes über die Einführung muttersprachlicher Regelklassen für ausländische Schüler in NRW" vor.

Im Hauptausschuß des Landtages wurde dazu ein Antrag von SPD und CDU für den Landtag erörtert. Die SPD-Fraktion legte von Anfang an besonderen Wert auf einen gemeinsamen Antrag. Der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende Biedenkopf führte aus: "Keineswegs reiche es aus, gegen das Volksbegehren zu sein, zumal unter Nennung der NPD

... Vielmehr sollte der Landtag das Thema mit seiner ganzen Autorität an sich ziehen, um bei seiner Erörterung klar zu machen, daß zur Bewältigung des Problems das Volksbegehren gar nicht nötig sei." (1) Der anwesende Landesarbeitsminister Farthmann stimmte dem ausdrücklich zu.

Entsprechend verurteilte der einstimmig verabschiedete Antrag zwar das Volksbegehren als einen Versuch der NPD zur "Aufbereitung des neonazistischen Gedankengutes". Gleichzeitig machte der Landtag selbst aber die "ständig steigende Zahl von Ausländern mit Wohnsitz in NRW" als "Problem" aktenkundig und sprach sich für die Begrenzung des Familiennachzuges aus, für "Anreize und Hilfen für die Rückkehr" von ausländischen Arbeitern, für die Abkürzung

der Asylverfahren und gegen "links- und rechtsextremistische Betätigungen von Ausländern" (2). Kultusminister Girsigsohn gab nur wenige Tage nach Ablehnung des Volksbegehrens einen Erlaß heraus, nach dem im "Ausnahmefall" reine Ausländerklassen eingerichtet werden können.

Dem entspricht es, daß die Landesregierung gegen die FAP keinen Verbotsantrag als Nachfolgeorganisation der im Dezember letzten Jahres vom Bundesinnenministerium verbotenen ANS/NA in die Wege geleitet hat, obwohl der Bericht des NRW-Verfassungsschutzes für das erste Halbjahr 1984 diesen Nachfolgecharakter selbst belegt. Durch die Zulassung zur Kandidatur bei den Kommunalwahlen ist ein Verbot der FAP als Nachfolgeorganisation der ANS/NA erschwert worden.

Diese Politik steht im Widerspruch zu einigen Beschlüssen von Gewerkschaftskörperschaften, in denen viele SPD-Mitglieder tätig sind. Die IG Metall Bochum forderte in einem Antrag an den Gewerkschaftstag 1983 das "Verbot aller rechtsradikalen und neonazistischen Gruppen und die Auflösung der NPD als Nachfolgeorganisation der NSDAP und der verbotenen SRP". Ein ähnlicher Antrag kam aus Duisburg. Der SPD-Unterbezirk Münster hat erst kürzlich einen Offenen Brief mitunterschrieben, in dem ein Verbot der FAP verlangt wird.

(1) Protokoll der 20. Sitzung des Hauptausschusses des Landtages NRW vom 4.2.1982; (2) Antrag von SPD und CDU "Ausländerpolitik im Lande NRW", 9.2.1982



Aktion gegen den NPD-Landesparteitag 1982 in Witten.

GEW: "FRAUEN VERWEIGERT"

Bielefeld. Ein Plakat mit dem Titel "Frauen verweigert" hat der GEW-Landesvorstand für alle Schulen herausgebracht. Zugleich organisiert die GEW eine Unterschriftenaktion unter ein Verweigerungsschreiben an Bundesminister Wörner. Darin verweigern die Frauen ihre Dienstverpflichtung im "Verteidigungs- und Krisenfall" nach Artikel 12a Grundgesetz: "Diese kriegstreibende Politik der Abschreckung und Abrüstung ist menschenfeindlich. Ich werde ... sie bekämpfen." (aus: Nachrichtenheft Öffentl. Dienste, Transport, Verkehr, Woche 50/84)

JUNGHEINRICH WIRFT "BALLAST" AB

Norderstedt. Der Jungheinrich-Konzern hat an Thyssen den Bereich Regalproduktion verkauft. Im Juli hatte der Konzernchef die Streikaktionen bei Jungheinrich-Lagertechnik als völlig unnötig bezeichnet. Jungheinrich habe nur "Ballast" abgeworfen. Durch den Sozialplan sei alles für die 97 Mitarbeiter zum Guten geregelt. Nun will die Konzernleitung den Sozialplan nachträglich kippen. Ein Jahr lang müßte laut Betriebsvereinbarung Jung-

Braunschweig. Auf Initiative der Braunschweiger IG Metall-Jugend wurde am 9./10.11. eine leerstehende Industriehalle besetzt. Diese demonstrative Aktion hat die Forderung nach Errichtung einer Ausbildungswerkstatt durch die Stadt Braunschweig unterstützt. Z.Zt. sind im Arbeitsamtsbezirk BS 3707 Jugendliche arbeitslos und 4450 sind in sogenannte "Berufsfördern-de Lehrgänge" (BGJ, BVJ usw.) gesteckt, die von der IGM-Jugend als "Hilfsarbeiterlehrgänge" kritisiert werden. — (hah)

heinrich den Lohnstandard und einen gleichwertigen Arbeitsplatz garantieren. Die Beschäftigten, die übernommen werden sollen, könnten ein Jahr lang wählen zwischen der angebotenen Arbeit und einer Abfindung. Der übernommene Kollege hätte 18 Monate Kündigungsschutz. Die Abfindungssummen belaufen sich auf 30000 bis 80000 DM. Die Taktik des Konzerns ist es nun, einzelvertraglich den Beschäftigten wegzunehmen, was kollektiv-rechtlich ihnen zusteht. Als erstes versucht sie, den Betriebsratsvorsitzenden Ralf Stockhusen vom Hof zu jagen. Die IG Metall hat in einem Flugblatt protestiert. — (hel)



SUSPENDIERUNG AUFGEHOBEN

Das Bundesdisziplinargericht in Frankfurt hat die Dienstsuspendierung von zwei Postbeamten, die Minister Schwarz-Schilling im Sommer wegen Mitgliedschaft in der DKP verfügt hatte, aufgehoben. Das Gericht begründete die Entscheidung damit, daß die Suspendierung ohne die Beteiligung des Hauptpersonalrates und des örtlichen Personalrates angeordnet worden sei und damit Beteiligungsrechte der Personalvertretung verletzt worden seien. Der Postminister Schwarz-Schilling hat jetzt Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht angekündigt. — (gba)

MTV-VERHANDLUNG EINZELHANDEL

Karlsruhe. Die Einzelhandelskapitalisten brachen am 26.11. die Manteltarif-(MTV)-Verhandlungen für den Einzel- und Versandhandel in Baden-Württemberg ab und ließen die Tarifkommission der Gewerkschaft HBV ohne neuen Termin sitzen. Zuvor hatten sie die Gewerkschaftskommission mit einem stattgefundenen "Kamingespräch" der Hauptvorstände von HBV und Einzelhandelsverband überrascht, wo ein Bundesspitzengespräch der HBV und der Einzelhandelskapitalisten für den 17./18. Januar 1985 über Arbeitszeitverkürzung vereinbart worden war. Wichtige Teile des MTV in Baden-Württemberg laufen zum 31.12.84 aus: Regelung der Urlaubsdauer, der tariflichen Sonderzahlungen wie Urlaubs- und

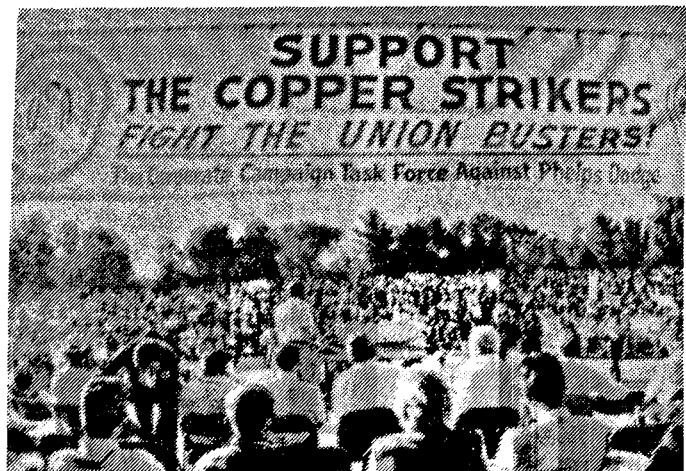
Weihnachtsgeld. Die Forderungen nach verbessertem Kündigungsschutz, zur Arbeit an Bildschirmen und Datenkassen, zur Absicherung der Teilzeitarbeit bleiben mindestens so lange auf der Strecke. — (rub)

IGM GEGEN SOZIAL-PLANKÜRZUNG

Essen. 700 ehemalige Stahlarbeiter protestierten in Völklingen bei einer IG Metall-Veranstaltung am 3.12. erneut gegen die Kündigung der Betriebsvereinbarung Nr. 64 durch ARBED-Saarstahl. Die Vereinbarung sicherte allen Beschäftigten über 55 Jahren, die bis Ende 1983 entlassen wurden, 90% des letzten Nettolohnes zu. ARBED will nur noch 82% zahlen. Für die meisten der 530 unmittelbar Betroffenen wären dies im Monat 140 bis 150 DM Verlust. Eine Klage des Gesamtbetriebsrates hat das Saarbrücker Arbeitsgericht zurückgewiesen. Eine Entscheidung des Landesarbeitsgerichts steht an. — (wof)

ÄNDERUNGEN UNWIRKSAM

Paderborn. Eine Reinigungsfirma versuchte, die Tariflohnnerhöhungen von 3,3% durch Änderungskündigungen zu umgehen. 45 Putzfrauen aus dem Josefskrankenhaus gingen daraufhin vors Arbeitsgericht. Sie bekamen recht. Nach der Lohnerhöhung wären sie über die sozialversicherungspflichtige Grenze von 390 DM gekommen. Deshalb sollten sie statt bisher zweieinhalb nur zwei Stunden arbeiten. Der Betriebsrat lehnte ab.



Am 18.11. organisierte die US-Stahlarbeitergewerkschaft in Tucson (Arizona) eine Solidaritätsveranstaltung (Bild) mit den streikenden Kupferarbeitern bei Phelps Dodge. Seit dem 1. Juli 1983 streiken 1700 Arbeiter gegen den Versuch der Kapitalisten, die Löhne zu senken. Die Kupferkapitalisten versuchen, die Gewerkschaftsvertretung der Belegschaften zu beseitigen, und führen darüber Abstimmungen durch, an denen das Bundesamt für Arbeitsbeziehungen den Streikenden teilzunehmen verboten hat. Die Stahlgewerkschaft hat bisher über zehn Mio. Dollar für die Streikenden gezahlt und setzt die Lebensmittel- und finanzielle Hilfe fort. — (gba)

Kapitalisten zum MTV Metall FLEXIBILISIERUNG UND KONSTANTE BETRIEBSNUTZUNGSZEITEN

Heidelberg. Die auf den Schulungen der IG Metall genährte Hoffnung, die Kapitalisten würden wegen der "Kompliziertheit" keine Flexi-Vereinbarungen abschließen wollen, wird hinfällig angesichts der unten dokumentierten Vorschläge. Dagegen bestätigen sich die Befürchtungen, daß die Festlegung konstanter Betriebsnutzungszeiten im Manteltarifvertrag solche Vorschläge gerade hervortreibt.

Entwurf einer Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeitregelung ab 1.4.1985, vorgelegt von der Fa. Brown, Boveri & Cie AG, Mannheim

Vorbemerkung:

3. Um die erforderliche Betriebsnutzungszeit sicherzustellen, waren u.a. Regelungen auch dafür zu treffen, daß länger als die vertraglich festgelegte Arbeitszeit gearbeitet wird (ungeachtet Mehrarbeit) und die Zeitdifferenz durch Freizeit auszugleichen ist. Hiermit wird eine optimale Nutzung der Betriebsanlagen und -einrichtungen angestrebt, die Aufwendung des betriebsspezifischen Know-how ermöglicht und ein flexibles Reagieren auf die Anforderungen des Marktes erleichtert. Es wird dadurch aber auch im Rahmen der betrieblichen Erfordernisse persönlichen Wünschen der Arbeitnehmer Rechnung getragen.

§ 2 Festlegung der individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden/Woche

1. Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit/Arbeitnehmer richtet sich grundsätzlich nach der jeweiligen Lohn-/Gehaltseingruppierung. Sie beträgt generell für Arbeitnehmer der Lohngruppen 11, 12 sowie der Tarifgruppen K7, T7, M₃, M₄, M₅ und für AT 40 Stunden/Woche; der Lohngruppen 9, 10, der Tarifgruppen K₆, T₆ jeweils 39, der Lohngruppen 6, 7, 8, der Tarifgruppen K₅, T₅ jeweils 38 und der Lohngruppen 3, 4, 5, der Tarifgruppen K₁, K₂, K₃, K₄, T₁, T₂, T₃, T₄ jeweils 37 Stunden/Woche.
2. Die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für Arbeitnehmer, die bei Kunden tätig sind und/oder dorthin reisen müssen, beträgt jedoch 40 Stunden/Woche.
3. Wegen arbeitsplatzbedingter oder persönlicher Belastungen beträgt die individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit für Akkordarbeiter 38 Stunden/Woche, für Schichtarbeiter 37 Stunden/Woche und für Schwerbehinderte (MdE >= 50%) generell 37 Stunden/Woche.
7. Treffen für einzelne Arbeitnehmer mehrere der o.a. Merkmale zu, gilt jeweils die kürzere Arbeitszeit mit Ausnahme der Ziffer 2.

§ 4 Verteilung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit

1. Die individuelle tägliche Arbeitszeit beträgt 1/5 der individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit, sofern im Einzelfall keine andere Regelung getroffen worden ist. Generell ist jedoch mit den Arbeitnehmern Beginn und Ende der Arbeitszeit festzulegen, beträgt die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 40 Stunden.
2. Die individuelle tägliche Arbeitszeit kann an einzelnen Tagen länger oder kürzer als 1/5 der wöchentlichen Arbeitszeit sein, erfordert dies wirtschaftliche, technische oder organisatorische Gegebenheiten des Betriebes.

Die festgelegte individuelle regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit muß jedoch im Durchschnitt eines 2-Monatszeitraums erreicht werden.

3. Bei Vorliegen betrieblicher Erfordernisse kann mit dem Betriebsrat eine abweichende Verteilung der individuellen Arbeitszeit auch auf weniger als 5 oder auf 6

Werktagen/Woche vereinbart werden.

§ 5 Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage bei einer Differenz zwischen der Betriebsnutzungszeit und der individuellen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit

1. Die Verkürzung der Arbeitszeit führt nicht zu einer Verminderung der Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen (§ 7.6 MTV); das Interesse an einem langfristig gleichen Arbeitsvolumen mit gleicher Belegschaft zur unverminderten Ausnutzung der Betriebseinrichtungen ist zu gewährleisten.
3. a) Die an einzelnen Tagen über die festgelegte individuelle regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeit (nicht Mehrarbeit und auch nicht Reisezeit außerhalb der betrieblich regelmäßigen Arbeitszeit) wird grundsätzlich zu vollen freien Tagen angesammelt.
b) Die freien Tage müssen so verteilt sein, daß zur Vermeidung von Störungen im Betriebsablauf eine möglichst gleichmäßige Anwesenheit der Arbeitnehmer gewährleistet ist...

Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung in ZFF; vorgelegt von der Geschäftsleitung der ZF Friedrichshafen.

Zielsetzung

1. Statt Differenzierung (Gruppenbildung) mehr Flexibilität durch weiteren Ausbau unseres Gleitzeitmodells.

Vorteile:

- Ausweitung der Gleitzeit auf Schichtarbeiter
- Arbeitszeitverkürzung durch Zeitausgleich an individuell wählbaren freien Tagen (7.6 MTV) ohne Einschränkung durch 2-Monatsfrist in Abstimmung mit den individuellen und betrieblichen Belangen
- Keine Probleme für Geschäftsleitung und Betriebsrat mit Anpassung der durchschnittlichen Arbeitszeit wie der Gruppenbildung
- Keine Aufwendungen für Ausgleichszahlungen wie bei Gruppenbildung
- Keine individuelle Mehrarbeit/Kurzarbeit
- Keine unterschiedliche Behandlung für Neueingesetzte ab 1.4.1985 wie bei Gruppenbildung

2. Abkopplung von Betriebszeit und Arbeitszeit insbesondere an kapitalintensiven Produktionsanlagen

Sodann folgen Modelle zur Ausweitung/Einführung von Gleitzeit bei Normal-, Zwei- und Dreischichtbetrieb.

Flexibles Arbeitszeitmodell der Daimler-Benz-Geschäftsleitung Stuttgart, Werk 10

	1	2	3	4	5
40	37	Arbeiter			
		Warmbetriebe (Schmiede etc.)	1650		
		Mitarbeiter auf eigenen Wunsch	280		
				1930	10
40	38,5	Angestellte			
		Alle Bereiche		2220	
		Arbeiter			12660
		Alle Bereiche			
				14880	80
40	40	Angestellte			
		Alle Führungskräfte		1350	
		Alle Angestellte > Rang 24		130	
		Arbeiter			450
		Einrichter			
				1930	10
		Summe		18740	100

1 = Betriebsnutzungszeit, Std./Woche

2 = Individuelle Arbeitszeit, Std./Woche

3 = Bereiche

4 = Zahl der Arbeitskräfte (Stammbelegschaft) absolut

5 = Zahl der Arbeitskräfte (Stammbelegschaft) in %

Krankenhausfinanzierungsgesetz

INSTRUMENTE GEGEN VERSICHERTE UND Krankenhausbelegschaften geschräft

Der Bundestag hat mit der Mehrheit der Koalitionsparteien ein neues Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) beschlossen. Am 20.12. soll im Bundesrat die zweite Lesung stattfinden, zum 1.1.86 soll es in Kraft treten. Der ursprüngliche Gesetzentwurf des Ministers Blüm hatte zu Auseinandersetzungen im Lager der CDU/CSU geführt, und vier CDU- bzw. CSU-regierte Länder brachten einen Alternativentwurf im Bundesrat ein. In den Koalitions Gesprächen vom 26.11. wurde eine Einigung erzielt, die auf ein KHG hinausläuft, das die Sozialversicherten und die Krankenhausbelegschaften dem Zangenangriff von Krankenkassen und Länderregierun-

gen aussetzt.

Ausgangspunkt für eine Reform der Krankenhausfinanzierung war ursprünglich ein Investitionsstau von 15 Mrd. DM und die laufende Unterfinanzierung von jährlich 1,5 Mrd. DM. Diese Investitionen werden durch das neue KHG nicht gesichert. Im Gegenteil, der Bund zieht sich aus der Mischfinanzierung zurück. Mit einer Ausgleichszahlung von einer knappen Milliarde DM erklärte er den Investitionsstau zum Länderproblem.

Privatisierungsmaßnahmen großen Stils wurden in den Koalitions Gesprächen vom 26.11. als ein Hauptpfeiler der Kostendämpfung im Krankenhauswesen vereinbart: "Bei der Durchfüh-

rung des KHG ist nach Maßgabe des Landesrechts insbesondere die wirtschaftliche Sicherung freigemeinnütziger und privater Krankenhäuser zu gewährleisten ... Der Hinweis auf das Landesrecht verdeutlicht zusätzlich u.a., daß die Länder in Anwendung des Subsidiaritätsprinzips auch bestimmen können, daß öffentliche Krankenhäuser nur insoweit errichtet und betrieben werden, wie eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung nicht durch freigemeinnützige und andere geeignete Träger gewährleistet wird."

Zwecks Kapitalbeschaffung für diese freigemeinnützigen Träger (Kirchen usw.) und zur Finanzierung von Rationalisierungen gegen die Krankenhausbelegschaften regelt der neue § 18b KHG, daß auf freiwilliger Basis betriebskostensenkende Krankenhausinvestitionen von den Krankenkassen finanziert werden können.

Um die schlechtesten Arbeitsbedingungen zum Maßstab für alle Krankenhäuser zu machen, regelt § 17 KHG, daß bei der Bemessung der Pflegesätze auch die Kosten vergleichbarer Krankenhäuser zu berücksichtigen sind. Der Selbstkostendeckungsgrundsatz wird aufgehoben: "Die öffentlichen Fördermittel und die Erlöse aus den Pflegesätzen müssen die vorakalkulierten Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden und leistungsfähigen Krankenhauses decken ... Einigkeit besteht auch darüber, daß Überschüsse, die bei wirtschaftlicher Betriebsführung entstehen, dem Krankenhaus verbleiben sollen, und Verluste, die das Krankenhaus zu vertreten hat, auch von diesem selbst zu tragen sind."

Quellenhinweis: "Wesentliche Ergebnisse der Koalitions Gespräche über Neuordnung der Krankenhausfinanzierung – Bonn, den 26.11.84" – (kar, clm)



Demonstration von Krankenhausbeschäftigte in Bremen 1983 gegen angekündigte Stellenstreichungen

ERKLÄRUNG DER KONZERTIERTEN AKTION IM GESUNDHEITSWESEN

"Folgende Maßnahmen sind dringlich:
1. Die von den Herstellern unabhängige Beratung der Kassenärzte über die wirtschaftliche und therapeutisch zweckmäßige Verordnung von Arzneimitteln durch die Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen müssen die dafür notwendige Transparenz schaffen.

Für die wirtschaftliche Verordnung von Arzneimitteln ist die Preisvergleichsliste des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen baldmöglichst zu erweitern. Soweit die Transparenzkommission bereits Markttransparenz geschaffen hat, kann darauf aufgebaut werden; die Transparenzkommission soll ihre Arbeit beschleunigen und mit dem Bundesausschuß Ärzte und Kranken-

kassen abstimmen...

2. Leistungen für Zahnersatz, die über das medizinisch Notwendige hinausgehen, dürfen nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert werden. In diesem Zusammenhang ist die Abgrenzung zwischen einer vollwertigen zahnmedizinischen Versorgung und aufwendigeren Leistungen neu zu bestimmen.

Im Bereich der zahnärztlichen Versorgung sind umgehend neue Bewertungen der Leistungen insbesondere auch unter Berücksichtigung der Entwicklungen in den letzten Jahren vorzunehmen. Hierüber ist in der Frühjahrssitzung 1985 zu berichten...

4. Krankenkassenverbände und Kassenärztliche/Kassenzahnärztliche Vereinigungen müssen im Rahmen der

laufenden Verträge über die Vergütung der ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen auch weiterhin prüfen, ob und welche Vereinbarungen notwendig sind, um den Empfehlungen der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen zu entsprechen.

5. Bei allen neuen Vereinbarungen und Verträgen sollen die Vertragspartner einen Ausgabenüberschuss des Jahres 1984 mit dem Ziel der Beitragsstabilität berücksichtigen...

8. Die Krankenkassen werden prüfen, wie durch mehr Preiswettbewerb unter den Erbringern zahnärztlicher Leistungen sowie von Heil- und Hilfsmitteln die Wirtschaftlichkeit verbessert werden kann.

9. Krankenkassen und Leistungsträger müssen ihre Liefervereinbarungen so gestalten, daß Mißbräuche ausgeschlossen sind."

Quellenhinweis: Sozialpolitische Informationen, 30.11.1984)

STELLUNGNAHMEN ZU DEN PLÄNEN, DIE GESUNDHEITSVERSORUGUNG ZU VERSCHLECHTERN

Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände:

"Zur Konsolidierung der Sozialfinanzen gehört auch die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Hier droht, nachdem die Ausgaben der Krankenkassen im ersten Halbjahr um 8% gestiegen sind, in diesem Jahr ein Defizit von 4 Milliarden DM. Die Bundesregierung hat erklärt, an einer Politik der Beitragsstabilität festzuhalten zu wollen, und hierin wird sie von den Sozialpartnern unterstützt. Um so dringender ist die politische Durchsetzung eines langfristigen Konzepts aufeinander abgestimmter Maßnahmen zur Kostendämpfung. Die Bundesvereinigung hat hierzu vor Jahren und seit Jahren konkrete Vorschläge gemacht. Die Politik wird hieran nicht vorbeikommen. Mit der Reform der Krankenhausfinanzierung als größten Ausgabenblock hat die Bundesregierung einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan. Alle Beteiligten, auch die Länder, stehen in der Verantwortung, daß die Wirksamkeit dieser Reform nicht durch Halbherzigkeiten verwässert werden." (Handelsblatt, 22.10.84)

Sozialenquete-Kommission:

"... Dies gilt insbesondere für das Sachleistungsprinzip, nach dem die Leistungen zwischen Leistungserbringern und Kassen abgerechnet werden, ohne daß der Versicherte von den durch seine Behandlung verursachten Kosten erfährt. In der modernen Industriegesellschaft sei das Kostenerstattungsprinzip angemessener. Der einzelne Versicherte könne inzwischen ohne weiteres die Kosten für Arztbehandlung und Medikamente für einige Wochen vorstrecken, während die besonders teure Krankenhausbehandlung weiterhin direkt von den Kassen erstattet werden könnte.

Dies hätte den Vorteil, daß die Finanzströme im Gesundheitswesen weitgehend über den Versicherten ließen. Der Arzt als Drehscheibe aller Kosten wäre stärker als bisher gezwungen, seinen Behandlungsplan mit dem Versicherten abzusprechen..."

Das Kostenerstattungsprinzip würde zudem endlich die Einführung einer spürbaren Selbstbeteiligung möglich machen. Es ist ein Anachronismus, daß es in der GKV (Gesetzlichen Krankenversicherung) diese in größerem Umfang bis heute nicht gibt, während sie in der Auto-Kaskoversicherung und anderen Versicherungsarten eine Selbstverständlichkeit ist." (Handelsblatt, 29.11.1984)

Blüm vor der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen:

"Gesundheit selbst wird so zu einem

Produkt, das konsumiert, aber nicht mehr selbst verantwortet wird. Das Medikament für alles und jeden wird so zum Symbol einer außengeleiteten Gesellschaft. Selbstverantwortung erstickt in Anonymität. Lebensbedingung der Selbstverantwortung ist die Durchschaubarkeit des Systems: Transparenz ..." (Bulletin, 16.11. 1984)

Blüm am 28.11. im Bundestag:

"Es ist richtig: Wir müssen verhindern, daß die Krankenversicherung zum Selbstbedienungsladen aller Beteiligten wird. Unsere Politik ist es, den Krankenkassen den Rücken zu stärken. 200 Milliarden DM im Gesundheitswesen sind genug. Auch der medizinische Fortschritt muß aus diesem Faß bezahlt werden. Ärzte, Pharmaindustrie, Krankenhaus, Versicherer, alle müssen sich umstellen. Und wenn es mehr Ärzte gibt, muß man wissen, daß eine nachdrängende Ärztegeneration nicht mehr die gleichen Einkommen haben kann. Das ist nun einmal in der Marktwirtschaft so. Knappeit bestimmt den Preis. Das muß man auch sagen, damit nicht Erwartungen erzeugt werden, die die Krankenversicherung mit Sicherheit nicht erfüllen kann.

Ich bin auch sicher: Die Krankenversicherung ist nicht für jedes Wehwehchen und für jeden Sonderwunsch zuständig. Was mit Pflichtbeiträgen bezahlt wird, muß im Zaum gehalten werden, damit wir das Geld haben."

Kassenärztliche Bundesvereinigung:

"kritisch würdigte die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) die Auswirkungen der Negativliste. Die Einsparungen bezifferte sie auf rund 255 Mill DM ... Bei 80% der Allgemeinärzte habe die Negativliste zu Auseinandersetzungen mit den Patienten geführt. 90% der Ärzte erklärten, sie fühlten sich durch sie bei der Behandlung behindert. Viele Patienten kauften sich die gleichen Medikamente selbst, denn dem starken Rückgang der Zahl der Verordnungen steht ein wesentlich geringerer Umsatzverlust der Hersteller gegenüber. Bei ungefähr 2 Millionen Patienten stellten die Ärzte fest, daß sie geringfügige Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit nicht rechtzeitig behandelten und erst dann zum Arzt gingen, als sich bereits Komplikationen eingestellt hatten." (Handelsblatt, 4.10.84)

Bundesverband der pharmazeutischen Industrie:

"Der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie stellt fest, daß genau die Fehlentwicklung eingetreten sei, vor denen er und auch andere Betroffene gewarnt haben ... Obwohl

die gesetzlichen Krankenkassen in dem von der Negativliste erfaßten Bereich immer noch schätzungsweise 600 Mill. DM jährlich ausgeben, sind von den Mitgliedsfirmen des Pharmaverbandes 137 Unternehmen in ihren Umsätzen 'beträchtlich betroffen' worden. Dabei handelt es sich überwiegend um mittelständische Betriebe. In einem Fall entfielen etwa 80% des früheren Umsatzes auf jetzt nicht mehr erstattungsfähige Medikamente. Übereinstimmend machten die Unternehmen die Erfahrung, daß die meisten Kassenpatienten nicht zum ungewohnten Selbstzahlen übergehen." (Handelsblatt, 12.10.1984)

Karl Kaula, Verband der Angestelltenkrankenkassen:

"Die Kassen, so erklärte Kaula, wollten die Kostenprobleme im Gesundheitswesen über Verträge lösen. Der Wunsch nach mehr Markt könne auf diesem Wege durch ein Verhandlungskonzept realisiert werden. Voraussetzung sei aber, daß beide Verhandlungspartner mit Waffengleichheit an ihre Aufgabe herangingen. Dafür seien insbesondere im Arzneimittelbereich die erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen..."

Auch im Bereich der ärztlichen Versorgung reicht Kaula der gesetzliche Handlungsspielraum für die Kassenvertreter nicht aus. Hier gehe es insbesondere darum, ein Instrument zu schaffen, 'um einen Deich gegen die Ärzteschwemme zu errichten'..."

Bedenken meldete Kaula gegen eine weitreichende Selbstbeteiligungspolitik unter dem Titel "mehr Markt" an. Da diese Selbstbeteiligung aus sozialen Gründen nicht überzogen werden könne, bleibe deren Steuerungswirkung gering. Eine bloße Kostenverlagerung von der Solidargemeinschaft auf den einzelnen Versicherten lehnte Kaula aber mit Entschiedenheit ab, 'weil sie allein die Finanzierungsrelationen zwischen Arbeitgebern und Versicherten verändert, ohne etwas Positives zu bewirken'." (Handelsblatt, 29.11.1984)

Heitzer, Vorsitzender des Bundes der Ortskrankenkassen:

"Der wesentlichste Faktor, der eine wirkungsvolle Kostendämpfung verhindere, seien Überkapazitäten in nahezu allen Bereichen der gesundheitlichen Versorgung, analysierte Heitzer. Diese Überversorgung schaffe sich ihre Nachfrage selbst.

Heitzer kündigte an, daß die Kassen ihre Mittel ausschöpfen würden, 'um der Kostenexplosion Einhalt zu gebieten'. Da die Mittel der Kassen aber nicht ausreichten, dieses Problem zu bewältigen, forderte er den Gesetzgeber auf, den Kassen ein verbessertes Einwirkungsinstrumentarium an die Hand zu geben." (Handelsblatt, 3.12. 1984)

Gangsterfilm**DIE GANG ALS VERKÖRPERUNG
DES AMERIKANISCHEN TRAUMS**

Fast vier Stunden dauert das Gangsterepos "Es war einmal in Amerika" von Sergio Leone, Schöpfer der Italowestern und spätestens mit dem Film "Spiel mir das Lied vom Tod" vor allem unter der Intelligenz als Filmmacher bestens bekannt. Der neue Film läuft seit zehn Wochen in allen Großstädten.

Es ist die Geschichte des jüdischen Zweigs der US-Mafia, in dem Film dargestellt am Aufstieg der beiden Hauptfiguren Noodles und Max und aus der Kriminalgeschichte bekannt durch Namen wie Meyer Lansky. Der Film beginnt mit knappen, in der Kameraführung und Musikuntermalung äußerst eindrucksvollen Szenen aus der Zeit der Prohibition Ende der 20er Jahre: Alkoholschmuggel, Bandenkriege rivalisierender Gangs, luxuriöse Spielcasinos, Opiumhöhlen und Bordelle, kontrolliert von der Unterwelt. Darin eingewoben die gnadenlose Jagd eines Killerkommandos auf den Anführer einer Gang, Noodles, der mit letzter Not entkommt. Seine Kumpanen sind umgebracht, der Koffer, in dem die Bande ihr Vermögen sammelte, ist leer; Noodles setzt sich aus New York ab, um dem Zugriff der Häscher zu entgehen.

Dann ein Schnitt: eine Straßenszene in einem New Yorker Judenviertel. Eine Bande Halbwüchsiger macht

das Viertel durch Taschendiebstähle unsicher. Max und Noodles, die beiden Anführer, bereiten den Einstieg in neue Geschäftszweige vor: Abpressung von Schutzgeldern von Geschäfts- und Kneipenbesitzern und Alkoholschmuggel. Dabei gerät die Bande in Kämpfe mit anderen Gangs, in deren Verlauf Noodles den Chef der anderen ersticht.

Als Noodles nach zehn Jahren Gefängnis freikommt, zählt seine Bande zu den größten New Yorks und ist in allen Geschäftszweigen vertreten. Dazu gehört auch die Unterwanderung von Gewerkschaften: Als die Kapitalisten ein Killerkommando gegen Streikende einsetzen, schießen Noodles und Max die Killer nieder, um die Gewerkschaft für ihre Zwecke gefügig zu machen. Ihr Aufstieg ist begleitet von Rivalitäten um die Führung, von Auseinandersetzungen, ob man sich mächtigeren Gangs unterordnen soll oder nicht. Die Gang will sich in der Konkurrenz behaupten und geht unter. Noodles, der übrig bleibt und sich in den Westen der USA absetzt, wird 40 Jahre später vom Syndikat aufgespürt und kehrt an den Schauplatz ihres Aufstiegs und Untergangs zurück.

Der Film kultiviert – wie die Italowestern – am Beispiel Noodles die Legende von den Einzelgängern, die

sich niemandem und keinem Gesetz unterordnen und sich durch Schläue und Gewalt nach oben kämpfen. Es ist zugleich der Mythos vom Überlebenskampf, der auch den Straßenjungs einen Platz an der Sonne sichern kann. Der Filmtitel sagt schon, daß das nicht mehr so

ist. Die Gang geht ja deswegen unter, weil sie sich nicht in das konzernmäßig organisierte Verbrechen einfügt. Es ist die Neuauflage der Mythen der US-Kolonialisierung, die den Reiz und – ab der Pause – die zunehmende Langeweile des Films ausmacht. – (wom)

Fernsehserie "Die Germanen"**VÖLKISCHES GESCHICHTSBILD
VOM "FREIEN GERMANENTUM"**

WDR III bringt derzeit eine Serie "Die Germanen – Abriß über die 3000jährige Geschichte unserer Vorfahren". Dem Vorspann ist zu entnehmen, daß diese von Lübbe TV produzierte Sendung auf eine "Idee von Wolfgang Venohr" zurückgeht, ein "national-revolutionärer" Journalist. Die vier bisher jeweils sonntags, 20.15 Uhr, gesendeten Folgen vermitteln ein völkisches Geschichtsbild, das bis hin zum Bildmaterial an die Darstellung der Germanen durch Deutschnationale und Hitler-Faschisten anknüpft. Die Serie vermeidet sorgsam Aussagen über gesellschaftliche Verhältnisse, schildert dagegen aussführlich Kleidung, Schmuck etc. Behauptet wird: Die kulturell hochstehenden germanischen Völker hätten im Vergleich zur römischen Sklavenhaltergesellschaft Freiheit und Fortschritt verkörpert. Tatsächlich befanden sich die Germanen im Übergang von der Gentilverfassung zur Sklavenhaltergesellschaft und erfolgte die Herausbildung der Feudalordnung, die das Mittel-

alter bestimmte, nicht aus der germanischen Gesellschaft, sondern aus der zerfallenden Sklavenhaltergesellschaft des Römischen Reiches (s. Engels, Ursprung der Familie, des Privat-eigentums und des Staates). Die Zielsetzung der Serie wird erkennbar bei der Darstellung der Verbreitung der germanischen Völker – Siedlungen in ganz Europa,



Karl der Große – Darstellung aus einem Geschichtsalbum von 1936

insbesondere auch in Osteuropa – und der dabei aufgestellten Behauptung, diese Völker hätten nie ihre Beziehung zur "Heimat" verloren. – (alk)

Zweiter Weltkrieg**OFFENHALTEN DER DEBATTE
UM DAS UNRECHTSBEWUSSTSEIN**

"An etwas muß man sich halten", sagt der Kommandant eines Minensuchbootes vor dem Kriegsgericht. Er erklärt, er hätte auf jeden Fall seinen Auftrag durchgeführt, Verwundete von Kurland zu holen und nach Kiel zu bringen. Er hatte auch nach der Teilkapitula-

tion der deutschen Faschisten gegenüber Großbritannien, Holland und Dänemark die Weiterfahrt in die "Gebiete des Ostens, der nun verloren war", befohlen. Schiff und Besatzung zu retten und unbeschädigt zu übergeben, sei auch ein Auftrag, hatte der Steuermann

dagegengesetzt, seinen Vorgesetzten des Kommandos enthoben und die Rückkehr in den Liegehafen der dänischen Küste geleitet. Siegfried Lenz, Verfasser des Fernsehstucks "Ein Kriegsende", läßt offen, an was man sich halten soll. Da die Faschisten die Kriegsgerichtsbarkeit auch in britischem Gewahrsam behalten durften, werden zwei Seeleute zum Tode verurteilt. Der Film endet mit zwei Schüssen. Dennoch wirbt Lenz um die Sympathie der Zuschauer für den Kommandanten. Nicht nur behauptet

er, die Besetzung der Kommandobrücke sei nur zögernd vor sich gegangen wegen des "begründeten Respekts", der "immer noch wirkte", sondern der Kommandant ist die eigentlich tragische Figur, als er sagt: "Wahnsinn, das ist doch kein Urteil." Damit wird seine Durchsetzung militärischer Befehle von Nazi-Admirälen von persönlicher Schuld befreit. Er steht da als einer, der mit bestem Gewissen handelte und keinen Grund hat, sich beim nächsten Mal anders zu verhalten. – (anl)

Afrika-Konferenz

VORURTEILE ÜBER DIE ABSICHTEN DER IMPERIALISTEN

Eine zweieinhalbstündige Abendsendung zur besten Sendezeit hatte die ARD dem 100. Jubiläum der Berliner Konferenz gewidmet, auf der die imperialistischen Staaten Europas über die Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter ihren jeweiligen Einfluß berieten. In einer Mischung aus historischer und aktueller Dokumentation, Stellungnahmen der europäischen Regierungen während der Konferenz, Stellungnahmen von Vertretern heute bestehender afrikanischer Staaten und Kulturberichten versuchten die Veranstalter vielerlei Vorurteile zu befestigen. Dafür zwei Beispiele: – Das Interesse der deutschen Imperialisten an der Konferenz sei ein politisches und kein imperialistisches gewesen, denn Bismarck habe Frankreich "nur" einen Ersatz für das vom Deutschen Reich besetzte Elsaß-Lothringen zuschustern wollen, um Frieden in Europa zu haben. Das Deutsche Reich hätte also völlig unabsichtlich und vor allem unschuldig Kolonien in Ost-, West- und Südafrika ergattert? Kein Wort fiel über die Vorhaben zur Plünderung afrikanischer Bodenschätze und Rohstoffe, kein Wort über die überaus profitliche Ausplünderung Namibias durch das Deutsche Reich. – Eine weitere Behauptung: der jahrzehntelange Befreiungskampf der afrikani-

schen Völker war zwecklos, weil die alten kolonialen Abhängigkeiten durch neokoloniale abgelöst wurden. Außerdem hätte die Kolonialpolitik zahlreiche "zivilisatorische" Errungenschaften nach Afrika gebracht, auf die die Afrikaner auch heute nicht verzichten können. Diese Art "kritischer Berichterstattung", die den afrikanischen Völkern jegliche eigene Kultur abspricht und selbst die Abschaffung kolonialer Zwangsarbeit durch den Befreiungskampf als nichtig ansieht, traf auf den energetischen Widerspruch der anwesenden Afrikaner. Der Vertreter Tansanias verwies darauf, daß die Kolonialherren ganze Kulturen, Völker und Staaten ausgerottet haben und nun ihre Existenz leugnen. – (uld)



Zwangsarbeiter beim Eisenbahnbau in "Deutsch-Ostafrika"

Ladenschlußgesetz

NACH 25 JAHREN KLEINER GESETZESÄNDERUNGEN JETZT STURMREIF?

Mit dem Gesetz über den Ladenschluß vom 28.11.1956 trat die erste bundeseinheitliche Regelung der Ladenöffnungszeiten in Kraft. Das Gesetz löste nicht nur die bis dahin bestehenden Gesetze einzelner Bundesländer außer dem Saarland ab, sondern auch mehrere Gesetze der Faschisten, u.a. die "Anordnung des Reichswirtschaftsministers zur Verhinderung von Ladenzeitverkürzungen" vom 31.5.1939.

Von der allgemeinen Regelung – nämlich dem Verbot, vor sieben Uhr zu öffnen, an Werktagen später als achtzehn Uhr dreißig und an Samstagen später als vierzehn Uhr zu schließen, und dem Verbot der Öffnung an Sonn- und Feiertagen – bestanden von vornherein zahlreiche Ausnahmen. Erlaubt war für alle Betriebe die längere Öffnungszeit am ersten Samstag im Monat und, falls dieser auf einen Feiertag fiel, am zweiten Samstag, bis achtzehn Uhr. Zum Ausgleich mußten die Geschäfte am folgenden Montag bis dreizehn Uhr geschlossen sein. Ausgenommen waren vom Verbot der Öffnung am Montag früh die Verkäufer von frischer Milch, von Bäckerwaren, Fleisch und Wurstwaren.

Diese Regelung bedeutete bereits die Zertrümmerung des gemeinsamen Wochenendes für die lohnabhängigen Familien, garantierte jedoch immer noch dem einzelnen Beschäftigten eine zusammenhängende Freizeit von etwa zwei Tagen. Jedoch ist nie jemand in den Genuß dieser Gesetzesbestimmung geraten. Schon seit 1956 war für den Übergang bis 1958 vorgesehen, daß am ersten Samstag bis sechzehn Uhr geöffnet sein durfte und am Montag bis zehn Uhr geschlossen sein mußte. Jedoch schon am 17.7.1957 änderte die Regierung das Ladenschlußgesetz, so daß zwar am ersten Samstag im Monat bis achtzehn Uhr geöffnet sein durfte, aber jeglicher Freizeitausgleich am Montag gestrichen wurde. Dies war die erste bedeutende Maßnahme zur Ausdehnung der Gesamtöffnungszeit. Sie wurde ergänzt durch die Streichung der Bestimmung, daß am 24.12. ab 14 Uhr geschlossen sein mußte.

Die Sonderöffnungszeiten in ländlichen Gebieten wurden ausgedehnt. Bis dahin war Öffnung an Sonn- und Feiertagen bis zu zwei Stunden erlaubt. Nun kam die Verlängerung um eine Stunde an Werktagen hinzu. Stark erweitert wurde die Freigabe der Sonn- und Feiertagsarbeit in Kur-, Erholungs- und Wallfahrtsorten von jährlich höchstens sechzehn Sonn- und Feiertagen hin zu vierzig, dies bei gleichzeitiger Verlängerung der Öffnungszeit von maximal vier Stunden auf acht und bei Verschiebung der Schließungszeit von spätestens achtzehn auf zwanzig Uhr. Geschlossene Läden zur Zeit des Hauptgottesdienstes waren immer vorgeschrieben.

Eine Änderung des politischen Inhalts verdient besondere Erwähnung. Laut Fassung von 1956 konnte bestraft werden, wer dem Gesetz "zuwiderhandelt und 1. dadurch eine Person, die durch ein Arbeitsverhältnis von ihm abhängt, ausbeutet oder 2. dadurch eine Gefahr für die Arbeitskraft oder Gesundheit einer solchen Person herbeiführt". Schon ein Jahr später sind die Begriffe der Abhängigkeit und der Ausbeutung getilgt. Bestraft werden kann nun, wer "vorsätzlich oder fahrlässig Arbeitnehmer in ihrer Arbeitskraft oder Gesundheit gefährdet".

Bedenkt man die massiven und breitflächigen Angriffe, die derzeit gegen das Ladenschlußgesetz vorgetragen werden, man könnte daraus schließen, dies Gesetz müsse doch den Interessen der Handelsbeschäftigte ganz umfassend entsprechen. Nichts ist aber falscher als das. Eine Untersuchung der Universität Bremen, die in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen, Holz und Kunststoff und der IG Metall durchgeführt wurde, hat ergeben, daß im Oktober 1984 von 100 Beschäfti-

tigten im Bremer Einzelhandel 33 überhaupt keinen freien Samstag in einem Monat, 15 einen freien Samstag, sechs drei freie Samstage und nur 26 jeden Samstag frei hatten. Die 5-Tage-Woche ist im Einzelhandel nicht überall die Regel: 10% der Vollzeitbeschäftigte und 12% der Teilzeitbeschäftigte haben immer noch die 6-Tage-Woche. Und vier arbeitsfreie Wochenenden haben von denjenigen, die fünftätig arbeiten, auch nur ein Viertel. Die tägliche Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt für jeden Vollzeit-Beschäftigten mehr als neun Stunden. In Supermärkten, Verbrauchermarkten und SB-Warenhäusern wurde in Bremen zwischen 73 und 78 Überstunden monatlich geleistet. In Teilzeitarbeitsverhältnissen waren zwischen 32 und 51% (SB-Warenhäuser) beschäftigt.

Eine wirksame Schranke gegen Überstunden setzt das Ladenschlußgesetz auch nicht. Vielmehr erlaubt die zugelassene Öffnungszeit von 50 Stunden in der Woche Flexibilisierung in dieser Form. 68 von 100 Einzelhandelsbeschäftigte leisteten in Bremen regelmäßig Überstunden. Grün-

stell die Untersuchung fest: "Von denen, die eine Änderung wollen, möchte ein gutes Viertel den Laden an mehr Wochenstunden als bisher offen halten, ... Ihre eifrigsten Befürworter findet die Verkürzung der wöchentlichen Gesamtöffnungszeit unter den kleinen und mittleren Unternehmen, die größeren würden dagegen eine Verlängerung vorziehen und die Großbetriebe eine Verschiebung der Öffnungszeiten vorziehen." Letzteren geht es insbesondere um die Einschränkung der "nachfrageschwachen Vormittagsstunden" und die ebenfalls unrentablen langen Samstage in den Sommermonaten. Dies ist ihnen aber nur dann von größerem Nutzen, wenn ihnen eine Regelung gelingt, die die Öffnungszeiten an den Vormittagen für alle einschränkt und Öffnungszeiten bis 20.00 oder 21.00 Uhr (47 bzw. 44% der Befürworter von Änderungen waren für eine solche Festsetzung) für alle zuläßt. Dies kann nur in Form einer Gesetzesänderung vor sich gehen, und deswegen wird sie auch von den großen Einzelhandelskapitalen so angestrebt.

Die Haltung der Einzelhandelskapitalisten ändert sich mit Änderungen der Reproduktionszeiten der Masse der Konsumenten. Der Verzicht auf Vormittagsöffnungszeiten widerspiegelt die Tatsache, daß die Zahl der "Nur-Hausfrauen" ab-, die Zahl der weiblichen Lohnabhängigen aber zunimmt. Der Plan, an einem Wochentag bis in die Abendstunden geöffnet zu halten, widerspiegelt die absolute Ausdehnung der Tagesarbeitszeit (einchließlich Überstunden) und den Zwang, die Familienversorgung über Großekäufe minderwertigerer aber billigerer Waren in SB-Märkten und Einkaufszentren sicherzustellen.

In dem Maße, wie es der Kapitalistenklasse insgesamt gelingt, die Arbeitszeiten schrankenlos flexibel zu gestalten, in dem Maße muß auch die Möglichkeit, sich mit den notwendigen Lebensmitteln und sonstigen Konsumgütern zu versorgen, schrankenlos flexibel sein. Dies ist Voraussetzung dafür, daß die schrankenlose Flexibilisierung in großem Maße durchgesetzt und zum gesellschaftlichen Standard werden kann. Folglich muß es im Interesse des Finanzkapitals sein, möglichst frühzeitig alle Schranken der Ladenöffnungszeiten einzureißen, damit die Möglichkeit besteht, rasch und in großem Umfang auf die beabsichtigten Flexi-Arbeitszeitregelungen einzugehen. Unter diesen Gesichtspunkten sind die Streitigkeiten um Sonderöffnungszeiten für Boutiquen und Buchhandlungen, an Feiertagen usw. und der von Wirtschaftsminister Bangemann angestrebte "Großversuch" flexibler Ladenschlußzeiten im nächsten Jahr politische Vorpostengefechte, denen im Jahre 1986, spätestens nach den Bundestagswahlen 1987, eine Großoffensive folgen dürfte. Dagegen, daß es der Reaktion schon in der Parlamentsperiode 1985 gelingt, das Ladenschlußgesetz zu Fall zu bringen, spricht, daß ihnen weder eine ausreichende Schwäche noch eine gravierende Spaltung der Gewerkschaftsbewegung gelungen ist. Solange die "Flexi-Konzepte" von den DGB-Gewerkschaften im eigenen Organisationsbereich bekämpft werden, ist die Chance gering, einen Teil der Gewerkschaftsbewegung von der Gewerkschaft der Handelsbeschäftigte abzuspalten. Der Slogan "Auch Metaller sind Verbraucher", mit dem z.B. der Jüniorenkreis der Kölner IHK hausieren gegangen ist, hat nicht die erwünschte Wirkung erzielt. Bleibt diesbezüglich den Finanzkapitalisten die Möglichkeit der Schwächung der Gewerkschaftsbewegung insgesamt.

Dies wird ihnen umso mehr gelingen, als sie es schaffen, immer größere Massen von Beschäftigten, insbesondere Frauen, zu Teilzeitarbeit zu den unmöglichen Zeiten und unter Sklavenbedingungen zu zwingen. Auch insofern ist die bereits zitierte Bremer Untersuchung aufschlußreich. Den größten Widerstand setzen nämlich die Vollzeitbeschäftigte einer absoluten Ausdehnung des Arbeitstages entgegen.

Quellenhinweis: Bundesgesetzblatt v. 29.11.1956 und 17.7.1957; Martin Mertens/Reinhard Moll: Arbeitszeit und Arbeitszeitwünsche im Handel, Reihe Arbeitspapiere Universität Bremen 1984; ifo-schnelldienst 21/83 – (anl, sch)



Die Kapitalisten demonstrierten 1983 mehrfach für die Knebelung und Auspressung der Arbeiter

de für Überstunden sind am häufigsten die Jahresinventur, Ausgleich von Urlaubs- und Krankenausfällen sowie Sonderaktionen wie Schlüßverkauf, Adventssamstage usw. In 37 von 100 Fällen angeordneter Überstunden waren sie mit solchen Sonderaktionen begründet. In den allermeisten Fällen werden die Überstunden mit "Freizeit" abgegolten und nicht mit Überstundenzuschlägen. Solche erhielten bei der Bremer Untersuchung nur 8% von denjenigen, die Überstunden geleistet hatten. 16% erhielten gar keine Abgeltung.

Gerade im Einzelhandel haben die Handelskapitalisten also das ganze zerstörerische Instrumentarium der Arbeitszeitflexibilisierung weitgehend durchgedrückt, weitergehend jedenfalls als in den industriellen Gewerken und dem öffentlichen Dienst. Veränderungen der Ladenöffnungszeiten sind nicht einfach vorteilhaft für alle Einzelhändler. Da die Gesamtnachfrage für Konsumartikel nicht zu- sondern abnimmt, kann es nur um die Umverteilung der Marktanteile einerseits und um die Ersparnis von Kosten andererseits gehen, die bei gleichbleibendem Umsatz die Profitrate erhöhen könnte. Entsprechend äußern sich auch die Handelskapitalisten selbst. Eine Umfrage des IFO-Institutes aus dem Jahre 1983 hat ergeben, daß von den befragten 1750 Unternehmen verschiedenen Typs und verschiedener Größenklassen insgesamt rund 20% eine Änderung des Ladenschlusses anstreben, von den Unternehmen mit über 10 Mio. DM Jahresumsatz allerdings 26% und von denen mit über 50 Mio. DM Umsatz 30%.

Zur Frage, welche Veränderungen beabsichtigt sind,

Westeuropäische Rüstungskooperation**"GRÖSSTES PROJEKT SEIT CHRISTI GEBURT"
UND ANDERE KLEINIGKEITEN**

Auf mehreren Konferenzen haben die westeuropäischen Imperialisten in den letzten Wochen einen weiteren Ausbau ihrer Rüstungskooperation vereinbart, u.a. in der Parlamentarischen Versammlung der WEU, die vom 3. bis 6.12. in Paris tagte – die nächste Tagung soll im April 1985 erstmals in Bonn stattfinden – sowie auf der NATO-Wintertagung in Brüssel am 4. und 5.12. Die für den weiteren Ausbau dieser Rüstungskooperation wichtigste Konferenz aber fand in Den Haag statt. Hier trafen sich am 22. und 23.11. die zwölf Verteidigungsminister der "Independent European Programme Group" (IEPG, deutsch: Unabhängige europäische Programmgruppe). Mitglieder der IEPG sind sämtliche westeuropäischen NATO-Staaten, eingeschlossen Frankreich. Die IEPG ist 1976 von diesen Staaten gebildet worden, um die Rüstungskooperation innerhalb der "Eurogroup" der NATO voranzutreiben. Die Konferenz in Den Haag war das erste Treffen "auf Ministerebene", d.h. der Verteidigungsminister. Diese berieten in Den Haag über insgesamt 30 Rüstungsprojekte der nächsten Jahre, darunter das Projekt "Jäger 90", einen neuen schweren Panzer als Nachfolger von Leopard I und II, den Panzerabwehrhubschrauber 2, ein neues militärisches Transportflugzeug als Nachfolger der Transall, eine Boden-Luft-Fernlenkrakete, zusammen Rüstungsprojekte von vermutlich mehr als 200 Mrd. DM. Die Minister gaben eine Studie über die Kapazitäten und Rationalisierungsmöglichkeiten in der "europäischen Verteidigungsindustrie" in Auftrag und vereinbarten, eine weitere Studie über "ein europäisches System elektronischer Bauteile" für militärische Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssysteme bis Mitte 1985 fertigstellen zu lassen.

**Rüstungskooperation und
"Politische Union"**

Die Bedeutung dieser Rüstungskooperationen für die "europäische Einigung" und den Ausbau der EG als Kriegspakt wird in der Öffentlichkeit oft unterschätzt. Damit einher geht eine Unterschätzung der aggressiven Ziele, die die BRD und die anderen westeuropäischen imperialistischen Staaten mit der "europäischen Einigung" verbinden. Tatsächlich kommt der Rüstungskooperation bei der politischen Einigung der EG in den vergangenen Jahren eine wesentliche Rolle zu. Beim Aufbau "europäischer Industrien" etwa bzw. europäischer Kapitale sind Rüstungsfirmen seit langem die Vorreiter. In keiner ande-

ren Branche ist die Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten verschiedener Länder so entwickelt, ist auch die Konzentration und Zentralisation von Kapital in einem solchen Umfang durch "westeuropäische" Kooperationen vorangetrieben worden. Die kürzlich beschlossene "Wiederbelebung der WEU" (vgl. Politische Berichte 13/84, Arbeiterkampf 252) schließlich ist nicht der Anfang einer "sicherheitspolitischen Zusammenarbeit" unter den westeuropäischen Imperialisten, sondern markiert den erfolgreichen Abschluß der "ersten Stufe" einer von westdeutschen "Europastrategen" schon vor 15 Jahren konzipierten "europäischen Einigung", deren Konzept schon zur Zeit der großen Koalition 1966 bis 1969 zwischen allen staatstragenden Parteien in der BRD vereinbart worden war.

Schon 1971 hatte die SED in ihrem Buch "Der Imperialismus der BRD" auf diese aggressiven Ziele der westdeutschen Finanzbourgeoisie bei der

"europäischen Einigung" hingewiesen:

"Die langfristigen Überlegungen der Bonner Militärexperten zielen weiter auf die schrittweise Herausbildung einer westeuropäischen "Verteidigungsgemeinschaft" im Rahmen der NATO. Diese imperialistische Staatengruppierung soll territorial umfassender als die heutige EWG angelegt sein und sowohl den skandinavischen als auch den iberischen Raum einzubeziehen. Der Versuch zur Schaffung einer solchen 'Europäischen Verteidigungsgemeinschaft' (EVG) soll auf der Grundlage der Westeuropäischen Union (WEU) eingeleitet werden." (S. 478)

Daß diese Beurteilung richtig war, bestätigte schon ein Jahr später für die westdeutsche Bourgeoisie Karl Carstens. Carstens veröffentlichte 1972 zusammen mit anderen "Experten" der "Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik" ein Buch unter dem Titel "Westeuropäische Verteidigungskooperation", in dem detailliert

**Unterm Zaun durch**

Typischer "Verteidigungsauftrag"! Werbung der "Panavia" für MRCA-Tornado.

auf den Umfang der zum damaligen Zeitpunkt bereits eingeleiteten Rüstungskooperationen eingegangen wurde und die damit verbundenen Absichten des westdeutschen Finanzkapitals dargestellt wurden.

Zum Abschluß zahlreicher Einzeluntersuchungen über die Bewaffnung, militärstrategische Diskussion usw. in den einzelnen westeuropäischen Ländern entwickeln die Autoren darin unter der Überschrift "Die Weiterentwicklung der westeuropäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich" einen bemerkenswerten "Stufenplan", über den sie schreiben:

"Diese in der Form eines Stufenplans präsentierte Skizze orientiert sich an den bereits vollzogenen politi-

keimzelle für das Generalsekretariat der gemeinschaftlichen Verteidigungsorganisation werden. Das Europäische Parlament könnte die Funktion der WEU-Versammlung übernehmen." Auf jeden Fall komme es dann darauf an, "auf der Grundlage eines reformierten WEU-Vertrags" – gemeint ist: nach dem inzwischen erreichten Wegfall sämtlicher Rüstungsbeschränkungen für die BRD – sowie unter Einbeziehung der "Eurogroup" zum institutionellen Aufbau einer "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" zu schreiten.

"Dritte Phase" und Abschluß dieses "Stufenplans" wäre dann die "Politische Union", zu der dann auch ein "europäischer Generalstab" gehören müs-

wickelt, und welche Pläne bestehen für die nächste Zeit?

Ein Kampfflugzeug für die 90er Jahre

An diesem Projekt, zu deutsch mit dem Namen "Jäger 90" bekannt, sind die BRD, Frankreich, England, Italien und Spanien beteiligt. Interesse an der Mitarbeit hat inzwischen auch die Niederlande angemeldet. Formal soll der Startschnüß zu Entwicklung und Produktion des "Jäger 90", der ab 1995 eingesetzt werden soll, im nächsten Frühjahr fallen, doch haben sich sowohl die Luftwaffenchiefs im Dezember 1983 auf ein Konzept der militärisch-taktischen Anforderungen an den Jäger wie die Verteidigungsminister im Juli 1984 auf ein Rahmenabkommen über Durchführbarkeitsstudien geeinigt.

Mit geschätzten Entwicklungskosten von 6–9 Mrd. DM und einem Beschaffungspreis pro Maschine von 70 Mio. DM wird der Jäger 20 bis 40% teurer als eine entsprechende US-Neuentwicklung sein, doch geht es erstens darum, "die Unabhängigkeit der entsprechenden Luftwaffen bzw. Rüstungsindustrien von der Technologie aus den Vereinigten Staaten (zu) verstärken" (Neue Zürcher Zeitung, 12.7.1984), und zweitens der westeuropäischen Industrie ein Gesamtauftragsvolumen von rund 100 Mrd. DM zu sichern. Die Entwicklungskosten für das Flugzeug sollen die BRD, Frankreich und Großbritannien je zu rund einem Viertel, Italien mit 15 bis 19% und Spanien mit 8 bis 11% tragen.

Ab 1995 sollen für den Absatz in den Vertragsstaaten ca. 800 Jäger produziert werden, von denen die BRD 250, Frankreich 150, England 200, Italien und Spanien je 100 Maschinen erwerben wollen. Auf den Export von weiteren 800 Jägern wird derzeit spekuliert.

An der Produktion sollen MBB, British Aerospace, Avions Marcel Dassault (F), Aeritalia (I) und Spaniens Construcciones Aeronauticas (CASA) beteiligt werden; Vorabsprachen über die Entwicklung eines neuen Triebwerks laufen zwischen Motoren- und Turbinen Union (MTU), SNECMA (F), Fiat und Rolls-Royce.

Politisch bemerkenswert ist die Einbeziehung Spaniens in das JF-90-Projekt, geht es doch darum, Spanien noch vor dem EG-Beitritt faktisch zu integrieren und bereits vor der Entscheidung um die spanische NATO-Mitgliedschaft die wirtschaftlichen und militärischen Interessen der spanischen Bourgeoisie mit denen der EG-Staaten zu verklammern. Insofern hat dieses Projekt auch Ähnlichkeit mit der britischen Teilnahme am MRCA-Projekt kurz vor dem EG-Beitritt Großbritanniens.

Panzerabwehrhubschrauber 2
Eine weitere Variante westeuropäi-



"Die Panzerabwehrlösung" – die französische Regierung will das Gerät für nordafrikanische Einsätze brauchbar gestalten lassen.

schen Entscheidungen und den mit einiger Sicherheit noch für die unmittelbare Zukunft zu erwartenden Beschlüssen sowie an einigen in die Diskussion befindlichen Vorschlägen."

Die "Erste Stufe", in der man sich bereits befindet, sei eine "Planungs- und Experimentierphase". Hier sollten "pragmatische Methoden" angewandt werden, um überall dort zu "sicherheitspolitischer Zusammenarbeit" zu kommen, wo möglich. Als Beispiele dieser "Zusammenarbeit" werden dann ausdrücklich "Rüstungsplanung, Beschaffung, militärische Infrastruktur, Rationalisierung usw." genannt. Außerdem müsse auf dieser Stufe versucht werden, innerhalb der "Eurogroup" eine Art "Westeuropäisches Verteidigungszentrum" zu schaffen, das in der Anfangsphase die Rüstungskooperation organisieren solle.

Die "zweite Phase" müsse dann in der "Systematisierung der Verteidigungszusammenarbeit" bestehen. Hierzu heißt es wörtlich: "Das Generalsekretariat der WEU könnte die

se, "dessen Funktionen voraussichtlich große Ähnlichkeiten mit denen des deutschen Führungsstabs der Streitkräfte (FüS) haben werden."

Unschwer läßt sich erkennen, daß die gegenwärtige "Wiederbelebung der WEU" nicht etwa eine neue Idee der Regierungen Kohl und Mitterand gewesen ist und auch nicht der "Anfang" einer militärischen Kooperation der EG-Staaten, sondern der Abschluß einer ganzen Phase von zehn, 15 Jahren militärischer Kooperation insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungsgüterproduktion, der Bewaffnung, der Entwicklung neuer Waffen und der sogenannten "Standardisierung der Waffen". Unschwer läßt sich auch erkennen, welche zentrale Rolle die BRD-Imperialisten von Anfang an der Rüstungskooperation bei der "europäischen Einigung" beimaßen.

Rüstungskooperation: Einige Beispiele

Wie sieht nun diese Rüstungskooperation heute aus, wie hat sie sich ent-

scher Kooperation sind zweiseitige Rüstungsprojekte, die es zwischen der BRD und Frankreich in großer Zahl gibt. Dazu gehört die Entwicklung und der Bau des PAH-2 (vgl. AK 237 bis 239), der ab 1991 eingesetzt werden soll. Gegen Panzerverbände des Warschauer Paktes soll der PAH-2 als "Panzerjägerdhubschrauber" operieren (Internationale Wehrrevue 5/84). Frankreich legt außerdem Wert darauf, daß zwei spezielle französische Versionen, die bei der schnellen Eingreiftruppe eingesetzt werden sollen, Wüstenkampffähigkeit aufweisen, also für den Einsatz in kolonialen Kriegen konzipiert werden.

Im Mai dieses Jahres unterzeichneten die Kriegsminister Wörner und Hernu das "Memorandum of Understanding" über die gemeinsame Entwicklung des PAH-2. Auch bei diesem Projekt soll die BRD als Pilotnation mit dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) als durchführender Behörde und der Firma MBB als Generalunternehmer fungieren. Die Leitung des Programms wurde einem von beiden Nationen paritätisch besetzten Lenkungs-Ausschuß übertragen.

Vorgesehen ist die Entwicklung eines gemeinsamen Basis-Hubschraubers und dreier daraus abgeleiteter nationaler Versionen, eine für die BRD, zwei für Frankreich. Die Entwicklungsarbeiten für die Basisversion sollen "quantitativ und qualitativ gleichwertig aufgeteilt" werden (Wehrdienst 943/84), während die nationalen Versionen jeweils in eigener finanzieller und technischer Verantwortung entwickelt werden sollen. Neben MBB tritt für die französische Seite Aérospatiale als Mitaufragnehmer auf; für die Entwicklung des Triebwerks gründeten die Motoren- und Turbinen Union MTU und Turboméca die Managementfirma MTM.

Wie fast alle anderen Kooperationsprojekte zwischen NATO-Staaten auch, ist das PAH-2-Projekt für die Beteiligung weiterer Staaten offen. Hinweise auf einen möglichen Einstieg gibt es aus England und den Niederlanden.

Taktische Flugkörper

Die Lenkwaffensysteme Hot und Milan (Panzerabwehr) sowie Roland (Luftabwehr) werden von den Konzernen MBB und Aérospatiale gefertigt, die für diesen Bereich seit 1965 zusammenarbeiten. Für die Abwicklung dieser Projekte wurde die Tochterfirma Euromissile gegründet, an der MBB und Aérospatiale mit je 50% beteiligt sind.

Die Serienfertigung findet bei MBB und Aérospatiale statt; der Umfang dieser Kooperation wird daran deutlich, daß von den 1,8 Mrd. DM, die der MBB-Unternehmensbereich Apparate 1983 umsetzte, 1,44 Mrd. DM (80%)

auf die Gemeinschaftsvorhaben entfielen; bei Aérospatiale waren es im Unternehmensbereich Taktische Flugkörper 1982 mehr als 3 Mrd. FF bei einem Gesamtumsatz von 5,5 Mrd. FF.

Für die Produktion von Milan wurden von Euromissile Lizenzen an British Aerospace Dynamics Group, an Italien und Indien vergeben. Exportiert wurden Hot und Milan u.a. nach Südafrika, Saudi-Arabien, Ägypten und Argentinien. Wie bei allen Gemeinschaftsprojekten mit Frankreich umgehen die BRD-Konzerne die bundesdeutschen Rüstungsexportbeschränkungen dadurch, daß die Ausfuhr über die in Frankreich ansässige Gemeinschaftsfirma abgewickelt wird. Alle Koproduktionen fallen unter ein 1972 abgeschlossenes Geheimabkommen, in dem sich die BRD und Frankreich der gegenseitigen Garantie der freien Exportierbarkeit aller gemeinschaftlich entwickelten Waffensysteme versichern.

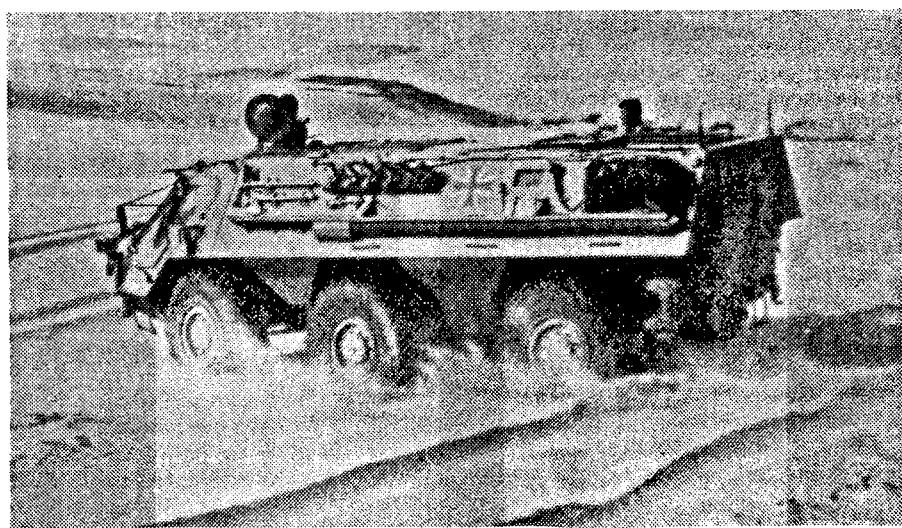
Gemeinsam mit BAeDG haben MBB und Aérospatiale die Euromissile Dynamics Group (EMDG) gegründet, die die Kampfwertsteigerung der Milan

europäische Raketenprogramme im großen Stil geschaffen worden, die von der BRD nach der Aufhebung der letzten WEU-Beschränkungen für strategische Raketen angestrebt werden.

MRCA Tornado

Eine äußerst bedeutende Rolle bei der Verbesserung der Konkurrenzsituation der westdeutschen und der west-europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie spielte das "größte Rüstungsprogramm seit Christi Geburt" (Helmut Schmidt), der Bau des Mehrzweckflugzeugs MRCA Tornado (Multi Role Combat Aircraft). Auf dem Preisstand von 1981 beliefen sich die Gesamtkosten für dieses britisch-italienisch-westdeutsche Projekt auf rund 80 Mrd. DM, der westdeutsche Anteil auf ca. 32 Mrd. DM.

In einem "Memorandum of Understanding" (Juli 1968) vereinbarten Italien, Großbritannien, die BRD und die Niederlande, die kurz darauf aus dem Projekt ausstieg, die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und beim Bau des MRCA. Diese Länderkonstellation war zustande gekommen, nachdem der geplante Einstieg der BRD in laufende britisch-französische Program-



Der Transportpanzer "Fuchs" von Thyssen-Henschel bei der Wüstenerprobung. Geeignet für EG-Interventionen in Nahost und Nordafrika.

und die PARS-3 (Panzerabwehraketensysteme der 3. Generation) entwickelt. Neben den genannten sind auch die Firmen Eltro und Bodensee-Gerätetechnik sowie TRT und Thomson CSF am PARS-3-Programm beteiligt.

Gleich dem deutsch-französischen Bureau de Programmes Franco-Allemand (BPFA), das für die regierungsseitige Durchführung der Lenkwaffenprogramme von Euromissile gegründet wurde, ist für die Abwicklung des PARS-3-Programms ein Bureau Trilaterale de Programmes (BTP) eingerichtet worden, das von den Regierungen der BRD, Frankreichs und Englands gemeinsam betrieben wird. Damit ist sowohl von industrieller wie institutioneller Seite die Basis für west-

me nicht vollzogen worden war oder am französischen Ausstieg aus den Forschungsarbeiten für ein Militärflugzeug mit variabler Geometrie scheiterte. Neben den o.g. allgemeinen Interessen der Westeuropäer an vermehrter Rüstungskooperation verfolgte die BRD speziell mit der MRCA-Entwicklung zwei Ziele: Zum einen wurde die Aussicht eröffnet, erstmals nach dem Ende des 2. Weltkrieges wieder ein Kampfflugzeug – mit der Fähigkeit zur atomaren Bewaffnung – von der Forschungsphase bis zur Serienfertigung in der BRD herzustellen (Berkhahn/SPD: "Wir werden bei der Entwicklung dieses Flugzeugs den größten Anteil haben und müssen daher auch die Führung beanspruchen"), und das besondere po-

litische Anliegen war, im Vorfeld des englischen EG-Beitritts eine faktische Integration zu schaffen.

Die westdeutsche Strategie, über die Konzentration der nationalen Kapazitäten die Führungsrolle in einem westeuropäischen Konsortium zu übernehmen, spiegelt sich in drei Vorgängen jener Zeit.

— Mitte 1968 fusionierten die Messerschmidt-Werke und die Bölkow GmbH, zu denen bis 1970 noch die Hamburger Flugzeugbau GmbH stieß, zum MBB-Konzern, dem 1969 die Systemführerschaft beim MRCA-Projekt übertragen wurde.

— Im Juli 1969 fusionierten die Daimler Benz AG und MAN im Bereich des Triebwerkbaus und gründeten die Motoren- und Turbinen-Union GmbH (MTU). Der größte, aber krisengeschüttelte westeuropäische Triebwerkshersteller Rolls-Royce (8000 Beschäftigte) wurde genötigt, MTU (9000 Beschäftigte) ein gleiches Auftragsvolumen von 40% zuzugestehen; die restlichen 20% fielen an FIAT.

— Für den Bereich der Flugzeugelektronik wurde im Dezember 1967 auf Betreiben des Bundesverteidigungsministeriums die Elektronik System GmbH (ESG) gebildet, die von AEG, Siemens, SEL und Rohde & Schwarz getragen wird. (vgl. Mechtersheimer) Auch auf diesem Sektor wurden die gesteckten Ziele erreicht: IBM wurde ausgestochen und gegenüber der englischen ESAMS und der italienischen SIA die Federführung bei den MRCA-Arbeiten durchgesetzt.

Neben diesen, die BRD-Industrie betreffenden Fakten ist noch zu erwähnen, daß im Lauf der Jahre mehrere französische Firmen — Hispano-Suiza, SFENA, TRT — mit Arbeiten für das MRCA beteiligt wurden.

Mit der Einstufung des MRCA als NATO-Projekt wurde eine Regierungsorganisation der beteiligten Staaten gebildet, die NAMMO (NATO MRCA Development and Production Management Organisation), der die militärische Koordinierungsbehörde NAMMA (NATO MRCA Management Agency) untergeordnet ist. Auch in der NAMMA konnte ein Westdeutscher den Vorsitz übernehmen. Inwiefern damit real die NATO über die Vorstellungen der beteiligten Länder hinaus Einfluß auf das Projekt nahm, ist allerdings strittig.

Über die Abnahme von Flugzeugen aus den Partnerstaaten (GB 384, BRD 322, Italien 99) hinaus erhoffte sich die westdeutsche Industrie einen Ausbau ihrer Rüstungsexporte. Hier war der BRD ein weiterer Erfolg bei der Verwirklichung ihrer Zielsetzungen beschieden, denn England einigte sich mit Saudi-Arabien, 40 Tornados dorthin zu liefern, und selbst Japan prüft, ob es das MRCA zur Erweiterung seiner Luftwaffe ankaufen soll.

Rüstungskooperation — eine "europäische" Bilanz ...

Ausgedehnter als auf jedem anderen Sektor haben sich bei der gemeinschaftlichen Aufrüstung verschiedene Formen der westeuropäischen Zusammenarbeit herausgebildet. Lizenzproduktionen, projektgebundene Tochtergesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften und Tochtergesellschaften wie Euromissile oder Panavia, die nicht mehr an ein einzelnes Projekt gebunden sind. Die Rüstungskonzerne sehen sich hier selbst in der Rolle eines Vorreiters in Sachen "europäische Einigung". Der heutige BDI-Hauptgeschäftsführer und frühere Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Dr. Mann, erklärte 1976/77 im "Jahrbuch der Wehrtechnik 10": "Niemand macht sich aber klar, daß die Gründung des Unternehmens (Euromissile) gelungen ist, ohne ein bestehendes europäisches Gesellschaftsrecht, das eigentlich die Grundlage dafür hätte sein müssen."

Die engste Verbindung hat sich zwischen MBB und Aérospatiale entwickelt. Sie umfaßt neben den dargestellten Projekten auch die Airbus-Produktion und die Entwicklung von Satelliten. Mit einigen Abstrichen ist

Die politisch gewollte westeuropäische Einigung läßt sich über den Rüstungssektor in besonderem Maße vorantreiben, da dieser von der staatlichen Nachfrage abhängt. Mit anderen Worten: über die jeweiligen nationalen Rüstungshaushalte, aus denen alle diese Kooperationsvorhaben bezahlt worden sind und weiterhin werden, leisten sämtliche Lohnabhängigen in den EG-Staaten ihren beständigen Steuertribut an diese Sorte "Einigung", während die geschäftlichen Interessen der an diesen Rüstungsprojekten direkt oder indirekt beteiligten Konzerne durch die Aussicht auf noch größere und noch ertragreicherer Rüstungsprojekte zunehmend miteinander verklammert werden und so eine Art "militärisch-industrielle Basis" der europäischen Einigung entsteht, die freilich die Konkurrenz unter den beteiligten Rüstungskonzernen nicht aufhebt.

Ein wichtiger Vorteil bei der Zusammenarbeit ist für die größeren EG-Staaten die Möglichkeit der Durchdringung kleinerer Armeen. So schuf die BRD sich in der ersten Hälfte der 70er Jahre großen Einfluß dadurch, daß sie die logistische Betreuung aller westeuropäischen Bezieher westdeutscher Kampfwagen über-

Rüstungskonzerne in Westeuropa, 1970–1983

(1) Umsätze in Mrd. DM; (2) Lohnabhängige

Konzern	1970		1975		1983		Umsatzanstieg
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	
Siemens AG	14,9	301 000	21,3	296 000	39,5	313 000	+163%
AEG Telefunken AG	8,4	178 000	12,7	162 000	11,5	77 000	+37%
MBB GmbH	1,2	o.A.	1,5	20 000	5,9	36 800	+408%
Rheinmetall AG (1)	0,3	6 300	0,7	6 519	2,5	14 900	+806%
MTU GmbH	0,5	o.A.	1,0	11 000	2,4	12 600	+383%
Krauss Maffei AG	0,7	6 009	0,5	5 376	2,0	4 600	+207%
Diehl Gruppe (2)	o.A.	o.A.	1,2	13 200	1,8	12 600	o.A.
Dornier GmbH (1)	0,3	7 726	0,4	6 723	1,4	8 792	+341%
British Aerospace (2)	o.A.	o.A.	3,3	68 800	8,1	78 990	o.A.
Aérospatiale (F, 2, 3)	o.A.	o.A.	3,9	33 855	7,9	36 450	o.A.
Dassault Breguet (F)	o.A.	o.A.	2,6	14 819	4,2	15 782	o.A.

(1) Angaben 1. Spalte: 1971; (2) Angaben 2. Spalte: 1977; (3) Angaben 3. Spalte: 1982

In der obigen Liste sind AEG und Siemens die einzigen Firmen, die nicht überwiegend in der Rüstungsproduktion tätig sind. Beide Firmen sind dennoch für die westdeutsche Rüstungsproduktion von großer Bedeutung.

auch British Aerospace an dieser intensiven Zusammenarbeit beteiligt.

In der Breite hat die Rüstungskooperation praktisch alle westeuropäischen Konzerne der Luft- und Raumfahrtindustrie erfaßt. Ebenfalls ohne Ausnahme sind die großen Elektronikkonzern an Rüstungsvorhaben auf westeuropäischer Ebene beteiligt.

Staatlicherseits macht die Einbeziehung in diese Kooperation erst recht vor keinem Land halt, da kein westeuropäischer Staat mehr in der Lage ist, das gesamte Kriegswaffenarsenal der NATO auf nationale Kosten zu beschaffen.

nahm und 1983 die Ausrüstungsbetreuung aller italienischen MRCA.

Vermittels der Kooperation haben sich die EG-Staaten sowohl gemeinschaftlich wie einzeln in einer Weise militärisch gestärkt, wie sie es in nationalen Alleingängen nicht hätten erreichen können. Die Zusammenarbeit hat die industrielle und politische Grundlage dafür geschaffen, auch national geführte Kolonialkriege (Malvinen, Tschad) mit der vereinten Kraft der EG zu unterstützen, sei es auf dem Wege des Nachschubs, sei es mit den nationalen Schnellen Eingreiftruppen (die auch Italien jetzt

aufstellen will). Ebenso ist die EG als Block heute sehr viel eher in der Lage, ihre weltweiten Interessen militärisch zu vertreten.

... und die Bilanz für die BRD

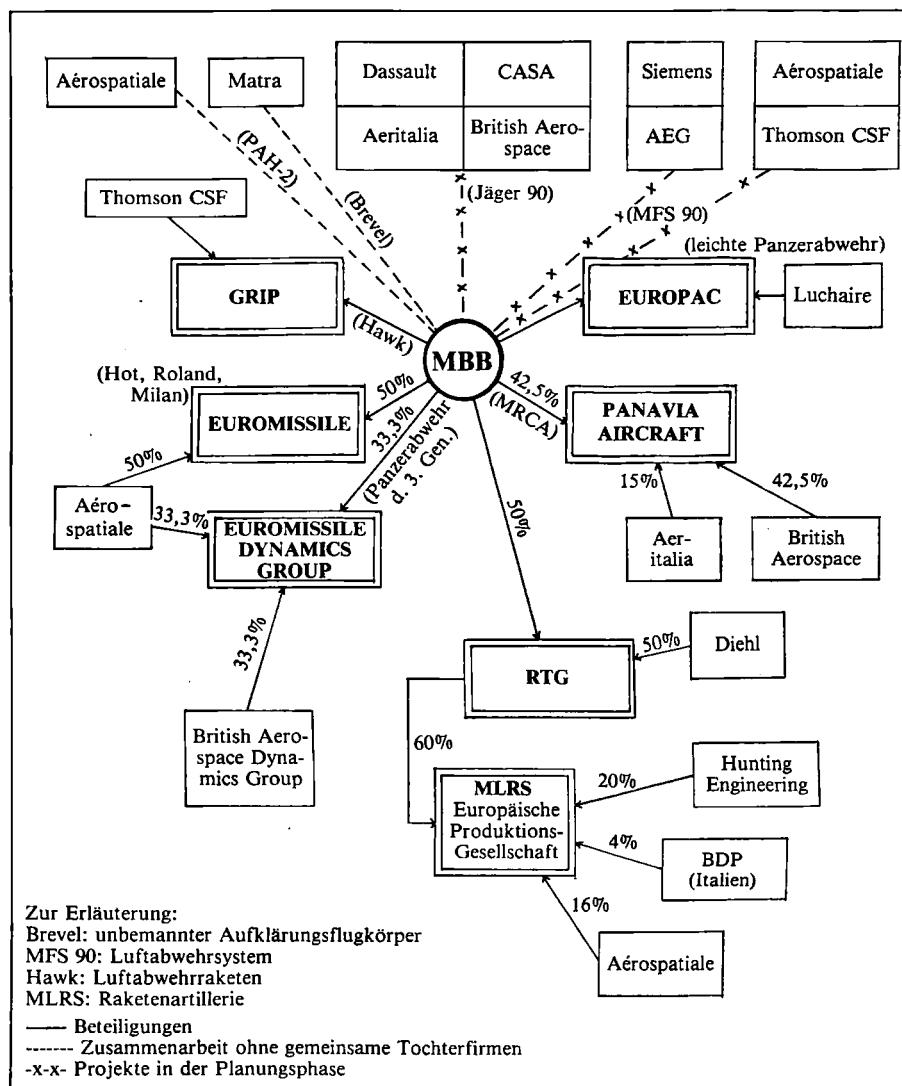
Die Ergebnisse dieser Sorte "europäischer Kooperation" für die BRD sind beunruhigend. Den westdeutschen Imperialisten ist es gelungen, im Zuge dieser Rüstungskooperationen sämtliche aus der Niederlage des deutschen Faschismus herrührenden Produktionsbeschränkungen für ihre Rüstungsindustrie wieder aufzuheben. Die westdeutschen Rüstungskonzerne, die etwa im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie erst 1955 wieder offiziell tätig werden durften – vorher hatten Firmen wie Messerschmidt, Dornier u.a. im Ausland, insbesondere in Argentinien und im faschistischen Spanien ihre Produktion wieder aufgenommen (siehe dazu u.a.: U. Albrecht, P. Lock, H. Wulf, Mit Rüstung gegen die Arbeitslosigkeit?, Hamburg 1982, S. 60f.) – gehören heute wieder zu den größten Rüstungsunternehmen in Westeuropa.

Der Flick-Konzern etwa ist mit Krauss-Maffei heute wieder mit Abstand größtes Panzerbauunternehmen in Westeuropa. Dieser Wiederaufstieg von Flick ist untrennbar verbunden mit den Programmen Leopard I und II, die nicht nur für die Bundeswehr erstellt wurden, sondern unter der Lösung der "Standardisierung der Bewaffnung" auch an die Niederlande, Belgien, Italien, Norwegen, Dänemark verkauft wurden. Zahlreiche andere westdeutsche Rüstungsunternehmen sind über das Leopard-Projekt mit Flick bzw. Krauss-Maffei verbunden. Dazu gehören: die zum Krupp-Konzern gehörenden MaK Kiel und Krupp Atlas Elektronik in Bremen, die Zahnradfabrik Renk in Augsburg (Gutehoffnungshütte), Robert Bosch GmbH, Varta Batterien (Quandt-Gruppe), die MTU Friedrichshafen (Daimler-Benz und MAN), die Zahnradfabrik Friedrichshafen (Zeppelin-Stiftung), Blohm & Voss in Hamburg (Thyssen), die Diehl-Gruppe sowie Rheinmetall (Röchling Industrie Verwaltung).

Die MBB-Gruppe ist das zweite große westdeutsche Rüstungsunternehmen, das im Zuge dieser Kooperationen entstanden ist und mit dem die BRD heute an fast jedem Luftwaffen- und Raketenprojekt in Westeuropa wieder führend beteiligt sind. Auch MBB ist mit einer Vielzahl weiterer westdeutscher Kapitale eng verbunden. Thyssen, Siemens, die Allianz, Bosch, Krupp, die Messerschmitt-Stiftung, Bölkow, Blohm sowie das Bundesland Bayern und die Hansestadt Hamburg sind direkt oder indirekt an MBB beteiligt.

Die Eigentümer dieser beiden großen westdeutschen Rüstungskonzerne bzw. der mit diesen Konzernen über

MBB: Spinne im Netz



große gemeinsame Projekte verbundenen Firmen sind bekannte Namen: Alles, was schon als Wehrwirtschaftsführer zu Zeiten des Faschismus sich blutig hervortat, hat sich heute wieder um diese beiden Rüstungsmonopole geschart und bereits in den vergangenen Jahren mit der "westeuropäischen Rüstungskooperation" bzw. der dadurch ermöglichten Expansion der westdeutschen Rüstungsproduktion enorme Vermögen neuerlich aufgehäuft.

Nun soll dieses Geschäft – parallel zur Inangriffnahme neuerlicher, von uns oben geschilderter "Kooperationsvorhaben" und im Zuge der "Wiederbelebung der WEU" – noch einmal auf eine neue Stufe gehoben werden. Seit Monaten ist bekannt, daß von Seiten der Bundesregierung, der bayerischen Landesregierung und der mit MBB verbundenen Kapitale, aber anscheinend auch von Flick, eine Fusion von MBB und Krauss-Maffei vorbereitet wird. Angeblich soll auch noch ein "alternatives" Fusionsprojekt bestehen: Die Quandt-Gruppe will Krauss-Maffei übernehmen und damit ihrerseits

die Führung in der Panzerproduktion gewinnen. Wie auch immer diese Fusionsvorhaben ausgehen werden, eines steht schon jetzt fest: Am Ende wird die westdeutsche Panzerproduktion noch weiter zentralisiert sein, wenn nicht gar MBB und Krauss-Maffei fusionieren und weitere Firmen beteiligen. Ein neuer Schritt nach vorn für das Bestreben der westdeutschen Imperialisten, zur dominierenden Rüstungsmacht und Waffenschmiede in Westeuropa zu werden, steht bevor.

Quellenhinweis: Wehrtechnik, Wehrdienst, Flugrevue, Interavia, lfd. Ausgaben; F. Schmid, Der Militär-Industrie-Komplex, 1972; A. Mechtersheimer, Rüstung und Politik in der Bundesrepublik, MRCA Tornado, 1977; W. Klank, Ausbau der Kooperationsbeziehungen zwischen den Rüstungsmonopolen der NATO-Staaten, in: IPW-Berichte 5/82; K. Carstens und D. Mahnke (Hrsg.) Westeuropäische Verteidigungskooperation, München 1972; K. Engelhardt, W. Klank, Fortcierte Rüstungsintegration in Westeuropa, in: IPW-Berichte 7/75; – (fo, KB, rül, BWK)



Neue Krankenhausfinanzierung

Nach der Verabschiedung der Novelle zur Krankenhausfinanzierung durch Bundestag und Bundesrat kommen auf die Belegschaften der Krankenhäuser schwere Angriffe zu. Mit Zimmermanns Vorstößen in den Tarifverhandlungen, die Löhne der Auszubildenden im Gesundheitswesen drastisch zu senken, ist die Richtung dieser An-

griffe angegeben. Wiedereinführung des "geteilten Dienstes" und weitere Lohnsenkungen im Zuge von "Privatisierung" bzw. "Teilschließung" bestehender Krankenhäuser sind weitere Ziele der Reaktion unter dem Vorwand, die Krankenhäuser müßten endlich "wirtschaftlicher" arbeiten. Wie sind die Belegschaften in den Krankenhäusern gegen diese Angriffe gerüstet?



Afrikanische Hungersnöte und imperialistische Hetze

Millionen vom Hungertod bedrohte Afrikaner hat die Presse in Äthiopien und anderen Staaten Afrikas ausgemacht. "Hilfe", mit dutzendfachen Einmischungen und Erpressungen verbunden, wird von interessierten Kreisen ebenso heuchlerisch angekurbelt, wie über die Ursachen der Hungersnöte gelogen wird. Der landwirtschaftliche Investbau, nach der Befreiung aus der Kolonialherrschaft dringend nötig, um die schweren Schäden dieser Kolonialherrschaft zu beseitigen, ist durch die erbarmungslose Zinsplünderung der Imperialisten weitgehend zum Erliegen gekommen, Vorräte gibt es nicht. So führt jede längere Dürre rasch zu Katastrophen.



F & S: Flexibilisierungspläne

Im Oktober hat der Fichtel&Sachs-Vorstand verlauten lassen: Die Personalkosten seien heute mindestens 20% zu hoch, weitere Rationalisierungen seien unumgänglich. Dann drohte er mit Produktionsverlagerungen in die zahlreichen Auslandswerke. Eine Rationalisierungsfirma wurde in das Werk hereingeholt. Anfang November

kündigte der Vorstand dem Betriebsrat an, ein umfassendes Konzept für Arbeitszeitflexibilisierung vorlegen zu wollen. Bis runter in die Meisterbüros werden mittlerweile Pläne geschmiedet, wie Rationalisierung und Neuordnung der Arbeitszeit durchgeführt werden sollen. Welche Pläne verfolgt ein typischer KFZ-Zuliefer-Konzern? Können IGM und Betriebsrat Wirksames entgegensetzen?



Bündnispolitik der PCI

Bei den Europawahlen am 17. Juni hat die Kommunistische Partei Italiens (PCI) zum ersten Mal mehr Stimmen erhalten als die Christdemokraten. Die Bildung einer PCI-geführten Regierung ist nicht mehr ausgeschlossen. Im Frühjahr hatte die PCI energisch den Kampf gegen die von der Regierung betriebene Lohnsenkung unterstützt. Sie wird auch von großen Teilen der Mittelschichten und der katholisch geprägten Bevölkerungskreise gewählt. Hat die Partei bei ihrer Bündnispolitik die Interessen der Arbeiterklasse behauptet? Welche Aussichten eröffnet die von der PCI angestrebte "demokratische Alternative" für eine sozialistische Entwicklung in Italien?

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 73 76

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2-13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14-19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20-29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30-31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32-35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36-39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.